

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschm. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72218. — **Verlag in Leipzig,** Tauschaer Straße 19/21 — **Telephon** 72206

Anzeratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Wg., bei Platzvorrat 40 Wg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Wg. Familiennachrichten von Privatisten die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Wg. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Wg. bei Platzvorrat 50 Wg., Reklamezeile 2,25 Wg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Ausperrung vertagt!

Ergebnislose Nachverhandlungen — Verbindlichkeitserklärung

„Unannehmbar“

Haben und drüben die gleiche Erklärung

Dienstag um 10 Uhr begannen im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Newes die Nachverhandlungen über den 3-Pfennig-Schiedspruch, der am 18. Februar vom Sonderlichter, Ministerialrat Dr. Hauschild, im mitteldeutschen Konflikt gefüllt worden ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums äußerte gleich zu Beginn der Verhandlung den Wunsch, mit den Parteien getrennt zu verhandeln. Es begann dann der übliche Vordelverkehr zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern. Die Unternehmer brachten ihre bekannten Argumente vor, wonach es ihnen unmöglich sei, die durch den Schiedspruch festgelegten „höhen“ Löhne zu zahlen, wenn sie nicht der Konkurrenz unterliegen sollen. Sie widersetzten sich ganz entschieden einer eventuellen Verbindlichkeitserklärung dieses für sie „untragbaren“ Schiedspruches. Von den Vertretern der Metallarbeiter wurde mit allem Nachdruck der Verbindlichkeitserklärung widersprochen, da der Schiedspruch vor allem infolge seiner langen Laufzeit praktisch keine Verbesserung des 3-Pfennig-Schiedspruches des Magdeburger Schlichters vom 12. Januar bedeute.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte gegen 12.00 Uhr, daß er seine Entscheidung bis spätestens 4 Uhr treffen werde. Mit dieser Erklärung waren die Verhandlungen erledigt.

Brauns in Aktion

WLB Berlin, 21. Februar.

In dem Bohrtzeit der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Schiedsprüche vom 18. Februar 1928 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Frei trotz Verbindlichkeitserklärung?

Vorläufige Stellungnahme des WLB

Über die Stellungnahme der Arbeiterschaft verbreitet WLB diese Meldung: Von der Hallenser Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbands wird mitgeteilt, daß sich Voraussetzungen über die Konsequenzen der Verbindlichkeitserklärungen der Berliner Schiedsprüche heute nicht machen ließen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandten Delegierten abgewartet werden müsse. Zur Verbindlichkeitserklärung wird erst heute vormittag in einer Bezirkskonferenz Stellung genommen werden. Gegenüber der Erklärung des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller wird darauf hingewiesen, daß die Frage noch durchaus unsicher sei, ob eine Nichtwideraufnahme der Arbeit als eine rechtswidrige Fortsetzung des Kampfes zu betrachten sei, da das Arbeitsverhältnis durch die Ausperrung unterbrochen worden sei, und sämtlichen Arbeitnehmern die Papiere zugestellt worden seien.

Eine Provokation

Keine Aufhebung, nur Vertagung der Ausperrung!

SPD Berlin, 22. Februar (Radio).

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller erläßt folgende provozierende Erklärung:

Die Schiedsprüche im Arbeitsstreit der Mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen beider Parteien vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amtswegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeitgeberseite wird selbstverständlich alle juristischen Konsequenzen aus der Verbindlichkeitserklärung ziehen und, soweit das technisch möglich ist, die Arbeiter, ohne Maßregelungen vorzunehmen, wieder einstellen.

Da mehrfach von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerpresse zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitserklärung noch nicht beendet würde und infolgedessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streifgebiet nicht oder nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschloßen, den Ausperrungstermin auf Mittwoch, den 20. Februar 1928, mit Arbeitsloshilf zu verschieben.

Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Ausperrung in Wirksamkeit zu setzen, so würde sie nicht die Befürchtung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Ausperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Ein Erfolg des WLB

Über ein befriedigendes?

Der Sozialdemokratische Pressedienst urteilt über das Ergebnis der Verhandlungen in der Metallindustrie:

Die Metallindustriellen haben sofort nach der Verbindlichkeitserklärung durchstehen lassen, daß der Termin für die Durchführung des Ausperrungsbeschlusses zunächst um acht Tage verschoben wird. Als Begründung führten sie an, daß die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitserklärung wahrscheinlich nicht in die Betriebe zurückkehren würden. In Wirklichkeit wollten sie nur den starken Mann mimen; denn es ist ihnen begreiflicherweise etwas peinlich kamute nach ihrer furchtbaren Drohung, die ganze deutsche Wirtschaft in Brand zu stecken, wenn über den 3-Pfennig-Schiedspruch hinausgegangen würde, jetzt plötzlich trotz des 3-Pfennig-Schiedspruches den Ausperrungsbefehl lang- und klanglos in der Vertagung verschwinden lassen zu müssen. So mag das Ergebnis für die Metallarbeiter auch sein mag — eins steht fest: die starke Kampfkraft der mitteldeutschen Metallarbeiter hat die Schlichtungsbehörden gezwungen, über den 3-Pfennig-Schiedspruch hinauszugehen. Der Preisverlust liegt zweifellos auf der Seite der Metallindustriellen, während die Metallarbeiter für sich mindestens einen starken moralischen Erfolg buchen können.

Die unpolitische Konferenz

Vertagt! — Die Lösung von Havanna

An dem gleichen Tage, an dem in Genf die zweite Tagung des Sicherheitskomitees des Völkerbundes begann, endete in der kubanischen Hauptstadt Havanna die panamerikanische Konferenz. Fünf Wochen haben die Vertreter der amerikanischen Republiken beieinander gesessen, um über den Aufbau und die Festigung der panamerikanischen Union zu beraten. Das wenigstens war nach dem Programm ihre Aufgabe. Aber die Konferenzteilnehmer gingen in der Erledigung dieser Aufgaben von sehr gegensätzlichen Interessen aus. Diese Gegensätze sind so tief, daß sie schon auf die Vorbereitung der Konferenz erheblich einwirkten. Obwohl alle vertretenen Staaten als gleichberechtigt anerkannt wurden, dirigierte von vornherein der überragende Einfluß der Vereinigten Staaten den Gang der ganzen Konferenz. Die amerikanische Delegation erreichte es, daß politische Fragen aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen würden, so daß nur rein technische und Verwaltungsgeschäften übrigblieben. Zudem bestanden die Delegationen aus Berufsdiplomaten, von denen die meisten wenig Lust hatten, sich in Gegensatz zu dem mächtigen Staatssekretär Hughes der noch mächtigeren Vereinigten Staaten zu stellen. Hätten die Delegationen, nicht an feste Weisungen gebunden, die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen ihres Landes bei den zu behandelnden Problemen darlegen und vertreten können, dann hätte es vielfach lebhaftere Auseinandersetzungen gegeben, in denen die Gegensätze zwischen den amerikanischen Staaten offen zutage getreten wären.

Die panamerikanischen Bestrebungen sind über hundert Jahre alt. Es handelte dem ursprünglichen Plan, die lateinamerikanischen Staaten zu einer Art amerikanischen Völkerbund zusammenzufassen, um so gegen die imperialistischen Überfälle europäischer Mächte zu liefern, ein revolutionärer Zug an. Die Vereinigten Staaten waren in diese panamerikanische Union nicht einbezogen, und künmerteten sich auch lange Zeit nicht um sie. Erst mit der mächtigen Entwicklung ihres Kapitalismus wurde ihr Interesse an der panamerikanischen Union geweckt, das aber von Anfang an ein ganz anderes war, als das der lateinamerikanischen Staaten. Sie schlossen sich in der Union zusammen, um ihre nationale und politische Unabhängigkeit zu sichern. Die Vereinigten Staaten kamen zu ihrer Union, um die Hemmung der wirtschaftlichen Durchdringung Mittel- und Südamerikas zu beseitigen. Für sie war die Mitarbeit in der panamerikanischen Union nichts anderes als ein Mittel, mit dem sie zuerst ihre wirtschaftliche und dann auch ihre politische Expansion weitertragen wollte. Bei der gewaltigen Macht, die der Kapitalismus der Vereinigten Staaten darstellt, ist es ihm gelungen, in der panamerikanischen Union die führende Rolle einzunehmen und es ist ihm weiter gelungen, mit Hilfe von Dollars und Waffen eine ganze Reihe lateinamerikanischer Staaten in völlige Abhängigkeit zu schlagen. Damit nicht zufrieden, stößt er immer weiter vor. Der qualvolle Verzweiflungskampf, den Nicaragua gegen die Truppen des nordamerikanischen Imperialismus führt, lehrt den anderen mittleren und kleinen amerikanischen Republiken, daß die Imperialisten der großen „Schwellernation“ keine Skrupel in der Unterwerfung jener Länder kennt, die sie glauben, zu ihrer Stärkung und Erhaltung verschlingen zu müssen.

Es war nur natürlich, daß die Intervention in Nicaragua und der jahrelange Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko die Stimmung auf der Konferenz nicht gerade günstig für die Vereinigten Staaten vorbereiteten. Um so geschäftiger und nachdrücklicher war die Delegation Coolidges bemüht, das Arbeitsprogramm so festzulegen, daß über die für die lateinamerikanischen Staaten brennenden Probleme überhaupt kein Wort auf der Konferenz gesprochen werden konnte. Herr Coolidge tat noch mehr. Die außerordentlich ungünstige Finanzlage Mexikos ermöglichte es ihm, unmittelbar vor Beginn der Konferenz mit Mexiko zu einer Verständigung zu kommen, bei der Mexiko allerdings allein der gebende Teil war. Aber Mexiko war diejenige Macht, von der die Vereinigten Staaten in Havanna das meiste zu fürchten hatten. War dieser Widerstand ausgeschaltet, so war der unangenehmste Widerstand zum größten Teil gebrochen.

Die Imperialisten der Vereinigten Staaten haben richtig kalkuliert. Soweit nach der offiziellen Ausschaltung aller politischen Fragen noch die Möglichkeit für die lateinamerikanischen Staaten blieb, sich gegen die unerfällliche Uebermacht der nordamerikanischen Imperialisten zu wehren, ist auf der Konferenz einige Male der Versuch dazu gemacht worden. Die mexikanische Delegation selbst war es, die eine Reorganisation der panamerikanischen Union beantragte, um den überwiegenden Einfluß der Vereinigten

Die Sicherheitstagung

Boncour der Dolmetsch der Bourgeoisie

SPD Genf, 21. Februar.

Das Ergebnis der Dienstagvormittagssitzung des Sicherheitskomitees war entschieden magerer als das des Montags. Weder der Vertreter Italiens, noch der französische Vertreter Paul Boncour, riefen auch nur einen Finger breit von der bekannten bisherigen Einstellung ihrer Länder ab. Der Italiener schloß sich hinsichtlich der Schiedsgerichtsbarkeit dem englischen Standpunkt an und wünschte für den Völkerbund Handlungsfreiheit.

Paul Boncour hielt ein Plädoyer gegen die sofortige Abrüstung. Er versuchte zu beweisen, daß weder die Sicherheit Europas noch der Welt so weit gesichert sei, daß man schon abrüsten könnte. Sicherheit und Abrüstung bildeten ein einheitliches Ganzes, bei der die Sicherheit voranzugehen habe. Aufgaben des Sicherheitsausschusses sei die Ausarbeitung einer weltumspannenden Friedenssicherung als Bervollständigung und Präzisierung des Völkerbundespaktes. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des polnischen Delegierten und das Gutachten des griechen Politis forderte Boncour als Voraussetzung der Abrüstung regionale Sicherheitsverträge mit materieller Unterstützung gegen Angreifer, Nechtung des Angriffskrieges und Ausbau der Sanktionsbestimmungen. Einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit könne Frankreich beitreten, wenn hinter ihr die Sanktionsdrohung stehe.

Der finnische Vertreter trat dann für den norwegischen Gedanken eines allgemeinen Schiedsgerichtspaktes ein und begrüßte die deutschen Vorschläge als technische Maßregel zur Kriegsverhinderung. Für einen trotzdem erfolgenden Angriffskrieg wünsche Finnland finanzielle und materielle Unterstützung des Völkerbundes.

Für mehr Locarnoverträge

U Genf, 21. Februar.

Im Laufe des heutigen Nachmittags haben zwischen den maßgebenden Delegationen des Sicherheitsausschusses eingehende Verhandlungen über das weiter einzuschlagende Verhandlungsverfahren stattgefunden. Die Generaldebatte wird aller Voraussicht nach bereits am Mittwoch oder Donnerstag zu Ende gehen, worauf dann in die Diskussion der einzelnen Vorschläge und Anregungen eingetreten werden wird. Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf werden folgende drei Punkte zur Einzelberatung gestellt werden:

1. Herstellung eines Vertragsrahmens für einzelne und allgemeine Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge,
2. Feststellung der vom Völkerbund zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen in Krisenzeiten,
3. Präzisierung eines Schemas für regionale Sicherheitspakte.

Dieser Punkt dürfte ohne Zweifel im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen des Ausschusses stehen. Von französischer Seite wird gegenwärtig mit großem Nachdruck auf eine beschleunigte abschließende Herstellung eines Vertragsrahmens für die regionalen Sicherheitspakte gedrängt. Es scheint bei der französischen und den frankreich nahestehenden Delegationen die Tendenz zu bestehen, diesen abschließenden Vertragsrahmen bereits auf der gegenwärtigen Tagung endgültig auszuarbeiten und so einen für die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage im Völkerbund bindenden Text zu schaffen, der dann auf dem Wege über die Vollversammlung des Bundes sämtlichen Mitgliedern zur Anwendung empfohlen werden soll.

Kein polnisch-litauischer Gefangenenaustausch. Das Warschauer offiziöse Blatt Epoka meldet, daß die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über den gegenseitigen Austausch von Gefangenen gescheitert sind.

Von deutscher Republik

Zum afghanischen Königsbesuch

Die deutsche Republik läßt sich nicht lumpen! Sie weiß nicht nur ihren ehemaligen Monarchen und Standesherrn durch anständige Rentien das Leben freudiger zu gestalten, sie versteht auch auf das vortrefflichste, ein Zeremoniell zu üben, das wahrhaftig mit königlicher Ehrung keinen Spah treibt. Die deutsche Republik, ei, das ist eine Republik! Sie empfängt heute durch ihre obersten Staatsorgane einen leibhaftigen König, die Majestät Amanullah von Afghanistan, die nach einem Besuch in Indien, Ägypten, Italien und Frankreich zu uns kommt. Die deutsche Republik läßt sich nicht lumpen und versteht keinen Spah! Diese deutsche Republik, der es beizuliegen so leicht geht, weil die Landwirtschaft bislang zu wenig durch Kolonisationsaktionen gefördert wurde und die Arbeitslosen und Sozialrentner zu viel beanspruchen, diese Republik mietet für Amanullah von Afghanistan den — Hagenjollen für einige Wochen einen Palast ab, das Prinz-Albrecht-Palais, auf daß das afghanische Königspaar es allein in fünfundfünfzig Zimmern nebst dem Gefolge merke, daß diese Re-



publiziert sich nicht lumpen läßt. Denn lumpig wäre es, wenn diese hohen Herrschaften in einem der Berliner Hotels, das ansonsten diplomatische Besucher beherbergt, zu wohnen hätten. Lumpig wäre es, wenn mit der also gelösten Wohnungsfrage — welche Lösung den deutschen Republikanern einige hunderttausend Reichsmark kostet — das Zeremoniell beendet wäre. Es geht weiter: Seit einigen Tagen kommt auf den Redaktionstisch das Material der amtlichen Nachrichtenagenturen so zahlreich, daß ohne Mühe die ganze Zeitung nur mit der afghanischen Sensation ausgefüllt werden könnte. Was da so drinsteht? Wie die letzten Vorbereitungen zum „würdevollen Empfang“ getroffen werden, weshalb die „Frage der Tischordnung nicht leicht zu regeln“ sei, wozu mühevoller Arbeit dem Oberzeremonienmeister bevorsteht usw. Es wird ferner mitgeteilt das „offizielle Programm“ — Japanstreik, Flugplatz, Sportforum, Galarop, Truppenübungen in Döbereitz —, es werden mitgeteilt die kommenden Empfänge und Besuche, ein ausführlicher Bericht über die „Besichtigung des Prinz-Albrecht-Palasts durch die deutsche Presse“ und schließlich eine Liste des gesamten Gefolges mit strenger Kommentierung der jeweiligen amtlichen und verwandtschaftlich-mitteleuropäischen Stellung.

Ja diese „deutsche Presse“! Es ist kein Wort darüber nötig, daß sie sich ihrer augenblicklichen Verantwortung voll bewußt ist. Und es ist auch der Hinweis überflüssig, daß in der ersten Reihe der republikanischen Prätorianer, die die Afghanen in Deutschland „einführen“, die auf den Straßentaus eingestellte Berliner republikanische Presse und der parteiunabhängige demokratische Zeitungsdienst marschieren. Gestern abend hat das afghanische Königspaar von der Schweiz kommend bei Wei-Deopoldshöhe deutschen Boden betreten. Ueber die Begrüßung durch die deutschen Behörden berichtet das amtliche Wolff-Bureau in ungefähr achtzig Druckzeilen. Der König trug die keldsame Generalsuniform seiner Armee, die Königin, der von Freitrau v. Richthofen, der Gattin des Ministerialdirektoren Freiherrn v. Richthofen, ein Strauß Malgaldchen überlockt wurde, kostbare Pelze.“ Die Königin-Luise-Woh des Reichsbanneramerikaden Georg Bernhard hat es sich nicht nehmen lassen, einen Sonderkorrespondenten nach Leopoldshöhe zu entsenden.

Paul Kranz gehört schon der Vergangenheit an. Es lebe die neue Sensation Afghanistan! Und die deutsche Republik und ihre Presse bezeugen, daß sie ihr gewachsen sind.

In einer Operette, die vor einigen Jahren die neue Sachlichkeit auf deutschen Bühnenbreitern fördern half, sagte ein französischer Theaterdirektor zu einem ihn besuchenden indischen Prin-

zen ungefähr die Worte: „Sie sehen, man hat für die Monarchen nirgendwo so viel Verständnis wie in einer Republik.“ Was nicht nur im Falle Afghanistan von der deutschen bewiesen worden ist.

Der Zweck des Königsbesuches ist die Anbahnung geschäftlicher Beziehungen zwischen Afghanistan und den europäischen Ländern. Afghanistan, ein Land mit ungefähr 635 000 qkm Gebietsumfang und 7 bis 9 Millionen Bewohnern, harzt noch der industriellen Erschließung. Es gibt nur wenige Fabriken in diesem Lande, deren Hauptanteil die königlichen „Maschinenhäuser“ in der Hauptstadt Kabul stellen. Die Bodenschätze, Kupfer, Silber, Eisen, Schwefel, Kohle und Blei, werden von den Geologen nicht unbedeutend geschätzt. Schon diese ökonomische Stellung als nichtkapitalistischer Raum macht Afghanistan zu einem Objekt des imperialistischen Machtspiels. In der Hauptsache wird diese Stellung jedoch durch die strategische Situation Afghanistans bestimmt. Eingeschlossen von Britisch-Indien, Rußland, Persien und Chinesisch-Turkestan war Afghanistan schon seit Jahrzehnten ein Zankapfel zwischen Rußland und England. Auch heute noch bildet die Konkurrenz um Afghanistan einen Bestandteil des großen englischen Gegenjahres. Im Jahre 1919 kam der Emir Amanullah ans Ruder, erhob das Emirat zum Königreich (Amanullah ist also nicht einmal „echter“ König) und erklärte die Unabhängigkeit Afghanistans von der bisherigen englischen Protektorscherrschaft. Es kam zum Krieg zwischen England und Afghanistan; im Frieden von Rawalpindi (8. 8. 1919) mußte England die Souveränität des Königs und die völlige Unabhängigkeit seines Reiches anerkennen. Es begann jetzt eine Periode bürgerlicher Reformen im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat, die die Vorstufe für die künftige Durchkapitalisierung Afghanistans bildeten, wenngleich die Regierungsform ihren formalen Charakter einer Despotie behielt. Die zur Zeit von der deutschen Presse vertretene Gesichtsauffassung führt diese Reformbewegung natürlich auf den klugen selbständigen Willen Amanullahs zurück.

Afghanistan war von jeher ein Glied in der Kette russischer Außenpolitik in Asien. Im Jahre 1921 kam ein Vertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan zustande, der durch einen im August 1926 abgeschlossenen, am 10. April 1927 ratifizierten Neutralitätsvertrag erweitert wurde. Die Grenze für die russisch-afghanische Freundschaft ist die gleiche wie die der russisch-persischen und russisch-türkischen. Eine Einbeziehung dieser Länder in einen von der Sowjetunion geführten „asiatischen Völkerbund“ muß schon allein an der ökonomischen Schranke scheitern: Rußland kann diesen industriell unentwickelten Ländern kein Kapital zur Verfügung stellen; es braucht selber den Kapitalimport zur Entwicklung der eigenen Wirtschaft. Die Versuche Tschitscherins, wie sie am deutlichsten auf der auch von Afghanistan besuchten Döbereitz Konferenz vom November 1926 zu beobachten waren, haben konfessio Erfolge nicht bringen können. Wenn die Zwetscha anlässlich der Ratifizierung des russisch-afghanischen Neutralitätsvertrags schrieb, England würde bald in Indien und Ostchina die Wirkung dieses Vertrags auf die Völker Asiens verspüren, so hat ja schon der nächste Tag, der 11. April 1927, bei den Ereignissen in Schanghai gezeigt, wie weit diese Rechnung stimmt. Mit der russischen Freundschaft kann jetzt Afghanistan nicht viel anfangen. Amanullah kommt nach Europa, um bessere wirtschaftliche Beziehungen seines Landes zu den westeuropäischen Mächten anzubahnen. Daß die deutsche Industrie (und vor allem die heimische, die bereits jetzt in Afghanistan einen relativ guten Absatzmarkt hat) auf ein anständiges Geschäft hofft, davon zeugen die über den afghanischen Königsbesuch begeisterten Artikel der deutschen Zeitungen. Mit den Geschäftsabläufen pflegen bekanntlich auch andere Wünsche verbunden zu sein, in diesem Falle solche nach einer Neubelebung deutscher Politik in Asien. Wie so etwas endet, hat uns ja der Weltkrieg gezeigt.

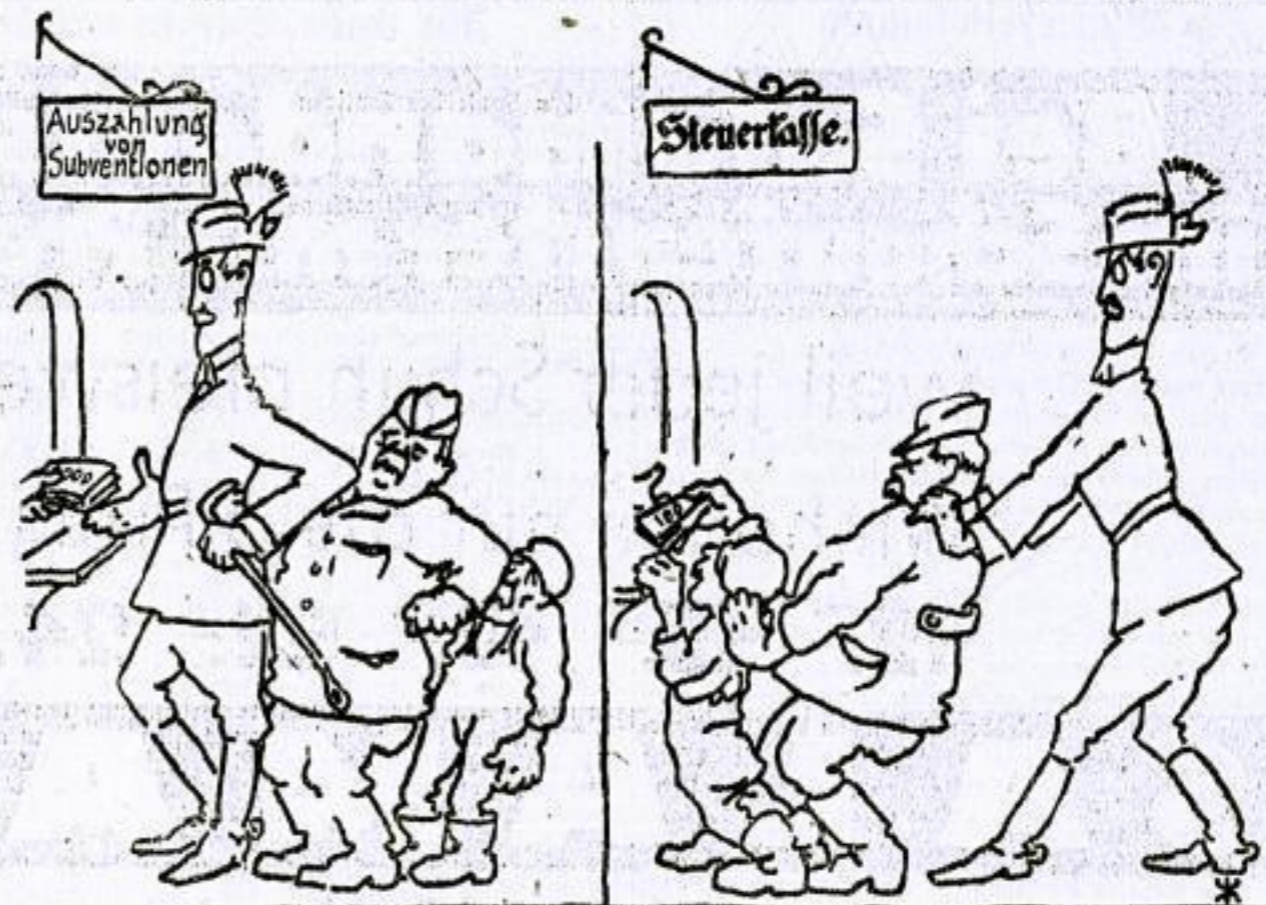
Ueber den augenblicklichen Stand der Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan unterrichtet ganz aktuell „Harry Domela, Der falsche Prinz“. Das Buch ist durch die Leipziger Volksbuchhandlung zu beziehen.

Der Krieg in Arabien

WIB Bama, 21. Februar.

Ein englisches Flugzeug wurde von den Wahabiten abgeschossen, die, 2000 Mann stark, die Grenze des Jzd überschritten und die Lager von Stämmen des Trafs, 80 Kilometer südwestlich von Bama, angegriffen hatten. In dem Kampfe, der sich daraus entwickelte, verloren die Wahabiten 80 Tote und 200 Verwundete, die sie auf dem Schlachtfelde zurückließen. Die Stämme des Trafs hatten stärkere Verluste. Es wurden ihnen außerdem alle Kamels und Schafe geraubt. Englische Flugzeuge, deren Basis sich in Ur befindet, griffen die sich zurückziehenden Wahabiten an und brachten ihnen schwere Verluste bei.

Die Notstandsaktion für die Landwirtschaft.



Wenn es an den Empfang von Subventionen — — und wenn es ans Steuerzahlen geht.

Staaten in der Führung zu brechen. Raum gemacht, war dieser Vorstoß schon erledigt, ohne daß Mexiko ihn mit Nachdruck vertreten hätte und vertreten konnte. Einen schärferen Kampf führte Argentinien gegen die Schukko-Politik der Vereinigten Staaten, durch die die Waren aus den lateinamerikanischen Ländern von dem Markt der Vereinigten Staaten fast ausgeschlossen werden, während die nordamerikanischen Kapitalisten mit ihren Waren Mittel- und Südamerika überschwemmen. Der argentinische Vertreter räumte freilich gegen Raum an, die amerikanische Delegation blieb fest und der Vorstoß endete mit der Flucht des Argentiniers von der Konferenz. Auch an anderen Verhandlungen, der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent zu tun, hat es nicht gefehlt. Sie wurden bei der Aussprache über die Regelung der Luftfahrt gemacht und dann vor allem bei der Debatte über die Intervention. Da hat es noch am Ende der Konferenz Hughes erleben müssen, daß er von den südamerikanischen Vertretern ausgezittelt wurde, als er die Interventionspolitik damit verteidigen wollte, daß „die Vereinigten Staaten sich nicht das Recht nehmen lassen könnten, die von ihr zum Schutze des Lebens und Eigentums ihrer Staatsbürger in anderen Ländern als notwendig angesehenen Maßnahmen zu treffen“. Die Delegationen der südamerikanischen Staaten verlangten, daß in keinem Falle ein amerikanischer Staat gegen einen anderen mit Wassergewalt vorgehen dürfe. Diese Forderung war gewiß im Hinblick auf die Kämpfe in Nicaragua sehr aktuell — aber für den Imperialismus der Vereinigten Staaten nicht annehmbar. Die Konferenz hat sich schließlich auch hier wie in allen anderen Fragen der Weisung von Hughes gefügt und die ganze Debatte über die Intervention auf die nächste Konferenz, die in fünf Jahren stattfinden soll, verschoben. Bis dahin ist eine lange Zeit und es ist wahrscheinlich, daß es 1933 mehr Vasallenstaaten des Vant- und Des-Imperialismus gibt als heute. In den letzten zehn Jahren ist beim Essen der Appetit der Imperialisten immer stärker geworden.

Das gilt nicht nur von dem Imperialismus der Vereinigten Staaten, es gilt von dem auch aller anderen Länder. Die Bourgeoisie und ihre Presse in Europa verschweigen das sehr gern. In den bürgerlichen Zeitungen Deutschlands sind gelegentlich moralische Ergüsse über die Gewaltpolitik der Vereinigten Staaten zu lesen. Manchmal fügen sie sogar einen Protest hinzu. Natürlich nur, weil die gewalttätige Unterdrückung eines schwachen Staates weit drüber überm Ozean vor sich geht. Als früher das kaiserliche Deutschland genau so handelte, rechtfertigten und unterstützten sie diese Gewaltpolitik, forderten deren Fortsetzung. Und wenn morgen der neue deutsche Imperialismus so geträgt sein wird, um seine Expansionsgehrte wieder mit Gewalt befriedigen zu können, dann wird sie sich weder moralisch entziehen noch dagegen protestieren. Nur die Arbeiterklasse unter der Führung der Sozialdemokratie wird es sein, die sich dem Imperialismus als unverzichtbarer Feind im Kampfe gegenüberstellt.

Zusammentritt des Mecklenburg-Strelitzer Landtages

WIB Neustrelitz, 21. Februar.

Der am 22. Januar d. J. gewählte Mecklenburg-Strelitzer Landtag trat heute zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Anwesend waren sämtliche 88 Abgeordneten. Zum Präsidenten gewählt wurden Landrat Dr. Roth (Soz.) und Bürgermeister a. D. Dr. Albrecht (Dr.) wiedergewählt. An Stelle der bisherigen Staatsminister, Dr. Hülshof (Dem.) und Schwabe (Dr.), die ihre Ämter niederlegten, ernannte der Präsident den bisherigen Mecklenburg-Strelitzer Staatsminister Dr. Freiherrn v. Reibnitz (Soz.) und den Bürgermeister der Landeshauptstadt Neustrelitz Dr. Helperth (D. Bp.) zu Staatsministern. Der Antrag, der Deutschen Nationalen, festzustellen, ob beide das Vertrauen des Landtages hätten, löste eine stundenlange sehr erregte Debatte aus, die mehrmals zu Unterbrechungen der Sitzung führte. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, über den deutschnationalen Antrag getrennt abzustimmen, wurde mit 17 gegen 16 Stimmen angenommen. Die Vertrauensfrage wurde sodann hinsichtlich Dr. Reibnitz mit 19 gegen 16 Stimmen verneint. Das Vertrauen hinsichtlich Dr. Helperth wurde mit 18 gegen 17 Stimmen verneint. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die bisherigen Minister Dr. Hülshof und Schwabe von der Weiterführung der Geschäfte zu entbinden, wurde mit Mehrheit angenommen. Demnach ist zur Zeit in Mecklenburg-Strelitz kein Staatsministerium vorhanden. Der Landtagspräsident wurde ernächtigt, die nächste Sitzung des Landtages nach Anhörung des Reichsterrats einzuberufen.

Zur Hamburger Regierungsbildung

WIB Hamburg, 21. Februar.

Das Hamburger Echo schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen umgebildet wird.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Leuterich, erklärte, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu der Erwartung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit an der Regierung stellen und daß sie sich auch auf eine etwaige Einladung der Kommunisten nicht zu einer neuen Verhandlungskommission hergeben würden.

Das Arbeitsprogramm

WIB Berlin, 21. Februar.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, beabsichtigt das Reichskabinett die Gesetze über das Arbeitsprogramm dem Reichsrat so schnell als möglich zuzuleiten, damit die parlamentarische Erledigung möglichst beschleunigt werden kann. Die Einbringung der Entwürfe beim Reichsrat wird voraussichtlich schon Mitte dieser Woche erfolgen. Dem Reichsrat gehen sie einzeln zu; die Absicht aber für die parlamentarische Behandlung, die Maßnahmen in ein Rahmengesetz einzuflechten, wird dadurch nicht aufgehoben.

Eine Partei der Statspieler

SPD Einundzwanzig Wahlvorschläge bei der Hamburger Wahl, fünfunddreißig Wahlvorschläge bei der kommenden Reichstagswahl, jedem Stammesmitglied, jedem Statklub seine Partei — das ist das deutsche Spielbürgertum, wie es lebt und leidet, der wahre Beweis für die politische Unbildung des deutschen Spielbürgers. Jedem Statklub seine Partei — bitte, das ist keine Uebertreibung. Da in Weizenfelds in Mitteldeutschland eine Kommunalsteuer auf Statkloubere eingeführt werden soll, ist dort eine Partei der Statspieler im Werden, die bei der kommenden Gemeindevahl eine eigene Liste aufstellen will!

Die Dienerin der Banken

Die am Dienstag begonnene Debatte über die Erklärung der neuen norwegischen Regierung wurde noch am gleichen Tage mit einer Abstimmung über einen Misstrauensantrag der Arbeiterpartei beendet. Der Antrag verfiel der Ablehnung mit 85 gegen 62 Stimmen. Die Führer der Rechtsparteien und der Agrarier stimmten gegen das Misstrauensvotum.

Im Verlauf der Debatte verwies der Führer der gestützten Arbeiterregierung Hornrud zunächst darauf, daß die Banken sein Kabinett zwingen wollten, einen großen Teil ihrer Verluste zu tragen. Diese Zumutung habe die Arbeiterregierung abgelehnt und deshalb sei sie gestürzt worden. In dem Misstrauensvotum, das ebenfalls von Hornrud begründet wurde, heißt es, daß die Regierung Kowinell keine andere Erklärung abgegeben habe als das zurückgetretene Kabinett. Die Politik dieser Regierung sei aber durch die letzten Wahlen verurteilt worden. Andererseits wäre die gegenwärtige Regierung durch eine außerparlamentarische Aktion entstanden und als ein gehöriges Institut für die privaten Bank- und Geldinteressen zu betrachten. Aus all diesen Gründen beantrage die Arbeiterpartei, der Regierung das Misstrauen auszusprechen.

Von der Regierung wurde im Laufe der Debatte u. a. mitgeteilt, daß die von der Arbeiterregierung für das Jahr 1928 geplante Einkommenssteuer der Militärlöhnen nicht erfolgen solle. Auch die anderen von der Arbeiterregierung vorbereiteten Pläne habe das neue Kabinett fallen gelassen.

Innerhalb der kommunistischen Partei Norwegens ist wegen der Unterstützung der Arbeiterregierung durch die kommunistischen Abgeordneten ein neuer Streit entbrannt. Mostau wünschte den offenen Kampf gegen das Arbeiterkabinett. Die kommunistischen Abgeordneten haben sich diesem Befehl jedoch nicht gefügt. Es ist zu erwarten, daß sie jetzt zum großen Teil zur Arbeiterpartei überitreten.

Das „Wahlgesetz“ des Faschismus

Unter Vorsitz Mussolinis nahm der heutige Ministerrat das Gesetz über die Reform des Parlamento an. Die Zahl der Abgeordneten wird danach auf 400 festgesetzt. Das Recht zur Benennung von Kandidaten steht den Konföderationen der großen anerkannten Gewerkschaften, die zusammen 800 Kandidaten vorschlagen, sowie den wissenschaftlichen Verbänden zu, die 100 Kandidaten benennen. Der große faschistische Rat stellt aus der Mitte der vorgeschlagenen eine Wahlliste zusammen, wobei er berechtigt ist, von sich aus Vertreter der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Politik in Ergänzung der vorgeschlagenen Kandidaten auf die Liste zu setzen. Die Kandidatenliste wird dann im Verordnungsblatt veröffentlicht. Am dritten auf der Veröffentlichung folgenden Sonntag findet dann die Wahl statt. Italien bildet dabei einen einzigen Wahlbezirk; wahlberechtigt sind verheiratete mit Kindern von 18. kinderlose Staatsbürger vom 21. Lebensjahre ab. Hierfür prüft der aus dem Präsidenten und vier Mitgliedern bestehende Appellhof in Rom als nationale Wahlbehörde das Ergebnis der Wahl. Die Wahl ist gültig, wenn für die Liste über die Hälfte der Wähler gestimmt haben. Andernfalls finden nach spätestens 45 Tagen Neuwahlen statt, wobei allen Verbänden und Organisationen mit 5000 Mitgliedern das Recht der Aufstellung von Kandidatenlisten ohne Prüfung durch den großen faschistischen Rat zusteht.

Hungersnot in Albanien

Die albanische Regierung hat den Völkerbundrat um Hilfe gegen die seit Wochen in ihrem Lande zu verzeichnende Hungersnot gebeten. Nordalbanien war schon 1924 infolge einer Missernte von der Hungersnot bedroht. Damals hat der Völkerbund ebenfalls die erste Hilfe geleistet.

Massenprotest polnischer Wähler

Beim höchsten polnischen Gericht in Warschau sind in den letzten Tagen mehr als 400 Klagen wegen Ungültigkeitserklärungen von Wahllisten, meistens von Wahlkreislisten eingegangen. Eine große Anzahl dieser Klagen besteht aus der Liste der Kommunisten, deren Staatsliste bekanntlich anerkannt wurde, deren Kreiswahlliste aber in großen Teilen des Landes für ungültig erklärt wurde. Die Ungültigkeitserklärungen der Kreiswahlliste in allen Teilen des Landes nehmen weiteren Fortgang.

Gestern wurde in Genesiochau in dem Lokal der Partei der Christlich-Demokraten ein geheimes Arsenal von Gewehren und Mörsern, Revolvern, Bajonetten und Sprengmaterial verschiedener Art gefunden und beschlagnahmt. Infolgedessen wurde eine eingehende Untersuchung des Lokales dieser Partei vorgenommen, wobei sich darauf belastendes Material ergab, daß 15 Personen, unter ihnen die Sejm-Kandidaten Cardini und Galeci verhaftet wurden. Man nimmt an, daß das Waffenmaterial zu Terrorzwecken gebraucht werden sollte.

Sozialistischer Vormarsch in Niga

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen sind für die deutsche Liste 27 500 Stimmen abgegeben worden. In erster Stelle marschierten die Sozialdemokraten mit 20 Abgeordneten. Die nationalen Minderheiten haben 26 Sitze errungen, darunter 13 Deutsche, 7 Juden, 4 Russen und 1 Pole. Die letzten bürgerlichen Parteien haben zusammen 25 Mandate erhalten. Die Linksparteien stehen mit 40 Sitzen in das neue Stadtparlament ein. Die Wahl hat keine entscheidenden Veränderungen in den Mandatsverhältnissen gebracht.

Kämpfe in Mexiko

Wie aus Mexiko berichtet wird, haben die Rebellen am Sonnabend einen Versuch gemacht, die 20 000 Einwohner zählende Stadt Guanajuato einzunehmen. Der Polizei und der Bevölkerung gelang es, die Rebellen nach hartem Kampf zurückzuwerfen. Regierungstruppen von verschiedenen Punkten sind nach dem bedrohten Gebiet entsandt worden.

Nach Meldungen aus Mexiko sind in Tlaxcala 10 000 Mann Regierungstruppen zur Unterdrückung der neuen Aufstandsbewegung zusammengezogen worden. Die Regierungstruppen sollen Befehl zur Zerstörung der Ortschaften erhalten haben, in denen Aufständische wohnen. Flugzeuge sollen bereits mehrere Dörfer bombardiert haben.

Mehr Solidarität!

Wie die indischen Kulis leben

Ihr Kampf muß unter Kampf sein!

SWD Bombay, Mitte Februar.

Auf Grund seiner Erfahrungen hat der Vorsitzende der zum Studium der indischen Arbeiterverhältnisse entsandten Kommission der britischen Trade-Unions, Purcell, die augenblickliche Lage der indischen Arbeiterschaft als eine Gefahr für die Arbeiterklasse der übrigen Erde bezeichnet. Eine Befestigung dieses Ausspruchs und eine Mahnung an die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den Ländern der weißen Rasse, den Kampf der indischen Arbeiter um die Besserung ihrer Existenzbedingungen moralisch und materiell intensiver zu unterstützen, als es bisher der Fall war, ist die Beschreibung, die der Indian National Herald eines

Lagers indischer Kulis

veröffentlicht und die ein anschauliches Bild von der jämmerlichen Lage der indischen Arbeiterschaft gibt. Neugierlich macht ein solches Lager, wie der Bericht einleitend sagt, einen romantischen Eindruck. Schwarzäugige, dunkelhäutige schöne Frauen, mit Ohrringen und Armbändern geschmückt, beaufsichtigen plaudernd das Spiel ihrer Kinder, die wie Kinder auf der ganzen Erde glücklich lächeln. Die Musik eines paradiesischen Zustandes schwebt sehr bald beim Besuch einer Wohnung, in der der indische Arbeiter sein Leben verbringt. Auf 12 Quadratmeter Raum haufen gewöhnlich mehrere Familien und dieses einzige Zimmer dient gleichzeitig als Küche, Wohn- und Schlafraum. Mit Düng genährtes Feuer erfüllt die Stube mit Rauch und einem enisiglichen Geruch. Die Gesichter der überaus heruntergelagerten Arbeiter, die sich von ihrer Arbeit ausruhen, sind befeht von tausenden Krankheitserregern übertragenen Fliegen. Dabei liegt dieses Lager im Zentrum Indiens, an einem der großen Häfen, kaum einen Kilometer weit von den Villen englischer Offiziere und Beamter.

Es ist kein Wunder, daß ein Ort mit solchen hygienischen Bedingungen der ewige Herd von Infektionskrankheiten ist, die auch vor den europäischen Siedlungen nicht halt machen. Hygienische Gesichtspunkte beim Bau und bei der Pflege von Häusern sind ein heute noch in Indien gänzlich unbekanntes Problem. Ganze Straßenzüge der großen Städte bestehen aus Gebäuden, die der ärmste europäische Bauer nicht als Schweineflak verwenden würde und die von Menschen nicht als Wohnstätten von ihnen ist so niedrig, daß ein Erwachsener von mittlerer Größe nicht aufrecht darin zu stehen vermag. Wände und Fußböden bestehen aus Roh- und weiches Holz, die Decken aus billigem Bambus oder Blech von alten Petroleumlampen. In fast jeder dieser Hütten liegen ständig Kranke oder Wöchnerinnen neben einem Feuer, auf dem eine alte Frau das Essen für die Familie kocht.

Die Unmöglichkeit zu einer Besserung dieser Verhältnisse hat zum nicht geringen Teil psychologische Gründe. Es gibt Städte in

Indien, die aus öffentlichen Mitteln kleine, billige und hygienische Wohnungen errichtet haben. Sie stehen leer, weil der indische Arbeiter das Leben in den Höhlen vorzieht, in denen bereits seine Väter gelebt haben.

Die sichtbare Folge dieses harren Festhaltens an überlieferten Gewohnheiten ist die Tuberkulose und eine erschreckend hohe Kindersterblichkeit.

In einigen großen Städten Indiens die traurige Rekordziffer von 700 auf 1000 erreicht, daneben wüten unter den Erwachsenen Syphilis und andere innere Krankheiten. In der Wohnungsfrage äußert sich das Grundproblem, das das neue Indien zu lösen haben wird, die Reduzierung des Luxus der Wenigen und die Schaffung menschlicher Lebensbedingungen für 300 Millionen indischer Proletarier.

Eine wirkliche Reform des indischen Massenlebens kann jedoch nur von der indischen Arbeiterbewegung her kommen, die dem indischen Proletariat den Willen zu besseren Lebensbedingungen und das Bewußtsein seiner menschlichen Würde gibt. Eine liebevolle Sozialreform kann hierbei manches Gute leisten, aber der entscheidende Einfluß kann auch nur in Indien von der Arbeit der Gewerkschaften kommen, die den indischen Kuli dazu erziehen wird, daß er allein der Meister seines Schicksals ist. Mit der Förderung dieser Bestrebungen kann die große Aufgabe der europäischen Arbeiterbewegung einsehen, die energischer, als bisher geschehen ist, Einfluß auf ihre farbigen Klassengenossen suchen muß, um sie aus geistig und physisch minderwertigen Behnildkern zu gleichberechtigten Mitkämpfern für die Sache des Sozialismus zu machen.

Warum sie für Kolonien sind

SWD Paris, 21. Februar.

Die Verhältnisse in den französischen Kolonien wurden am Dienstag in der Kammer anlässlich einer Debatte über das Privileg der Bank für Französisch-Westafrika wieder einmal grell beleuchtet. Die Bank ist ein Privatinstitut, das die Berechtigung zur Notenausgabe und andere ihm übertragene Begünstigungen genießt. Der radikalsozialistische Abgeordnete wendet sich gegen eine nochmalige Verlängerung der Privilegien dieser Privatbank, die einen Reingewinn von 40 bis 50 Millionen Frank im Jahre erzielt. Bei einer Verlängerung dieser Privilegien in der von der Regierung vorgesehenen Gestalt würde der französische Staat eine ungeheure Schädigung erfahren. Diese Ausführungen erregten den heftigsten Widerspruch des gleichfalls der Radikalen Partei angehörenden Kolonialministers. Er verurteilte die Aufrechterhaltung des Privilegs damit zu verteidigen, daß er die Notenausgabe als rein kommerzielle Angelegenheit bezeichnete, mit der sich der französische Staat nicht befassen konnte. Im übrigen mußte er aber zugeben, daß die Bank in Westafrika sehr bedeutende Gewinne mache.

Neue Menschen

Nicht das Lichterfest, sondern der Soz. Treffdienst gibt den folgenden Bericht über den Karneval in Köln aus: Der Kölner Karneval ist dieses Jahr wieder völlig im Friedensmächteab gelagert worden. Schon am Sonntag nachmittag begann das lustige Treiben. Unzählige Masken, die festlichsten und phantastischsten Kostüme, die sich immer wieder zu kleineren und größeren Trupps zusammenfanden, belebten die Straßen des alten Kölns. Bis tief in die Nacht hinein, ja bis zum frühen Morgen waren Straßen und Gassen vom Lärm und Jubel der Karren erfüllt. Am tollsten ging es am Montag zu. Aus der nächsten und auch aus der weiteren Umgebung, selbst aus Essen und anderen Ruhrstädten, aus Düsseldorf, Eberfeld, Barmen, Mülheim, Gladbach, Koblentz, Trier und Wachen brachten Eisenbahn, Autos, Straßenbahnen und Autobusse Hunderttausende von Menschen in die rheinische Metropole. In Köln selbst waren etwa dreiviertel der Bevölkerung auf den Beinen. Mehr als eine Million Menschen bildeten in den engen Straßen dichtgedrängte Spalier. In den Fenstern der Häuser, in den Schaufenstern der großen Geschäfte und Wirtschaften standen die Menschen Kopf an Kopf. Bis zu 200 Mark wurde für das Fenster bezahlt. Selbst auf den Dächern hatten sich Hunderte von Aussichtspunkte gesucht, und an Straßenlaternen und Baugerüsten hingen die gewandten „Kölische Jungens“ wie die Trauben.

Schon von 12 Uhr ab war in den Straßen, die der Zug berührte, kaum noch durchzukommen. Auf dem großen Neumarkt in mitten des alten Köln fuhren die prachtvollen nach der Idee „Die Presse im Dienste des Karnevals“ mit viel Geschmacd deflorierten Festwagen auf. Dazu kamen viele Gruppen zu Fuß und zu Pferd, die von den zahlreichen Karnevalsvereinigungen bestell wurden. Die blauweißen Funken, die Kölner Artilleristen aus dem Mittelalter eröffneten den Zug. Dann kam ein merkwürdiges Gefährt. Auf einem riesengroßen Eis lag ein Schiffsarzt und brüllte aus dem Eis das bekannte „A, das A, das A, das A“ der Presse. Dann zogen rheinische Hausfrauen, von Männern begleitet, einen Hausfrauenwagen, auf dem, in der Hand den großen Besen, eine sehr lupulente Hausfrau thronte. Danach kam der Wagen der Sirenenklinge — ein armes Wölkchen, den Mund mit Schiffszwecken verklebten, neben sich Gerichtsdiener, Staatsanwälte und dahinter den Scharfrichter. Wagen auf Wagen folgten, das zwischen immer wieder bunt kostümierter Gruppen, bis die Revolverpresse an die Reihe kam. Eine große Glode war das Zeichen des Wagens. Geschwähliche Mädchen begleiteten ihn und ein großer Revolver deutete die Hinterhältigkeit und Heimlichkeit dieser Presse an. Selbst die berühmte Seeflange und die Zeitungsgente waren auf dem Festwagen verfürpelt. Prinz Karneval thronte auf dem Prinzenwagen; halbdool kreuzte er nach allen Seiten Handlässe und Blumen aus.

Vier Stunden lang zog dieser lustige ausgelassene Karrenzug durch Köln — eine glanzvolle Aufschau des Kölner Karnevals, der nicht tot zu kriegen ist. (Daß man eine internationale Veranstaltung der „Weltmacht Presse“ zum Motto einer Karnevalsparade wählt, scheint uns das einzige zu sein, was vernünftig ist an diesem Kummel. Red.)

Ein neues Tanger-Abkommen?

SWD Paris, 21. Februar. (Radio.)

Nach halbamtlichen Meldungen aus Madrid sind die französisch-spanischen Tagerverhandlungen nun tatsächlich zum Abschluß gekommen. Spanien erhält danach entsprechend seinen Forderungen, die ihm allerdings wesentlich befristet wurden, einen größeren Platz in der Polizei und der allgemeinen Verwaltung. Das Abkommen wird nicht in Form eines formellen Vertrags, der etwa von den beteiligten Mächten unterzeichnet werden müßte, sondern in Form einer gewöhnlichen allmählichen Vereinbarung niedergelegt. Es werden nunmehr Verhandlungen in London und Rom angesetzt, um auch die Zustimmung von England und Italien einzusuchen.

Die Eigentumsvorlage

II New York, 21. Februar.

Nach Meldungen aus Washington glaubt man in amtlichen Kreisen, daß die wegen der Eigentumsvorlage noch zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senat bestehenden Differenzen durch die Kongresskommission bald beseitigt werden, so daß Präsident Coolidge im März durch seine Unterschrift die Eigentumsvorlage als Gesetz bestätigen kann.

Französisch-belgisches Zollabkommen

SWD Paris, 21. Februar.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und der belgisch-luxemburgischen Zollunion sind am Montagabend zum Abschluß gelangt. Der französische Ministerrat hat den Handelsminister zur Unterzeichnung des Übereinkommens ermächtigt.

Der Cavell-Film wird gezeigt

SWD London, 21. Februar.

Der Regisseur des Cavell-Films erklärte am Dienstag Pressevertretern gegenüber, daß der Film trotz des Verbots des Filmzensors demnächst in einem Londoner Kinotheater gezeigt werden würde. Im übrigen kann der Film, falls die englische Theaterzensur, die mit der Filmzensur nicht identisch ist, ihre Zustimmung erteilt, in jedem Londoner Theater gezeigt werden.

Arbeitervertreter im japanischen Parlament

SWD Berlin, 22. Februar. (Radio.)

Die Neuwahlen in Japan ergaben bei einer verhältnismäßig starken Wahlbeteiligung für die Satyukai 220, für die Minseitō 216. Die Arbeiterpartei, die bisher ohne jedes Mandat war, erhielt 3 Sitze. Zu der von der Satyukaipartei erhofften Mehrheit ist es nicht gekommen. Für die Minseitōpartei ist bei einem Zusammengehen mit den Linksparteien unter Umständen eine Mehrheitsbildung möglich.

Notizen

Aus Moskau meldet WTB: Der ehemalige Volkskommissar für Ackerbau, Alexander Smirnow, ist zum 1. Stellvertreter Rykoffs, des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der innerussischen Sowjetrepublik, ernannt worden.

WTB: Der amerikanische Oligarch Harry J. Sinclair hatte in dem lehrzeitigen Teapoddomes-Verfahren den Geschworen durch Privatdeklaration nachprüfen lassen und sie zu bestechen versucht. Wegen dieser Vergehen ist er heute vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Wilfried Herze in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchverlagsgesellschaft Leipzig.

Gegen offene alte Wunden, Reinschäden sowie nasse und trockene Flechte hilft mit bestem Erfolg Lauensteins Spezial-Sabal und H. Alletta echt König-Salomo Apotheke, Postversand Grimma'sche Straße 17

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Republik

Weil wir gekrönte Häupter nicht mehr kennen und keinen König wir mehr han...

Zum Gruß dem König der Afghanen laßt wehen Schwarzweißrote Fahnen...

Sechs Dugend hohe Exzellenzen weheln voll Demut mit den Schwänen...

Dann gibt man sich den Tafelfreuden und benket sich der schönen Zeiten...

Weil wir gekrönte Häupter nicht mehr kennen und keinen König wir mehr han...

H. S.-L.

Onkel Wilhelm

Da war ein Mann, unbeachtet lebte er in der großen Stadt. Niemand kannte seinen Namen...

Und da waren auch zwei Schwestern, gleich unbekannt wie der Mann...

Es ist wirklich keine Geschichte, die einzig dasteht. Und trotzdem soll sie hier erzählt werden...

Wilhelm stand wegen einer Alimentationsklage vor dem Einzelrichter. Mit ihm waren auch die zwei Schwestern angeklagt...

Aber wer sich über diese „zuchlosen“ und „schlampigen“ Familienverhältnisse empört...

Die Kinder Wilhelms besaßen sich seit ihrer Geburt in der Pflege der Berufsvormundschaft...

Der Richter verurteilte den Wilhelm zu drei Monaten Arrest und eine der Schwestern zu einem Monat bedingt...

„Ihr Verhalten ist niederträchtig, schämen Sie sich, Sie sehen gewissenlos Kinder in die Welt und verfahren dann mit Ihren Nachkommen ärger als die Wilden.“

„Wilhelm ist ein schlüssiger Gemütsmensch, der keine volkswirtschaftliche, politische, geschweige denn eine philosophische Bildung besitzt.“

„Herr Richter! Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus verstehe ich Ihre Empörung durchaus nicht.“

Es war die höchste Zeit, denn der Gebärstreik greift täglich mehr um sich...

Ihnen folgen die Grundbesitzer, bei denen Gehülfe, Heirat, Liebe, Kinderzahl alles nur eine Funktion der Erfolge und der Teilbarkeit des Bodens ist.

Ich bin kein Verbrecher, im Gegenteil, ich bin eine Stütze der Gesellschaft, der eine wichtige soziale Funktion zutritt...

Ich weiß, daß die bürgerliche Moral sich gegen die illegitimen Kinder auflehnt. Will aber die jüdische Gesellschaft erfüllt eine Vermehrung der Geburtenzahl...

mehrung der Geburtenzahl, so muß sie ihre schelmliche Verachtung gegen diese ausgeben.

In unserer Zeit, wo Revolution und Gegenrevolution einander jagen, hat sich das Lumpenproletariat als glänzendes Werkzeug der Gegenrevolution erwiesen.

Und noch ein letztes Wort, Herr Richter. Ich und das holde Schwesternpaar vertreten den Standpunkt...

müßlicher Prozeß ist, auf den wir keinen Einfluß nehmen können noch dürfen.

Würde Wilhelm so gesprochen haben, so hätte ihn sicherlich das Gericht feierlichst freigesprochen...

Wilhelm ist aber, wie gesagt, ein einfacher Gemütsmensch, der eine sittlich-religiöse Erziehung genoss.

Herr Zoubkoff geht zum Kadi

Der Herzensroman der Prinzessin Der Prinzgemahl und die Zeitgeschichte

X Berlin, 21. Februar.

Herr Zoubkoff und Frau Gemahlin Viktoria „zu“ Schaumburg-Lippe sind nach Berlin gekommen.

Herr Zoubkoff war vor der Zivilkammer des Landgerichts in eigener Person erschienen.

Der Landgerichtsdirektor Dr. Weigert behandelte den Kläger aber nicht ganz so, wie kaiserliche Schwäger von deutschen Gerichten behandelt zu werden gewohnt waren.

„Jawohl,“ sagt Herr Zoubkoff mit einem unverfälscht russischen Akzent.

Der Vertreter des „prinzlichen“ Paares wollte aber nicht so leicht klain begeben.

„Das Nachwort“, meinte er, „habe mit historischer Wahrheit nichts zu tun.“

Auch der „Prinzgemahl“ hatte eine Reihe von Einwendungen gegen die Darstellung seines verstorbenen Lebenslaufes zu machen.

Der Vertreter des besagten Verlags deckte aber den wahren Sinn der Klage auf: der Verleger hatte sich geschäftstätiger als Herr Zoubkoff erwiesen.

laufen. Durch den „Herzensroman“ glaubte er sich nun geschädigt. Daher die Klage.

Das Gericht hat die Verurteilung seiner Entscheidung ausgesagt. Herr Zoubkoff wird sich inzwischen wohl von den 17 Reportern und 18 Photographen interviewen und photographieren lassen.

Antergang des Dampfers „Norge“

III. Oslo, 21. Februar.

Der Passagierdampfer „Norge“, der den regelmäßigen Passagierverkehr zwischen Oslo und Bergen aufrechterhält, ist in starkem Nebel in voller Fahrt im Haugefjord auf ein Riff gelaufen.

Bergwerksunglück in Pittsburg

In einem Kohlenbergwerk bei New-Kensington sind 40 Bergleute durch eine Explosion verschüttet worden.

Ueberschwemmung in Australien

Wie gemeldet wird, haben die großen Ueberschwemmungen in Südastralien, im südlichen Teil von Neusüdwales und Queensland, im ganzen 14 Todesopfer gefordert.

Drei Schulmädchen vom Zuge überfahren

Gestern mittag ereignete sich in der Nähe von Püschin, Kreis Stargard in Pommern, ein schweres Unglück.

Die Einwohnerzahl Sitauens beträgt nach amtlichen statistischen Angaben 2 227 702.

Bei Salamander ist jeder Schuh im Schaufenster mit Preis ausgezeichnet

weil jeder Schuh preiswert ist.

Wir haben nur die 6 Preislagen:

12.50 15.50 18.50 21.- 24.- 27.-

SALAMANDER

Petersstraße 16 Leipzig Grimmaische Str. 15



Eisenbahner und Postbeamte

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter

Die Postbeamten fordern ihr Recht Bezirksstagung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamter

Die im Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten organisierten Postbeamten der unteren Besoldungsgruppen hatten am 18. und 19. Februar ihren ordentlichen Leipziger Bezirksstag. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Das Jahr 1927 stand im Zeichen der Besoldungskämpfe. Die eigentlichen Beratungen in den Parlamenten und den Beamtenverbänden wurden durch die Mandatsbürger Rede des Reichsfinanzministers eröffnet.

Festzustellen ist, daß die Beamten der unteren Gruppen dabei am schlechtesten abgeschnitten haben und die Besoldungsgruppen des Finanzministers, das den Bediensteten zuerst und am nachhaltigsten geholfen werden sollte, nicht eingelöst worden sind.

In ganzen gesehen, war die Neuregelung der Beamtengehälter leider nicht besser, als ein Verteilungsproblem der zur Verfügung stehenden Mittel. Daß unter diesen Umständen diejenigen Kreise, die am Zustandekommen der Vorlage direkt beteiligt waren (das waren die höheren Beamten) besonders gut abschnitten würden, war voraussehbar. Daß auch die gehobenen mittleren Beamten ihren ganzen politischen Einfluß geltend machen würden, um für ihre Mitglieder so viel als möglich herauszuholen, damit müssen wir auch rechnen. Daß aber die Arbeitsleistungen der Beamten des Betriebsdienstes, die in erster Linie als Verkehrsbeamte beim Zustandekommen eines Wirtschaftsprоекtes nötig sind, so gewertet wurden, hatten wir nicht geglaubt.

Nach dem Bericht steht heute der größte Teil der Beamten aus den unteren und mittleren Gruppen beiseite.

Nach den Verhandlungen des Bezirksstages, die sich in der ausführlichsten Weise mit der neuen Besoldungsordnung beschäftigten und ein eindringliches Bild der Empörung boten, die die unsoziale Neuordnung durch den Bürgerhof bei den unteren Beamten ausgelöst hat, wurde am Sonntagmorgen dem 2. Vorsitzenden des Reichsverbandes, Oberinspektor Feurich, der gleichzeitig den Vorsitz im Hauptbeamtenausschuß des Reichspostministeriums inne hat, Gelegenheit gegeben, ein Referat über „Die Auswirkungen der Besoldungsordnung der Postbeamten des unteren und mittleren Dienstes“ in einer Mitgliederversammlung zu erstatten, die im großen Saale des Bonarand stattfand. Feurich besprach das Problem der Betriebsassistenten, die bereits im Jahre 1920 ihre Prüfung abgelegt haben und heute noch auf eine entsprechende Anstellung warten. Dann ging er auf das Unrecht der neuen Vorschriften ein, die zwischen handwerklich vorgebildeten und nicht vorgebildeten Beamten bei der technischen Beamtenstaffel unterscheiden. Die Frage einer evtl. Zusammenlegung der Klassen 11 und 12 wurde erwähnt und insbesondere auf die Not der Diktate eingegangen. Es sei für die Besoldungsordnung kennzeichnend, daß in jedem Falle die untere Beamtenstaffel schlechter wegkommt und die höheren und höchsten Beamtenstaffeln besonders bevorzugt werden.

Volle Verantwortung und die ganze Schuld an dem Unrecht tragen die Reichsregierung und die Regierungsparteien, denn sie haben alle Vorstände der Opposition, ohne auf den Inhalt irgendwelcher Rückfrage zu nehmen, rücksichtslos niedergedrückt.

So wurden alle Versuche, soziale und lohnpolitische Verbesserungen durchzubringen, unmöglich gemacht. Eine um so größere Verantwortung tragen dadurch die Parteien der Regierungsmehrheit. Bei einigem gutem Willen hätte die Reichsregierung gerade für die unteren Beamtenstaffeln nicht zugesehen müssen! Die Besoldungsordnung hat dem alten Kassengeist der Vorkriegszeit Konzeptionen gemacht und hat neues Unrecht den unteren und mittleren Beamten, weitgehende Zugeständnisse den höheren und höchsten Beamten gebracht.

Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen die eine vernichtende Kritik an der Beamten- und Sozialpolitik der reaktionären Reichsregierung und der Bestbürgersolidarität brachte, wurde in den Arbeiten des Verbandstages fortgefahren. Die allgemeine Stimmung der zahlreich anwesenden Post- und Telegraphenbeamten bewies, daß sie voll und ganz die sozialreaktionäre Festnung der bürgerlichen Parteien erkannt haben, die zwar den Spitzen des Beamtenapparates gewaltige Zugeständnisse machten, für diejenigen Teile der Beamtenschaft aber, die wirtschaftlich schlecht stehen, kein Verständnis aufbrachten. In dem vom Bezirksverband überreichten Geschäftsbericht heißt es:

„Zu keiner Zeit hat die deutsche Beamtenschaft nötiger denn gegenwärtig, über ihre Lage nachzudenken und Wege zu suchen, die zu einer wirksameren Interessenvertretung führen, als es jetzt der Fall ist.“

Es hatten noch wichtige Aufgaben ihrer Lösung. Erinnert sei nur an die Frage der Arbeitszeit und an das Beamtenvertretungsrecht. Die kommenden Wahlen werden den Post- und Telegraphenbeamten Gelegenheit geben, den Parteien des Bürgerhofes die richtige Antwort auf ihre Politik der Sozialreaktion und des Kassengeistes zu geben, sich damit die nötige Zukunftssicherung und Interessenvertretung zu schaffen!

Betriebsratwahlen bei der Reichsbahn

Am 23. Februar findet die Neuwahl der Betriebsräte bei der Reichsbahn im ganzen Reich statt. In diesem Jahre haben die Betriebsratwahlen bei der Reichsbahn ganz besondere Bedeutung. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet von den bevorstehenden Reichstagswahlen eine Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihren Gunsten. Neben den politischen Kämpfen hat die Arbeiterschaft in diesem Jahre auch große wirtschaftliche Kämpfe auszufechten; ganz besonders auch die Eisenbahner. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat bereits beschlossen, den Lohnsatz zum 31. März d. J. zu kündigen. Die Reichsbahn-Gesellschaft, die schon immer einer Erhöhung der Löhne hartnäckigen Widerstand geleistet hat, versucht auch jetzt schon wieder, gegen die dringend notwendige

Generalversammlung des Deutschen Verkehrsbundes heute, 19.30 Uhr, im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Kein Delegierter darf fehlen.

Erhöhung des Einkommens der Eisenbahnarbeiter Stimmung zu machen. Demnachst haben also circa 400 000 Eisenbahnarbeiter einen harten Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu führen. Dazu kommt als Aufsatz eine vorzeitige Neuwahl der Betriebsräte.

Durch das ungeschickliche Vorgehen des deutschnationalen Reichsverkehrsministers Dr. Koch und die Gewaltmethoden der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft finden die Wahlen in diesem Jahre bekanntlich drei Monate früher statt als in den Vorjahren. Der Wahlkampf ist durch das Vorgehen der genannten Stellen, das auf Antrag der Christlichen und Hirsch-Dunckerischen Eisenbahnerorganisationen erfolgt ist, aufs äußerste verschärft worden. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der von vornherein das ungeschickliche Vorgehen bekämpft und sowohl den Reichsverkehrsminister wie den Reichsarbeitsminister auf die Folgen aufmerksam gemacht hat, steht dem Wahlkampf mit Mut entgegen. Er kann dies am so mehr, als das Berliner Arbeitsgericht bereits am 17. Januar d. J. die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes bestätigt und in der Begründung der Entscheidung ausdrücklich festgestellt hat, daß die Verlegung der Wahlen ungeschicklich ist und durch die Verordnung des Reichsverkehrsministers die Rechtsschwerheit gefährdet wird.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat gegen die Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts Rechtsbeschwerden eingelegt, die jedoch nach Lage der Sache kaum Erfolg haben dürfte. Wie dem auch sei, der von den Schwarz-Blauen ohne Not provozierte Streit kann für die Arbeiterschaft große Nachteile bringen. Die nachteiligen Wirkungen können nur dadurch herabgemindert oder verhütet werden, wenn die endgültige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts beschleunigt wird. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands ist in diesem Sinne tätig. In einer Berichtslegung der Angelegenheit hat nur die Reichsbahn-Gesellschaft ein Interesse. Der Einheitsverband und seine Funktionäre werden dafür sorgen, daß die Schwarz-Blauen am 23. Februar die Quittung für ihre Schädigung der Arbeiterinteressen erhalten. Der Wahlrechtsraub an den Zeitarbeitern soll ihnen unvergessen bleiben. Die Eisenbahner werden ihnen und ihren Verbänden die Antwort nicht schuldig bleiben und sich in ihrer überwältigenden Mehrheit für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands entscheiden.

In letzter Stunde ergeht deshalb der dringende Appell an alle fortschrittlich gesinnten Eisenbahner, den Willen des Einheitsverbandes zum Siege zu verhelfen. Auf jede Stimme kommt es an!

hielt am 13. Februar die stark besuchte Jahresversammlung des Ortsvereins Leipzig ab. Kollege Seidig ergriffte den Tätigkeits- und Kassenbericht. Eingangs seiner Ausführungen betonte er, daß dies die letzte Versammlung sei, da nunmehr der Verband in den Industrieverband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter aufgehe. Kollege Seidig streifte dann die Lohnbewegungen des Jahres 1927. Nach hartem Ringen wurde bei der Brauereiarbeitern eine Gesamtlohnzulage von 6,50 Mark an der Spitze herausgeholt, bei den Mühlenarbeitern eine Zulage von 4,50 Mark an der Spitze. Die Lohnzulagen in der Hefe-, Spiritus-, Mälz- und Essigindustrie lehnten sich den Brauereizulagen an. Die Tarifverträge konnten in ihrer Fassung aufrechterhalten werden. Der Kassenbericht, welcher gedruckt vorlag, wurde von Seidig noch ergänzt. Die Mitgliederzahl des Ortsvereins bewegte sich auch im Jahre 1927 in aufsteigender Linie. Wenn im Jahre 1926 sich 252 Arbeitslose im Arbeitsnachweis eintragen ließen, so stieg die Zahl im Jahre 1927 auf 411. Diese verteilten sich auf folgende Sparten: 29 Brauer, 83 Müller, 292 Fahrer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Hiervon wurden 207 Arbeitslose vermittelt. Die Aufgabe der Ortsverwaltung mußte es sein, der Vermittlung alle Aufmerksamkeit zu schenken. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, auch im neuen Verband mit voller Kraft weiterzuarbeiten, schloß der Redner seine Ausführungen.

Den Kartellbericht erstattete der Kollege Goldammer. Alles in allem sagte er zusammen, daß zum Ausdruck gebracht werden könnte, daß der Ortsauschuß seine Aufgaben erfüllt habe.

In der Diskussion wurde von der Opposition versucht, der Ortsverwaltung das schärfste Mißtrauen auszusprechen, aber bei der Abstimmung wurde dem Kassierer einstimmig und der Ortsverwaltung gegen wenige Stimmen Entlastung erteilt.

Gaufleiter Kollege Riepl hielt einen Vortrag über den Aufbau im neuen Industrieverband; er verwies in seinen Ausführungen auf die Einteilung der Gauen, Bezirke und Ortsgruppen. Weiter wurde Aufklärung über die im neuen Verband errichteten Unterabteilungen gegeben. Um auch in der Ortsgruppe Leipzig den Verbänden Gelegenheit zu geben, ihren Apparat reibungslos einzustellen, soll sich noch eine Funktionärerversammlung bzw. gemeinschaftliche Mitgliederversammlung damit beschäftigen. Mit dem 31. März enden die Geschäfte der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, und würde am 1. April 1928 der neue Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter unter diesem Namen die Arbeit aufnehmen.

Hierauf schloß sich die Ehrung der Verbandsjugend ab. Kollege Seidig ergriff die Jubilare durch eine kurze Ansprache. Er hob hervor, daß der Ortsverein bis 1926 131 Jubilare aufweisen konnte; diese Zahl erhöhte sich 1927 um 32 Jubilare, so daß im ganzen 163 Jubilare im Ortsverein Leipzig zu verzeichnen sind. Schon in den 80er Jahren waren es die älteren Kollegen, welche das Fundament der Organisation mit geschaffen haben. In unserer Mitte befinden sich noch drei alte Kämpfer: die Kollegen Linder, Juvallbe, Bärner, Brauer, Schuber, Müller, welche Kollege Seidig besonders begrüßte.

Zur besonderen Ehre können es sich die Leipziger Kollegen anrechnen, daß im Jahre 1927 auf dem Verbandstage in Leipzig die Frage der Verschmelzung mit den in Betracht kommenden Verbänden gelöst wurde. In Leipzig ist somit der Grundstein gelegt worden zur Schaffung des Industrieverbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Zum Schluß erging die Mahnung an die jungen Kollegen, das was die Alten geschaffen haben, aufzunehmen und weiter auszubauen.

Sigarettenarbeiter und Raucher!

In der am 14. Februar stattgefundenen gemeinschaftlichen Aussprache zwischen Betriebsleitung, Arbeiter- sowie Gewerkschaftsvertretung wurde festgestellt, daß die Firma Florida die mit dem Tabakarbeiterverband tariflich festgesetzten Löhne zahlt.

Die im Artikel der Leipziger Volkszeitung vom 25. Januar und der Sächsischen Arbeiterzeitung vom 29. Januar an die Tabelle, daß die Arbeiter der Firma Florida nicht organisiert ist, geknüpften Vermutungen können als nicht zutreffend bezeichnet werden.

Die Firma erklärt, daß sie das Koalitionsrecht ihrer Arbeiterschaft durchaus achtet und es ihr sogar erwünscht ist, daß ihre Arbeiterschaft der Organisation, welche als Kontrahent in der Sigarettenindustrie in Frage kommt, angehöre.

Eine unparteiliche Entlohnung kommt bei der Firma Florida nicht vor, sondern es wird ausdrücklich festgestellt, daß eine Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen über tariflich entlohnt wird. Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Gauleitung Sachsen.

Keine Einigung in der Eheheft. Die am Dienstag in Prag aufgenommenen Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Böhmen sind nach kurzer Dauer wieder unterbrochen worden. Eine Einigung war bisher nicht möglich.

In Neuenort sind 22.000 Hüttenarbeiter in den Streik getreten. Zweck des Streikes ist die Durchsetzung einheitlicher Arbeitsbedingungen und Lohnsätze.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Bouville.

Copyright by Paul Holsay Verlag, Wien.

„Wahrhaftig ja, das ist kernhaft, das ist nicht Literatur.“ erklärte Magneux, „aber man wird dich anklicken.“

„Rummelt mich nicht!“ meinte Trifone.

„Das ist gleichgültig“, sagte einer der Zuhörer. „Das sind Bücher, wie wir sie brauchen.“

„Wollen wir etwas trinken?“ fragte einer.

Magneux hatte seine Uhr gezogen.

„Rein“, sagte er, „ich wenigstens nicht, es ist ja fast zwölf Uhr, ich muß morgen früh beiseiten an die Arbeit. Ich wohne im Borost“, entschuldigte er sich.

„Und Sie?“ fragte man Trifone.

„Ich?“ sagte dieser, und sah an Magneux wendend, fügte er hinzu: „Du entschuldigst mich! Hier ist meine Adresse.“

„Ich werde dir schreiben“, gab Magneux zurück.

„Dann auf Wiedersehen!“

Und Magneux ging hinaus, den Kopf noch wie im Nicker.

Der Eindruck des Gelesenen und der vorangegangenen Unterhaltung hatte sehr stark auf Magneux' Geist eingewirkt.

Er nickte ihm ein vollständiges „mea culpa“ ab. „Erst vor wenigen Monaten bin ich demobilisiert worden. Noch sind nicht einmal alle so weit, der Friede ist noch nicht unterzeichnet, und schon hatte ich das alles vergessen.“

Und alle Menschen hatten das schon vergessen!

Alles das vergessen: die Schlingengräben, den Hunger, die Müdigkeit, die Hitze, die Kälte, die Furcht, das Fieber, den Regen, den Schmutz!

Die Hauskinder, die Gase, die Torpedos, die Mitraillösen das Feuer.

Die Erwartung, daß eine Granate die Kreuze und Schlamplöcher, in denen sie zusammengedrückt lagen, zerlöcherne und in einen Saug verwandeln konnte. Die Angüste, das Borrücken, die strategischen und sonstigen Rücksätze, die Arbeit, nachts, zwischen den Linien, unter dem Feuer der Mitraillösen, das Aufstellen des

Stacheldrahts, das Herbeischaffen der Handgranaten, das Essen-holen, die Ablösung...

Und das moralische Elend, das zum Körperlichen dazu kam...

Und den Lärm, diesen Höllenlärm, unaufhörlich, unbeschreiblich...

Diese tausende verschiedener Stimmen, aneinanderprallend, aus-einanderstehend, in einem fürchterlichen Aufbruch von dessen Gewalt kein Sturm eine Poststellung geben könnte, sich irrsinnig vermischend...

Die Männer, die ja fünf Jahre lang, in unbegreiflicher Slave-riei, ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten mit dem künftigen Ent-scheide, es zu verlieren. Die Männer, die in diese Maschinen, diese Instrumente, diese Werkzeuge, diese Gase, welche den Tod herbe-brachten, erfinden hatten und die mit vernünftiger Intelligenz das ausstatten, was nur Automatismus und Mechanismus war.

Die Männer, die vergaßen, daß sie sich zu Helfershelfern des Todes gemacht hatten, daß sie die Werkzeuge ihres eigenen Todes ge-wesen waren, die alles vergaßen hatten, die Leiden, die Wunden, den Grimm, die tausend Gefahren, die tausend und aber tausend Qualen dieser fünf Jahre — alles vergessen.

Magneux schien in diesem Augenblick die Masse Mensch zu ver-körpern, die es nicht verstanden hatte, Erinnerung zu bewahren.

Jetzt überlute ihn ein lebender Strom des Erinnerens. Die ganze Nacht war er ein Spielball dieses tollten Gespenstertanzes. Er durch-lebte noch einmal sein ganzes Kriegesleben. Eine grauenerregende Reihe widerlicher, tragischer und leidvoller Szenen hüpfte vor-über. Ablösungen, Handstreichs, die endlosen Nächte des Entschens.

Die Befehlungen, die Bladerrien, die Schande, die sie manchmal empfinden, ein solches Kleid zu tragen, denn dieses armselige Kleid war ja der Beweis ihres Verzichts, dieses Kleid, das alle trugen und auf dem der Schmutz das einzige Persönliche war. Dann der Hunger, die Kälte, die Durst, die Müde, die Furcht, die Todespein: alles gewann wieder Leben vor ihm, dem Vergessenen, und war so mitleidlos scharf, daß er am liebsten um Gnade flehte hätte, wenn er nicht mit großen offenen Augen dagelegen wäre, und wenn die Furcht, sich lächerlich zu machen, ihn nicht zurückgehalten hätte.

Endlich hatte die Müdigkeit diesem allzu gewaltigen Ueberfall einer Vergangenheit, die bewies, daß sie nicht sterben konnte, daß sie nicht sterben sollte und daß ihr Vergessen kein wirklicher Tod war, ein Ende gemacht.

Alles konnte vergessen werden — der Krieg, nein! Die Men-schen hatten Liebschaften, Freundschaften, keine Abenteuer über diese

fünf Höllenjahre geschüttelt wie Wehe — in der Hoffnung, das Feuer zu erlösen, das sie in sich brennend wühlten.

Aber dieses Feuer verzehrte das Herz eines jeden. Jeder Herz-schlag schätzte es.

Ein einfacher Windstoß genügte, und die Höllenflammen schlu-gen empor. Magneux hatte diese fürchterliche Erfahrung gemacht.

Es war eine harte Lehre...

Am nächsten Morgen war er wie erschlagen, ganz trant, er beneidete seinen Freund, der es sich zur Aufgabe gestellt hatte, das ekelnde Abenteuer nicht in Bergeshöhe zu versinken zu lassen. Er war ein wahrhaftiger Revolutionär. Ja, man durfte diese fünf Jahre nicht in Bergeshöhe versinken lassen, diese Jahre, in denen fünfzig Millionen Männer sich aufeinander gestürzt hatten, und in denen zehn Millionen gemordet worden waren, einander getötet hatten!

Oh! Wahrhaftig, nieder mit jeder Politik — es gibt nur eine Politik!

Es war nicht die, die den wenigsten Mut verlangte! Über das überlegte Magneux nicht. Und wenn er auch die Haltung seines Freundes bewunderte, so dachte er doch keineswegs daran, selber Prophet zu werden. Er war ausgerückt worden aus seiner Stars-heit, aber unwillkürlich fiel er bald wieder in den Trost eines klein-lischen, alltäglichen Glücks zurück.

Eines bescheidenen Glücks zu zweien, und diese zwei... waren Jeanne und er... Jeanne und er.

Er hielt einen Brief seiner Frau in der Hand.

Sie war auf dem Wege der Besserung. Sie war genesen.

In acht Tagen würde sie bei ihm sein.

Jeanne und er. Bald sah Magneux nur noch alles unter diesem einen Gesichtswinkel an. Alles, was er erhoffte, alles, was er tat, kroste darum.

Es war, als gäbe es auf der Welt nur noch Jeanne und ihn.

Jeder Tag vermehrte seine Ungebuld, anstatt sie zu vermindern.

Der fünfzehnte Juni, der für die Wiederaufnahme ihres gemein-samen Lebens festgesetzt worden, war um zwei Wochen überschritten worden. Sie war noch nicht bei ihm, und der Koffen fröhmte seine warmen Strahlen über die Straßen der Hauptstadt aus und ließ in den Herzen die sanfte Flamme der Lebensfreude aufblühen.

(Fortsetzung folgt.)

Witwenrecht

in der Reichsversicherung und Reichsvorsorge

In den letzten Monaten ist es den Arbeiterparteien im Reichstags gelang, eine wesentliche Verbesserung der Leistungen aus dem Reichsvorsorgegesetz zu erzwingen. Es ist für den Beobachter der Sozialpolitik des Deutschen Reiches von außerordentlichem Interesse, die Stellung der Witwen in der Sozialversicherung mit der der Witwen in der Reichsvorsorge zu vergleichen. Es muß schon gesagt werden, daß die Witwen, die ihre Ansprüche aus dem Reichsvorsorgegesetz ableiten, wesentlich besser dastehen, als die Witwen, die Ansprüche aus der Invaliden- oder Unfallversicherung zu stellen haben. Immer wieder muß die Frage aufgeworfen werden, warum den Witwen von Männern, die auf dem Kampffeld der Arbeit blieben, nicht dieselben Erleichterungen geboten werden, wie den Witwen von Kriegsteilnehmern. Der soziale Geist, der in dieser Frage durch das Reichsvorsorgegesetz weht, muß auch die oben angeführten Versicherungsarten durchdringen.

Die Witwe eines Invalidenrentners kann erst mit dem Eintritt des 65. Lebensjahres einen Antrag auf Witwenrente stellen. Es sei denn, daß sie bereits vorher selbst erwerbsunfähig wurde. Die Kriegswitwe erhält vom Tage des Todes ihres Mannes, so weit dieser Tod Kriegsfolge ist, eine Witwenrente. Sie erhält 50 Prozent der Vollrente, die ihrem Manne zugestanden haben würde, wenn er erwerbsunfähig gewesen wäre. Sie erhält 60 Prozent dieser Summe, wenn sie im Sinne der Reichsvorsorgeordnung erwerbsunfähig ist. Jedoch vom Eintritt des 50. Lebensjahres wird dieses von Amts wegen unterstellt. Es müßte möglich sein, auch den Witwen von Invalidenrentnern oder in der Invalidenversicherung versicherten Personen vom 1. Tage des Todes ihrer Männer an eine Rente zu gewähren. Zum mindesten müßte der Bezug einer Witwenrente vom 50. Lebensjahre an möglich sein.

Wenden wir uns nun den Witwen von Unfallrentnern zu. Hier steht außer Frage, daß sie, wenn nachweisbar der Tod durch Unfallfolge eingetreten ist, ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes erhalten. Beim Eintritt einer mindestens halbjährigen Erwerbsunfähigkeit erhalten sie das Doppelte dieser Summe. Wie steht es aber um sie, wenn der Unfallverlehte später und nicht an den Folgen eines Unfalles starb? Sie erhalten dann nichts, während die Witwe eines Kriegsbefähigten, der nicht an den Folgen einer Dienstbeschädigung starb, im Falle der Bedürftigkeit eine Witwenbeihilfe in Höhe von bis zu zwei Dritteln der Witwenrente erhalten kann. Bis zum vollen Betrage der Witwenrente kann diese Witwenbeihilfe steigen, wenn der Kriegsbefähigte so schwer geschädigt war, daß er Pflegegeld bezog. Es wäre wirklich zu wünschen, daß auch die Witwen von schwerbeschädigten Unfallverletzten, die nicht an den Folgen eines Unfalles starben, Witwenrente erhalten können, zum mindesten dann, wenn ihre Beschädigung derart war, daß sie Pflegegeld erhielten. Die Aufwendungen, die die Frau eines Unfallverletzten, der pflegebedürftig ist, zu machen hat, sind so groß, daß sie sich damit wahrlich einen Anspruch auf Witwenrente erworben hat.

Hoffentlich gelingt es der Sozialdemokratie, im Reichstags eine Gleichstellung der Witwen aus der Invaliden- und Unfallversicherung mit denen aus der Reichsvorsorge herbeizuführen. Es müßte viel Not gelindert und manche Träne getrocknet werden können.

Längere Arbeitszeit für Bauarbeiter?

SPD. Wie sinnlos die Bestrebungen der Bauunternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe sind, hat sich dieser Tage überaus deutlich bei den Mitteilungen des Preussischen Wohlfahrtsministeriums über die Aussichten des Wohnungsbauwesens gezeigt. In der Wohnungsbau-Finanzierung fehlen rund 400 Millionen Mark. Es ist kaum damit zu rechnen, daß der Fehlbetrag heringeholt wird. Jedenfalls ist gar nicht daran zu denken, daß 1928 der Wohnungsbau den gleichen Umfang annehmen wird wie im letzten Jahre. Wozu unter solchen Umständen die Arbeitszeit im Baugewerbe verlängert werden soll, ist absolut unverständlich. Hoffentlich verzichten jetzt die Länderregierungen auf weitere Erörterungen über die Arbeitszeitfrage im Baugewerbe.

Der Reichstagsvertrag für das Malergewerbe, der nach den Bestimmungen am 15. Februar hätte ablaufen müssen, ist bis zum 30. April verlängert worden. Auch seine Allgemeinverbindlichkeit soll bis zu diesem Termin ausgedehnt werden. Die Beratungen über die Verlängerung des Reichstagsvertrages finden zusammen mit den Verhandlungen statt. Das Lohnabkommen läuft am 30. April ab.



Aus der Partei

Der Unterbezirk Wurzen-Grimma-Döhaß hielt am 19. Februar in Grimma seinen Unterbezirksparteitag ab, der von 92 stimmberechtigten Delegierten, die 52 Ortsvereine vertraten, besucht war. Im Mittelpunkt des Parteitages stand ein Referat des Reichstagsabgeordneten Richard Lipinski über die politische Lage und die kommenden Wahlen. An das beifällig aufgegriffene Referat schloß sich eine sachlich geführte Aussprache an. Der Wille des Parteitages wurde schließlich durch die einstimmige Annahme nachfolgender Entschlüsse bekräftigt:

„Der Unterbezirksparteitag billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und verpflichtet mit aller Energie den Wahlkampf durchzuführen.“

Ebenfalls gelangte eine Entschlüsse zur Annahme, nach der der Unterbezirksparteitag von der Reichstagsfraktion erwartet, daß sie den neuen Reichswahlkreis mit äußerster Schärfe und allen Mitteln bekämpft, weiter eine solche, in der gefordert wird, beim Hauptvorstand der Partei dahingehend vorstellig zu werden, den Oberpräsidenten Koske im Interesse der Parteibewegung zu einer Kandidatur für das Reichsparlament nicht zuzulassen. Als Reichstagskandidat wurde einstimmig Genosse Richard Lipinski in Vorschlag gebracht. Im selben Zusammenhang gelangte nachstehende Entschlüsse, die an den Bezirksparteitag weitergeleitet werden soll, zur Annahme.

„Der Unterbezirksparteitag Wurzen und Grimma-Döhaß erwartet, daß der Genosse Richard Lipinski als Spitzenkandidat auf die Vorschlagsliste zur Reichstagswahl gesetzt wird.“

Für eine evtl. stattfindende Landtagswahl wurden als Kandidaten folgende Genossen nominiert: Muder, Wurzen; Gey, Grimma; Hauptmann, Döhaß.

Das Reichsbanner wirbt

Daß der republikanische Gedanke marschiert, zeigte der Ausruf zur Werbewoche des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. In 14 um Weithain liegenden Orten wurde längere Zeit unermüdetlich von werten Kameraden gute Werbearbeit unter Hinweis auf die Veranstaltung am 19. Februar 1928 in Weithain geleistet. Einen unerwarteten Erfolg brachte dann der genannte Tag, an dem etwa 500 Kameraden, die zum größten Teil aus Leipzig mit Lastautos trotz kaltem, regnerischen Wetters gekommen waren, durch die Straßen Weithains marschierten. Unter den Klängen bekannter Marschweisen der Spielmannszüge von Leipzig und Bad Lausitz und der Musikkapelle von Burgstädt zogen die Republikaner mit wehenden Fahnen, die die beteiligten Ortsvereine Burgstädt, Köchlich, Regis-Breitungen, Lobstädt, Bad Lausitz, Borna, Liebertswitz, Holzhausen und Leipzig mitführten, in „Stadt Altenburg“, Weithain, ein. Zum erstenmale hatte auch das Weithainer Reichsbanner seine Fahne entrollt. Die lebhafteste Anteilnahme der Bevölkerung zeigte sich nicht nur auf den Straßen, sondern der Veranstaltung selbst wurde das regste Interesse entgegengebracht. Aus der Mitte der Darbietungen der Reichsbannerkapelle Burgstädt, der freien Sänger Weithain und den Reitationen hoben sich kurze werbende Worte des Lehrers Kam. Pflug, Leipzig, hervor. Unter Hinweis auf die Einstellung der gesamten Nation zum Staat und das Verhalten vor allem des Stahlhelms mit den verlogenen Mitteln um die deutsche Volksseele unterstrich der Referent klar das Wesen des Reichsbanners. Seine Ausführungen endeten mit einem Appell an alle Anwesenden, in Anbetracht der kommenden Wahlkämpfe eifrig mitzuarbeiten im republikanischen Sinne. Mit einem Freiheitsruf auf das Reichsbanner schloß er seine Ausführungen, die starken Widerhall fanden. Im weiteren Verlauf ging es zum geistigen Teil über.

Es kann wohl gesagt werden, daß Weithain eine solche Veranstaltung seit Jahren nicht erlebt hat. Der Erfolg blieb nicht aus. Der Ortsverein Weithain gewann aus den Reihen der Gäste 18 neue Kämpfer für die Republik.

Nicht unerwähnt darf sein, daß die mit Lastautos angekommenen Kameraden unterwegs in Frohburg ihre Fahrt unterbrochen haben.

Sie ließen es sich nicht nehmen, ihrem alten verehrten Kameraden Simon Söberst die letzte Ehre zu erweisen, indem sie auf dem Marktplatz eine öffentliche Beerdigung abhielten und am Grabe einen Kranz niederlegten.

Dehsh-Gauhsh. Unsere Jugendgruppe hat ihre Zusammenkünfte jeden Dienstag, in der Zeit von 19.30 bis 21 Uhr, in den Räumen des Gartenvereins Erholung, Gauhsh. Wir ersuchen die Eltern, ihre Burschen und Mädels auf die Jugendgruppe aufmerksam zu machen und hinzuzuführen.

Der Kindermandolinenschor der Gemeinschaft Kinderfreunde läßt jeden Montag, 17.30 bis 19 Uhr, die Spiel- und Vokalstunde finden jeden Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr ebenfalls in der Erholung statt. Wir ersuchen auch hier die Eltern, im Interesse ihrer Kinder uns diese zuzuführen.

Marxantstädt. Die Arbeitsmarktlage im hiesigen Arbeitsnachweisbezirk hat sich weiterhin verbessert, so daß sie unter Berücksichtigung der Jahreszeit als nicht ungünstig bezeichnet werden kann. Es ist aber immer noch eine beträchtliche Anzahl gefeilter Arbeitsuchende vorhanden, auch von den Außenberufen. 50 Prozent der Gesamtziffer an Arbeitslosen bilden ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Unterbringungslosigkeit meist in kurzfristigen Arbeiten besteht. Im Monat Januar wurden 81 männliche und 25 weibliche Arbeitsuchende in feste Arbeitsstellen vermittelt, und zwar zum größten Teil nach der Rauhwarenbranche. Auch die vorübergehend fast stillgelegene Zellulosefabrikation ist in letzter Zeit wieder ausnahmsfähig geworden. Die Landwirtschaft zeigt Anfänge, sich rechtzeitig mit Fachkräften für die kommende Saison einzudecken. Fast unverändert ist die Lage in der Metallindustrie und im Holz- und Schuhstoffgewerbe; für beide Industriezweige sind nach genügend Fachkräfte vorhanden. Die Zahl der arbeitslosen kaufmännischen und Bureauangestellten ist nicht bedeutend, aber sie verändert sich nur selten, so daß man hier von langfristigen Arbeitslosen reden kann. 16 Arbeitsuchende wurden während des Monats Januar ausgestellt und, da es sich in der Hauptsache um ältere Personen handelt, sind sie leider nur in wenigen Fällen für die Arbeitsvermittlung geeignet. Nach der letzten Feststellung am 9. Februar beträgt die Zahl der Arbeitsuchenden 335 männliche und 144 weibliche. In der vergangenen Woche wurden an Arbeitslosen- und Krisenunterstützung einschließlich Familienzuschläge 8576,55 Mark ausgezahlt.

Eilenburg. Ein missglückter Betrugsversuch. Der Bäckermeister Lichtenberger, Torpauer Straße 22, erlittete Anzeige, daß ihm am 8. d. M., gegen 2 Uhr, ein Cutawan, eine Hofe, eine Weste und ein Ufster verbrannt seien. Die fraglichen Kleidungsstücke habe er auf einem am Ofen stehenden Stuhle zum Trocknen aufgehängt, und der Brand müsse durch Herabfallen von glühender Kohle entstanden sein. Er gab den Schaden mit 220 Mark an, den die Versicherung ersetzen soll. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß nach der vorgeschriebenen Sachlage ein Brand in dem von ihm angegebenen Umfang überhaupt nicht stattgefunden haben konnte. Im Laufe des Verhörs gab Lichtenberger auch zu, den größten Teil der Sachen selbst verbrannt zu haben, um die Versicherungssumme zu bekommen. Gegen Lichtenberger wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Die Volkshöhne bringt am kommenden Freitag, dem 24. Februar, 20 Uhr, in der Stadthalle Bruno Tronks erfolgreichstes Schauspiel Zwölftausend zur Aufführung.

Verfammlungskalender

Mittwoch, 22. Februar 1928
 Bund sog. Freidenker, Bezirk, Volkshaus, 19.30 Uhr.
 Deutscher Verkehrsband. (Jahres-Delegierten-Generalsversammlung), Volkshaus, 19 Uhr.
 Donnerstag, 23. Februar 1928
 Freireligiöse Gemeinde (öffentliche Versammlung) Zellenkeller, Magd. 20 Uhr.
 Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

© Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Gebäckener Fleisch mit Remoulade und Kartoffelsalat 90; Rindroulade mit Makaroni 1,3; Schlachtfest. - Morgen: Gefüllte Kalbsbrust mit Kartoffelsalat 1,10; Gedämpfte Rinderleber mit Klößen 1,20; Hammelfleisch mit Bohnen und Kartoffelstücken 1,00



Verlangen Sie das verstärkte Format und überzeugen Sie sich von der verbesserten Qualität!

Fabrikniederlage: Leipzig, Weststraße 80

Sächsische Angelegenheiten

Die Galgenstr. d. der Koalition

Dresden, 21. Februar.

Die Aussprache über die Auflösung des Sächsischen Landtages, der die Regierungsparteien so lange auszuweichen suchten, hat nun am Dienstag doch stattgefunden. Helldt saß auf der Anklagebank und mit ihm seine ganze herrliche Koalition samt ihren Ministern. Anlaß zu dieser Aussprache gab der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes zur Verfassungsmäßigen Grundlage gestellt werden soll. Genosse Liebmann begründete den Antrag. Er wies an den Urteilen des Staatsgerichtshofs nach, daß im jetzigen sächsischen Wahlgesetz die gleichen Bestimmungen enthalten sind, die der Staatsgerichtshof in Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Hessen für verfassungswidrig erklärt hat. Daraus zog unser Redner die Schlussfolgerung, daß auch der sächsische Landtag verfassungswidrig gewählt ist und aufgelöst werden muß. Helldt, der Repräsentant der verfassungswidrigen Regierung, sah dabei und mußte die Abrechnung mit dieser Regierung kleinstenfalls persönlich Schachergeschäfte, die schon längst zum Gespött der politischen Öffentlichkeit geworden ist, über sich ergehen lassen. Die meisten von der Koalition hatten sich nach bewährtem Muster verdrückt, mochte ihr bezahlter Mann die Stülpung ertragen; dafür ist er ja Ministerpräsident geworden. Die paar Main, die von der Koalition im Saale geschwieben waren, wurden Zeuge des Gefächters, dem ihre Regierung preisgegeben war, ohne daß sie den Versuch gemacht hätten, Helldt irgendwie beizuspringen.

Nach dem sozialdemokratischen Redner sprach Renner, der zur Begründung eines kommunistischen Antrages das Wort hatte, seine Rede aber fast ausschließlich zu einer Polemik gegen die Sozialdemokratie benutzte. Welchen Unsinn Renner verzapfte, geht daraus hervor, daß er als Rezept für die Auflösung des sächsischen Landtages empfahl, für die Verbreiterung der Kampffront der kämpfenden Metallarbeiter zu sorgen.

Dann kam der Ministerpräsident mit einer Erklärung der Regierung zum Wort, die noch fadenhäutiger war, als man sie sonst von diesem „Staatsmann“ zu hören gewohnt ist. Der Sinn seiner Erklärung war: Wir werden bleiben! Erst muß der Staatsgerichtshof entschieden haben — dann werden wir sehen, wie wir uns weiter durchwürfeln. Dem Sinne nach hatte diese Erklärung schon, bevor sie abgegeben wurde, in den bürgerlichen Zeitungen Dresdens gestanden.

Besonders auffällig war, daß die Juristen der Regierungsparteien sich völlig ausschwiegen. Unser Redner hat gesagt, nachdem die drei Urteile des Staatsgerichtshofs bekannt seien, müsse man gespannt sein, ob einer der Juristen aus der Koalition den Mut haben würde, zu erklären, daß für Sachsen ein anderes Urteil zu erwarten sei. Helldts Kronjuristen dachten nicht daran, ihren juristischen Ruf aufs Spiel zu setzen; sie überließen Helldt und Dr. Seyfert die Blamage, wovon der eine unbedenklich und ohne Einspruch von Ansehen, der andere unbedacht und unter Mißbrauch seines immerhin anständigen Namens die Rettung der Koalition versuchte.

Da den Regierungsparteien trotz ihrer Juristen Bürger, Dr. Wilhelm und von Humetti die juristischen Argumente fehlten, schickten sie sich wieder einmal auf ihr Allheilmittel — die Majorität ohne Argumente. Dr. Seyfert erklärte, die Regierungspartei

würden dafür stimmen, daß der sozialdemokratische Antrag dem Rechtsausschuss überwiesen werde, wo er so lange liegen soll, bis das Urteil des Staatsgerichtshofs über die Klagen des Zentrum und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vorliegt. Die Angstselbsten haben sich also noch eine Galgenstr. geteilt, aber helfen wird ihnen auch dieser Trick nicht! Die Auflösung des verfassungswidrigen Landtages können die Geschäftshaber auch mit dem gewissenhaftesten Winkelzuge nicht verhindern.

Aus den Parteioptionen

Der Bezirksparteitag der Zwickau-Blauen Parteioption wurde am Sonntag in Zwickau abgehalten. Neben dem Geschäftsbericht, erstattet vom Reichstagsabgeordneten Genossen Seidenwiz, nahmen die Delegierten und zahlreichen Gäste ein Referat des Genossen Dr. Paul Levi über „Armeen und Republik“ entgegen. Im Anschluß an das tiefgründige Referat wurde einstimmig die Kandidatenliste für die kommende Reichstagswahl festgesetzt. Die folgende Namen aufweist:

1. Max Seidenwiz, Redakteur, Zwickau; 2. Paul Levi, Rechtsanwalt, Berlin; 3. Georg Graupe, Gewerkschaftssekretär, Zwickau; 4. Meta Behold, Hausfrau, Rylau; 5. Gottfried Kahlke, Parteisekretär, Blauen; 6. Otto Brumme, Former, Blauen. Diese Liste wird mit der in Chemnitz aufgestellten Liste zu der endgültigen Liste des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau kombiniert.

Ein weiterer ausgezeichnete Ausfall für die in Kürze zu erwartenden Reichstagswahlen war die Generalversammlung des 2. Unterbezirks der SPD Ostschlesien, die in Löbau abgehalten wurde. Das Mitglied des Parteivorstandes, Genosse Bogel, Berlin, sprach über die Stellung der Sozialdemokratie zum Bürgerblock. Wesentlich war an dem Referat, daß Genosse Bogel forderte, den Wahlkampf nicht nur gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu führen, sondern auch mit gleicher Schärfe gegen das Zentrum. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Röhrig in Vorschlag gebracht.

Die Generalversammlung des 16. Unterbezirks (Chemnitz) stellte einstimmig den Genossen Rühnt wieder als Reichstagskandidaten auf.

Aufwörter lassen Kleinrentner im Stich

Am Dienstag kam im sächsischen Landtag ein im Haushaltsausschuss A mit Mehrheit angenommener Antrag zur Abstimmung, von der Regierung eine Vorlage zu verlangen, wonach die Unterstützungssätze für die Klein-, Sozial- und Kriegrentner um mindestens 25 Prozent im Durchschnitt zu erhöhen. Trotzdem in der Landtagssitzung vom 16. Februar der Abg. Härtel von der Aufwörterpartei erklärt hatte, diesem Antrag als einer „Notmaßnahme“ zustimmen zu wollen, lehnten die Aufwörter in Gemeinschaft mit den übrigen bürgerlichen Parteien und der KSP den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze ab. Sie waren lediglich dafür, bei der Reichsregierung eine Besserstellung der genannten Schichten zu fordern. Das sieht schon aus und kostet nichts, besonders heute nicht, wo sich die Reichsregierung des Bürgerblocks in voller Auflösung befindet. Doch der Antrag, der schnelle Hilfe verlangt, lehnten die Aufwörter, die sich doch stets als die einzigen Freunde der Inflationsopfer ausgaben, ab. Um Erhaltung der brüchigen Koalition willen ließen sie die Kleinrentner, die, die sie gewählt haben, einfach im Stich.

Bei den nächsten Wahlen muß den Aufwörtern die Quittung gegeben werden.

Betriebsstilllegungsanzeigen im Monat Januar 1928

Im Monat Januar 1928 weist die Zahl der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingereichten Anzeigen über beschlossene Stilllegungen eine Senkung auf. Sie ist von 74 im Dezember 1927 auf 66 zurückgegangen. Von den im

Januar eingereichten entfällt wiederum die größte Anzahl, und zwar neun, auf die Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen, dann folgt mit acht Anzeigen die Baumwollindustrie, mit fünf die Glasindustrie und mit vier die Maschinenbau (einschließlich Gießerei). Je drei Anzeigen entstammen der Herstellung von Metallwaren, der grobkeramischen Industrie, der Herstellung von Holzbauteilen, Bauteilen und Möbeln (einschließlich Möbelstickerie) und der Schuhmacherei. Mit je zwei Anzeigen sind vertreten der Bau von Land- und Luftfahrzeugen, die elektrotechnische Industrie, die Holzindustrie, die Herstellung von Musikinstrumenten und die Tabakindustrie. Mit je einer Anzeige sind beteiligt die Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin, die Betonwaren- und Betonwerkstoffindustrie, Metallhütten und Metallhalbzeugwerke, Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Eisenbau, Schiffbau, Herstellung von Kunstseide, Wärferei und Strickerie, Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, die Textilveredelung und -ausrüstung, die Waghstuch- und Lederindustrie, Papierindustrie, Papierverarbeitung, das Beteiligungs-gewerbe, die Herstellung von Turn- und Sportgeräten, Herstellung von Spielwaren, die Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfitürenindustrie sowie die Naderie und Schneiderie. Von den im Monat Oktober 1927 eingegangenen 33 Betriebsstilllegungsanzeigen fand die Stilllegung in acht Fällen keine Anwendung.

Im übrigen wurden die angegebenen Maßnahmen a) voll durchgeführt in 6 Fällen, b) teilweise durchgeführt in 13 Fällen, c) nicht durchgeführt in 6 Fällen. Beschäftigt waren 3451 Arbeiter und 441 Angestellte. Entlassen wurden 1456 Arbeiter und 151 Angestellte.

Auffekernerregende Klucht

k. In Dresden wurden gegen Ende des vergangenen Jahres eine Reihe schwerer Einbrüche verübt. Mitte Januar d. J. gelang es der Dresdner Kriminalpolizei, diese dreiföpfige Einbrecherbande zu ermitteln und der Staatsanwaltschaft zuzuführen. Einer dieser Spitzhaken war der Badergasse Paul Engelmann, der bereits vom Amtsgericht Dresden gesucht wurde. So hatte Engelmann durch Strafbefehle eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen und eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tagen Gefängnis für kleinere Delikte subskribiert erhalten. Die vorerwähnte Gefängnisstrafe verbüßte er jetzt während der gegen ihn verhängten Untersuchungshaft. Selbige war am Montag abgelaufen. Nach einer Vorführung zeigte Engelmann bei der Rücklieferung in die Gefängnisanstalt dem diensthabenden Gefangenwachmeister einen angeblich (aber fälschlich) vom Staatsanwalt Dr. Ott unterzeichneten Haftentlassungsschein vor, worauf er unbedenklich wieder in Freiheit gesetzt wurde. Wie dieser gefährliche Einbrecher, der mit seinen Genossen eine empfindliche Strafe zu erwarten hat, in den Besitz eines derartigen Haftentlassungsformulares gelangt ist und ungehindert und auch unbemerkt diese Fälschung vornehmen konnte, erscheint direkt rätselhaft.

Handwerker und Wahlen. Der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine erklärt in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse, daß der Verband der Hausbesitzer zu den Reichstagswahlen keine eigene Liste aufstellen wird.

Heidenau. Mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe. Ein Personkraftwagen, der ein Lastauto überholt hatte, fuhr einen jungen Mann aus Heidenau an, der auf seinem Rade fuhr. Der Radfahrer wurde auf das Auto und mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe geschleudert. Schwerverletzt brachte man ihn nach dem Krankenhaus.

Reichen. Töblicher Abbruch in Steinbruch. Im staatlichen Steinbruch stürzte ein Arbeiter bei Abräumungsarbeiten so unglücklich ab, daß er auf dem Transport nach dem Landkrankenhaus starb.

Planitz. Ein Opfer Heins genesen. Der von dem Mörder Helm angelegte Gendarmereieberwachtmeister Erdisch, der durch Revolververletzung schwer verletzt worden war, befindet sich jetzt erfreulicherweise außer Gefahr. Er ist aus dem Krankenhaus nach seiner Wohnung in Rodewisch gebracht worden.

Amliche Bekanntmachungen

Die Amtl. Ges. Sächsische Werke in Dresden beabsichtigt, zur weiteren Versorgung des Landes mit elektrischer Energie für Licht und Kraft ein 30-KV-Nadel- und Großkraftwerk Böhlen nach dem Elektrizitätswerk Leipzig-Süd (LWS) herzustellen.

Mit den Vorarbeiten zum Bau dieser Leitung soll demnächst begonnen werden. Die beschleunigte Fertigstellung der Leitung liegt im dringenden öffentlichen Interesse.

Auf Grund von § 14 des Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 hat die Amtl. Ges. Sächsische Werke in Dresden vom Ministerium des Innern antwortgemäß zur Vornahme der Vorarbeiten an den betroffenen Grundstücken, bestehend in Abblümm- und Vermessungsarbeiten, einschließlich der Anbringung von Richtungs- und Stützstäben in den von den Leitungen betroffenen Fluren auf

die Dauer von sechs Monaten, vom Tage des Erleidens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, ermächtigt worden. Gemäß § 14 Abs. 2 des Enteignungsgesetzes wird dies hierdurch bekannt gemacht. Nach § 14 Abs. 3, 4 und 8 dieses Gesetzes sind die Eigentümer und Bewohner der betroffenen Grundstücke verpflichtet, die Vorarbeiten zu dulden und die vom Unternehmer aus diesem Anlasse angebrachten festen Werkzeichen bis zum Beginn der Ausführung des Unternehmens, jedoch nicht länger als sechs Monate, stehen zu lassen. Der Unternehmer hat den Beginn der Arbeiten mindestens eine Woche vorher der Gemeindebehörde in selbständigen Gutsbezirken dem Gutsbesitzer, unter Angabe der Zeit und der Art der Arbeiten, schriftlich anzuzeigen. Die Behörde hat die betroffenen Besitzer zu benachrichtigen. Leipzig, den 20. Februar 1928. Die Arethauptmannschaft.

Familien-Nachrichten

Am Montag, nachmittags 4,4 Uhr, verschied schnell und unerwartet infolge Schlaganfalls im Alter von 63 Jahren meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwooster, Schwägerin und Tante, Frau Marie Förster geb. Hintzsche Leipzig-R., Viktoriasstraße 14, den 22. Februar 1928. In trauernder Erinnerung Robert Förster nebst al'en Hinterbliebenen. Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, 23. Februar, nachm. 4,4 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus

Am 20. Februar, abends 11,10 Uhr, verschied nach langem kühnem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Emma Hellwig geb. Beck im Alter von 61 Jahren. Sie folgte ihrem lieben Schwiegersohn nach 13 Wochen zur ewigen Ruhe. Leipzig W. 33, Leutscher Straße 29. Dies sagt tiefbetrübt an der trauernden Witte Wilhelm Hellwig Klara verw. Schmidt geb. Hellwig Helmut Kerlin, Pfleghaus nebst Angehörigen. Trauerfeier und Einäscherung findet Freitag, den 24. Februar, 11,3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat März: Sonnabend, den 25., und Montag, den 27. Februar, 18-20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** — Die mit * versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen.

Als Ausweis dient die Stempelkarte. — Die mit * versehenen Anmeldestellen können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat März nicht mehr berücksichtigen, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Verbilligtes Zeitungs-Abonnement für Arbeitslose

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen

Die Anmeldungen müssen jeden Monat erneuert werden

Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

- Mitt.-Leipzig: Filiale der Volkszeitung, Zeiger Str. 32.
- * Kantor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 19/21. I. rechts
- Ostbezirk: L. C. K., Filiale der Volkszeitung, Ellabühlstr. 19. L. Schönfeld, Filiale der Volkszeitung, Gietzner Str. 64. L. Stilling, Otto Schmidt, Carl Harting-Str. 8. III. e. L. Paunendorf, Karl Kolzig, Richard Str. 53. Engelsdorf, Reinhold Preis, Hauptstr. 8. II. Althen, Gähdel.
- Neußer Ostbezirk: Taucha, Hamann, Lindnerstraße 29. Döbitz, Gottfried Eulow, Panitzsch, Richard Rood, Querstraße 54. Portitz, Albert Wohlfahrt Nr. 35.
- Südbezirk: L. Thonberg, Bibliothek, Stötteriger Str. 17. L. Stötterig, Filiale der Volkszeitung, Ferdinands-Post-Str. 27.

- L. Probstheide, Bibliothek, Ruffenstraße 14. Großpöna, Willi Weoner, Hauptstr. 24. Holzhausen, Heinrich Rohnte, Bahnhofstraße 30. Pleberitz, Paul Gebhardt, Markt 1. Mittlau, Wilhelm Kuttig, Hauptstr. 17. Zwicknauer, Otto Einz, Hauptstraße 26. Schönewitz, Albin Sommer, Dechow Nr. 9. Störthaus, Otto Krause, Nr. 42. Wadhau, Joh. Garmann, Am Was 27 e.
- Elbbezirk: Leipzig-Connewitz, Bibliothek, Dölliger Straße 18 (Hof). Leipzig-Pöhlitz, Friedrich Mohr, Colouredstraße 10 part. rechts (Meldezeit von 17 Uhr bis 19 Uhr). Döllitz, Ernst Hoffmann, Friederikenstraße 9. S. Eröbern, Karl Babst, Reichstraße 11. Markkleeberg, Walter Franke, Bergstr. 14. Döhlitz, Julius Schmidt, Gaußstr. 11. Wölsdorf, Jochen, Adolf König, Jägerstr. Alfred Albrecht, Koburger Str. 9. Wölsdorf, Arthur Wolf, Bahnhofstr. 5. Großpöna, Otto Pöhner, Turnerstr. 5. I.
- Westbezirk: L. Wölsdorf, Filiale der Volkszeitung, Obermannstraße 2. Pöhlitz-Schleußig, Filiale der Volkszeitung, Weiß-

- Leiser Straße, L. Kleinjocher, Filiale d. Volkszeitung, Dieskaustraße 5. L. Großpöna, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 36. L. Wölsdorf, W. Klein, Lindenauer Straße 9. I. Böhlich-Grenberg, W. Wabuschke, Wölscher Str. 21. II. Böhlich, Arno Keller, Jenastraße Nr. 37. I. Anaukleeberg, Otto Jona, Leipziger Str. 32. Klamarsdorf, Albin Langrod, Krankenhaus, Schönau, Paul Wiedemann, Wägher Str. 31.
- Neußer Westbezirk: Markkleeberg, Filiale der Volkszeitung, Schleußiger Str. 15. Döhlitz, Reinhold Geora.
- Westbezirk: L. Eutrich, Bibliothek, Wilhelmstraße 23. L. Wölsdorf, Filiale der Volkszeitung, Vintenthaler Str. 22. L. Wölsdorf, im Heim, Wölscher Straße, Leipzig-Wölsdorf, Albert Fackel, Halleische Straße 387. Wölsdorf, Kasim Lindenthal, Max Bauer, Herstr. 8. Pöhlitz, Franz Seitzmann Nr. 20. Wölsdorf, Konsumverein, Rodau, Richard Fackel, Gontardweg 108.



Kommunisten-Falsch

Um es gleich zu sagen: es war wunderbar! Und man konnte wieder einmal deutlich sehen, daß es nur den Kommunisten wirklich ernst ist mit der Hilfe für die Armen! Wie hätten auch je die Sozialdemokraten herauskriegen sollen, was den Obdach- und Erwerbslosen hauptsächlich fehlt? Da reden sie immer große Lüge im Stadtparlament von der Not der Massen, sorgen für bessere Unterbringung, menschenwürdigeren Behandlung, für Erhöhung der Fürsorgegelder und dergleichen Kleinigkeiten mehr, aber den eigentlichen Kern des Übels, die wahre Ursache des Elends vermögen sie natürlich nicht zu begreifen! Den Kommunisten blieb es vorbehalten, mit dem in sozialen Dingen ihnen eigenen Scharfblick zu entdecken, was vor allem den Obdachlosen fehlt: Eine Fahne fehlt ihnen, jawohl! Richtiger gesagt: hat ihnen gefehlt; denn seit Montag haben sie eine. Nun kann es nicht mehr weit sein! Doch erzählen wir der Reihe nach! Folgender Aufruf rüttelte Ende voriger Woche in bekannter Auflage an der Stumpfheit der Massen:

An alle Obdachlosen und Erwerbslosen Groß-Leipzigs! Am Montag, den 20. Februar 1928, nachmittags 4 Uhr, findet im Kronenquell-Saale in der Adelsheidstraße, geht ab von der Kirchstraße, die Fahnenweihe der Obdachlosen Groß-Leipzigs verbunden mit Rezitationen und musikalischen Darbietungen statt. Es ist Pflicht eines jeden Obdachlosen an dieser Feier teilzunehmen. Zugleich fordern wir die Obdachlosen Groß-Leipzigs auf, soviel Solidaritätsgeld als möglich zu sammeln und zahlreich an dieser Feier teilzunehmen. Ein Vertreter des Roten Frontkämpferbundes wird sprechen, zugleich wird der Obmann des Obdachlosen-Ausschusses die Verteidigung zu dem Symbol der Freiheit und Arbeit vornehmen. Wir erwarten von Euch, daß Ihr soviel Klassenbewußtsein aufzubringen vermögt, um uns in unserem Kampf zu unterstützen, und an der Feier teilzunehmen.

Obdachlosen-Ausschuß. J. A.: Kurt Fischer.

Etwa hundert meist ältere Männer und Frauen hatten so viel Solidaritätsgeld und Klassenbewußtsein aufgebracht, als der Aufruf für erforderlich hielt, und hatten gespannt des kommunistischen Evangeliums. In dem für Maskenbälle eingerichteten Saale zog sich ein rotes Transparent mit der Aufschrift „Gegen den imperialistischen Krieg!“ quer über die Bühne, in deren Hintergrund das Bild Lenins, umrahmt von den Photographien Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, angebracht war. Etwas Grün verwohnt die Dekoration.

Pünktlich 16 Uhr begann die Feier, eingeleitet mit Musik — ein Pianist und ein Geiger gaben sich redliche Mühe — und mit der als Rezitation bezeichneten, selber etwas störenden Vorlesung eines Gedichtes. Darauf nahm Kurt Fischer vom Roten Frontkämpferbund das Wort zu einer „vom Geiste des Marxismus durchdrungenen“ Ansprache, deren wesentliche Gedanken ungefähr die folgenden waren: Den Wohlthätigen gehe es schlecht, sehr schlecht sogar. Warum gehe es ihnen schlecht? Weil die „un- arbeiterfreundlichen nennenden Sozialdemokraten sie immer wieder „an die Bourgeoisie verraten“! (Zuruf: Bravo! Sehr richtig!) Wenn es den Dawesplan, Locarno, den Völkervertrag und all die anderen sozialdemokratischen Einrichtungen nicht gäbe (Rufe: Nieder mit ihnen!), bräuchten die Erwerbs- und Obdachlosen nicht in solchen Löhern zu hausen, nicht so zu hungern und so zu stieren wie jetzt (Zuruf: Sehr wahr!). Genau so sei es mit den politischen Flüchtlingen! Da mache man einen gewaltigen Unterschied zwischen armen, linkslebenden Flüchtlingen und wohlhabenden Rechtsflüchtlern — er las eine hübsche Geschichte vor, die, wenn nicht wahr, so doch recht gut erfunden war — und alles das werde durch die Sozialdemokraten unterstützt. Mit den hohen Lebensmittelpreisen, der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit usw. verhalte es sich ähnlich. „Nur die Kommunisten als die einzige Klassenbewußte Partei des Proletariats“ könnten da helfen (Zuruf: Sehr richtig!) Die Kommunisten könnten zwar jetzt auch nichts weiter tun (Zuruf: Sehr richtig!), aber sie hätten wenigstens den besten Willen dazu (Zuruf: Bravo! Sehr gut!). Darum mühten sich die Obdachlosen zusammenzusetzen und im Geiste Lenins, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs kämpfen (Zuruf: Bravo! — Beifall).

Die Rede Fischers war in Wirklichkeit viel länger, was vor allem daher kam, daß alles dreimal gesagt wurde. Nach ihm „rezitierte“ ein gewisser Rudolph Barthels „Weltrevolution“ in erschütternder Weise, mit einer wirkungsvollen Pause nach jeder Zeile und einem hilfesuchenden Blick ins Buch. Und dann weihte Kurt Fischer die Fahne. Alle Anwesenden erhoben sich und Fischer las eine kurze Ansprache vor, die lebhaft an die Bergpredigt im Lukas-Evangelium erinnert; natürlich übte sie auf die vom Elend gebrückten Menschen eine starke Wirkung aus. Zuletzt folgte der Eid, den alle nachsprachen:

„Wir schwören — — daß wir — — jeden Krieg — — gegen Sowjetrußland — — verhindern werden — — und mit unserer ganzen Kraft — — für die Weltrevolution — — und die Partei — — des Klassenbewußten Proletariats — — der kommunistische Partei Deutschlands — — kämpfen werden!“

Nach dem Schwur einige Lieder. Schluß. Die soziale Frage ist nunmehr auch für die notleidenden Massen gelöst, so „musterhaft“, als die SPD assistiert von der Sektion Internationale Arbeiterhilfe nur gelöst werden kann. Statt unter Obdach, können die Opfer der gottgewollten kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich nun unter die neue Fahne stellen. Der Sozialdemokrat liefert die gewünschte Nachhilfe dazu. Außer allem aber hat die SPD wieder einmal ihrer „großen historischen Pflicht“ genügt. Die Sozialdemokratie ist einmal mehr entlarvt. Wenn sie jetzt nicht endlich mauert ist, ist sie überhaupt nicht tot zu kriegen. R.H.

Eröffnung des Jugendheims Nord

Der Ratspressediens schreibt: „Am vergangenen Sonnabend öffnete das im alten Schulgebäude zu Wöckern, Gustav-Kühn-Straße 1, neu eingerichtete Jugendheim Leipzig-Nord der Jugend seine Pforten. Das Heim, welches insbesondere für die Kinder- und Jugendgruppen von Wöckern, Wahren und äußeren Gohlis bestimmt ist, ist das 5. Heim, das der Rat der Stadt der Leipziger Jugend zur Verfügung stellt. Ist das neue Heim auch das kleinste der letzter geschaffenen, — es stehen nur ein größeres Zimmer für circa 60 und ein kleineres für circa 20 Jugendliche zur Verfügung —, so ist seine Innenausstattung und Einrichtung doch ganz besonders hell und farbenfreudig geworden. Wohnen mit eingebauten Bänken, davor runde Tische und Stühle, schaffen einen angenehmen Eindruck. An mit bunten Decken gedeckten Tischen können die Jugendgruppen zu Spiel und Unterhaltung sich zusammenfinden. Schränke mit verschließbaren Fächern bieten den einzelnen Gruppen Gelegenheit, ihre Bücher und Spiele einzuschließen und im Heim zu verwahren. Hell und modern ist die Beleuchtung. Auch Anschlußmöglichkeit für Lichtbild-Apparat ist in dem größeren Zimmer vorgesehen.“

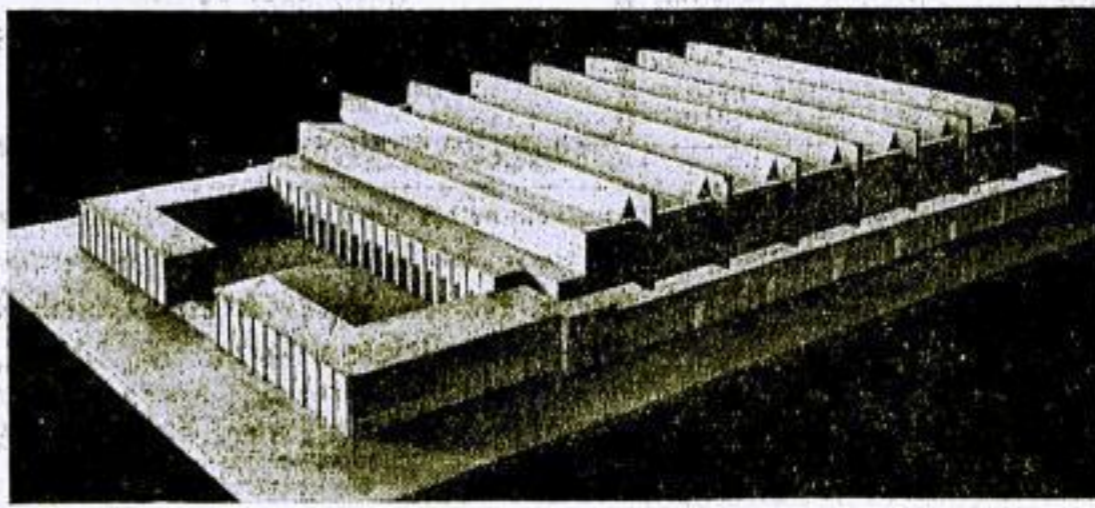
Schweres Baumglück in Messehalle 7

Drei Arbeiter aus 21 Meter Höhe abgestürzt — Ein Arbeiter tot, drei schwerverletzt Die Leipziger Neuesten Nachrichten beschuldigen die Arbeiter der Leichtfertigkeit

Am Dienstagmittag ereignete sich bei den Bauarbeiten an der neuen Messehalle 7, über deren eilige Fertigstellung wir gestern berichtet, ein schweres Baumglück. Von den bei den Bauarbeiten beschäftigten Arbeitern stürzten drei Mann plötzlich in die Tiefe. Einer war sofort tot; die anderen beiden wurden schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter wurde von nachstürzenden Platten ebenfalls schwer verletzt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ist der Unfall auf eine Überlastung des Baues und der dabei benutzten Stützvorrichtungen zurückzuführen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten beschreiben, die Schuld an dem Unfall den Arbeitern zuzuschreiben. Das alte Lied. Die Arbeiter überlasteten das Gerüst, die Bau-

aufstatkrophen zu verhindern. Die Bauleitung ist verpflichtet, sie strikte durchzuführen. Dies war hier um so mehr unerlässlich, als die Arbeiter, der neuen Konstruktion vertrauend, alles taten, den Bau zu fördern. Es ist ein bequemes, aber nicht minder gemeingefährliches Unterfangen, den Arbeitern die Schuld an dem Tode und den schweren Verletzungen ihrer Arbeitskameraden in die Schuhe zu schieben.

Die Arbeiter haben überdies durchaus nicht die Gefahren verkannt und sich mehrfach geäußert gesehen, die Baupolizei nachdrücklich darauf hinzuweisen. Sie haben auch erregt, daß eine Untersuchung stattfand, bei der das Nichtvorhandensein eines Schutz-



Die Halle 7, in der sich der Bau-Unfall ereignete

leitung ist an allem schuldlos. Dabei wissen die Nachrichten sehr genau — sie haben erst gestern darüber wie auch wir berichtet — daß die Arbeiten in einer bisher kaum dagewesenen Hast ausgeführt worden mühten. Bei der am Montag erfolgten Beschäftigung durch Statistordnete und Pressereporter wurde vom Bauleiter nachdrücklich lobend hervorgehoben, daß die Arbeiter sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, den außerordentlichen Anforderungen auf schnellste Fertigstellung mit größtem Fleiß und energischstem Arbeitswillen nachzukommen sind. Daß dabei die Gefahren einer Überlastung der Gerüste sehr viel mehr gesteigert werden mühte gegenüber einem normalen Bauteil, sollte schließlich auch ein Late begreifen, selbst wenn er Redakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten ist. Nicht minder begrifflich aber mühte es den Leipziger Neuesten Nachrichten sein, daß angesichts der vielbewanderten neuen Dachkonstruktion mit ihrer hundert Meter weiten säulenfreien Spannweite die Bauleitung das doppelte Pflicht hatte, darauf zu achten, daß diese neue Konstruktion nicht Arbeiterleben in Gefahr bringt. Die Arbeiterhuthbestimmungen reichen formell durchaus hin, solche

gerücktes auso schärfte gerügt und Abhilfe gefordert wurde. Trotz dem ist ein Schutgerüst heute noch nicht vorhanden. Wie kann angesichts dieser Tatsache eine Zeitungredaktion die Arbeiter beschuldigen, die an sich schon großen Gefahren der in Betracht kommenden Arbeiten noch vergrößert und den Tod des Arbeitskollegen und die vielleicht mit dauernden Schäden verbundenen Verletzungen der aus 21 Meter Höhe Abstürzten verschuldet zu haben. Wenn wirklich eine Überlastung des Baugerüsts erfolgte, so steht doch wohl fest, daß es nicht Bequemlichkeit oder Leichtfertigkeit der Arbeiter war, die sie verschuldete, sondern das Bestreben, den Bau trotz der für eine gefährlichende Erlebung der Arbeiten viel zu kurz bemessenen Baufrist rechtzeitig zum guten Ende zu führen.

Getödtet wurde bei dem Sturz in die Tiefe der Arbeiter Heinrich Kraus aus Frankfurt a. M., schwer verletzt die Arbeiter Simon Böhm und Philipp Kiemensweiber, ferner der Betonarbeiter Anton Karas aus Leipzig-Mockau. Letzterer verletzt wurde noch ein Junker, der Arbeiter Franz Liebknecht aus Leipzig.

Am Eröffnungstage bilden Blumen- und Lammgruppen den Festschmuck. Dazu wurden die einzelnen Jugendgruppen, deren Gelang und Musizieren bald freudige Stimmung schaffte, vom Jugendamt mit Kaffee und Kuchen vorzüglich bewirtet. Die Jugend hielt ihren Einzug und mit ihr jugendlicher Frohsinn, Lust und Gelang.

An einigen Nachmittagen und Abenden können noch Gruppen im Heim aufgenommen werden. Diejenigen Gruppen, welche noch eine Heimstätte finden möchten, richten ihr Gesuch an das Jugendamt, Kanzlei für Jugendpflege, Löfflerstraße 2, von welcher Stelle aus die Verteilung der Heimzimmer erfolgt.

Ausweis-Karten für Betriebsräte

Am 11. April 1928 verlieren die Ausweis-Karten der Betriebsräte ihre Gültigkeit. Die neugewählten Betriebsräte müssen sich von ihrer Gewerkschaft zwei Fragebogen geben lassen. Einen ausgefüllten Fragebogen erhält die Gewerkschaft zurück, den andern bekommt der Ortsausschuß des ADGB Leipzig, Abteilung Betriebsräte. Die Ausgabe der Ausweis-Karten erfolgt durch die Gewerkschaften. Nur Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder erhalten Karten. Ergänzungsmitglieder nicht.

Milchliefereung für das Jugendamt

In dem Artikel „Die Quertreiber im Milchhandel“ war die Frage aufgeworfen worden, ob dem Wollereibehrer Schuberer für die Milch, die Schuberer für die Schulen liefert, der Kleinhandelspreis gezahlt wird. Daraufhin hat das Jugendamt in einer Richtigstellung erklärt, daß Schuberer nur den Großhandelspreis bekommt. Bei dieser Richtigstellung dürfte das Jugendamt aber vergessen haben, mitzuteilen, daß Schuberer den Großhandelspreis erst von der Zeit ab bekommt, wo die Mägdeleer Milchzentrale sich um die Milchliefereung der Schulumilch bewahrt und dabei den Preis herabsetzt. Vorher wurde also dem Schuberer ein höherer Preis gezahlt. Aber auch der Großhandelspreis dürfte für Schuberer zu hoch sein. Die Milchgroßhändler fahren die Milch wohl in allen Hälften — auch kleinere Mengen — ihren Abnehmern zu. Das Jugendamt hingegen läßt, wie behauptet wird, die Schulumilch — ein sehr

großes Quantum — durch Kautschuk bei Schubert abholen. Bei dieser Sachlage könnte Schuberer die Milch tatsächlich zu einem geringeren Preise liefern. Ist dem Jugendamt, das doch auch auf Sparen eingestellt sein muß, dieser Gedanke noch nicht gekommen? Die beste Lösung wäre freilich, die Lieferungen der Schulumilch würde Personen übertragen, die sich an der Errichtung des Städtischen Milchhofes beteiligen wollten. Oder hat Schuberer etwa mit irgendeiner Kautschuk eine derartig gute Verbindung, daß an eine solche Lösung nicht zu denken ist?

Vom „Verfall“ der SWJ

Am 2. Februar meldete die SWJ ihren Lesern den Austritt von 17 SWJ-Genossen aus unserer Gruppe Schönefeld. Bereits zwei Tage später, am 4. Februar, konnte in der SWJ nachgewiesen werden, daß es sich nicht um 17, sondern um 12 Mitglieder handelte. Dies hinderte die Kommunisten nicht, zu behaupten, die Mitgliedschaft verläßt die SWJ in Scharen. Inzwischen konnte festgestellt werden, daß von kommunistischer Seite diese 12 Mitglieder zusammengeführt wurden. Man wollte ihnen den Bezirkssekretär der KPD, Georg Schumann, als Referenten vorschicken und so diese Genossen zur KPD bringen. Damit handeln die Kommunisten getreu ihren Grundrissen: beschloß doch der 4. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale 1924 in seiner Resolution „zur Frage der Gegner“ u. a. folgendes:

„Die kommunistische Jugend hat hauptsächlich drei Arten von Gegnern: die sogenannten sozialistischen Jugendorganisationen, die sozialistischen Jugendverbände und die christlich-bürgerlichen Jugendorganisationen. Die bevorstehende Periode birgt in sich große Gefahren für die arbeitende Jugend. Um so stärker muß unser Kampf gegen die sozialistischen Jugendverbände geführt werden. Wir müssen versuchen, die gemäßigten Jugendorganisationen von unten her zu isolieren und zu zerbrechen.“

Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht beirren. Nach einer ausführlichen Diskussion unterzeichneten sie folgende Erklärung:

„Die Unterzeichneten erklären sich, entgegen allem Gebot in der SWJ, nach wie vor bereit, ihre ganze Kraft in den Dienst der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu stellen.“

Sherber, Fischer, Kurt Fischer, Irene Morawe, Kurt Paulig, Hans Wittig, Will Schwabe.

Damit ist vorläufig die Hälfte der 12 für die Kommunisten verloren. Vielleicht können wir über diesen Fall bald mehr berichten. Wez.

Die Krankheitshäufigkeit nimmt zu

Die Krankenkassen, in denen der größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung versichert ist, sind in ihrer Finanzgebarung bekanntlich stark davon abhängig, wie sich der Krankenstand bei ihnen gestaltet. Als Krankenstand bezeichnet die Krankenkassen die Zahl der erwerbsunfähig Erkrankten im Verhältnis zur gesamten Mitgliederzahl. Nach neueren Mitteilungen, die der Hauptverband deutscher Krankenkassen letzten veröffentlicht, betrug der Krankenstand im Durchschnitt des Jahres 1924 3,61 v. H., 1925 4,0 v. H., 1926 3,42 v. H. und 1927 3,74 v. H. Das Jahr 1927 kommt also dem Kreisjahr 1925 bereits wieder bedeutend nahe. Diese Tatsache gibt auch eine Erklärung dafür, warum es leider bisher nicht möglich war, den sehr wünschenswerten Abbau der Krankenbeiträge vorzunehmen. Solange die Erkrankungsaffäre noch auf einer derartigen Höhe steht, werden natürlich die Krankenkassen mit Ausgaben für Krankengeld sehr erheblich belastet.

Generalversammlung des Unterbezirks der SPD Groß-Leipzig

Sonntag, den 26. Februar, 9 Uhr, im Volkshaus, Leipzig. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Bericht des Kassierers. 3. Neuwahlen. 4. Stellungnahme zu den Reichstagskandidaten. 5. Anträge zum Statut. Die Generalversammlung beginnt pünktlich, da eine sehr reiche Tagesordnung erledigt werden muß. Alle Ortsvereine müssen vertreten sein. Zutritt nur gegen Mandat und Mitgliedsbuch. Mitglieder haben gegen Ausweis des Mitgliedsbuches auf der Galerie Zutritt.

Der Unterbezirksvorstand.



Wo ruft die Pflicht?

Bezirksparteitag der SPD

Zur Beachtung! Der für den 25. März beruene Bezirksparteitag wird umhändelhalber 14 Tage früher verlegt und findet am

Sonntag, dem 11. März 1928

in Leipzig, Volkshaus, Gartensaal, statt.

Die den Delegierten bereits zugelandten Mandate haben hierfür Gültigkeit und ist auf den Mandatsformularen das Datum auf den 11. März abzuändern.

Bezirks-Parteitag

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Lipinski.
2. Aufstellung der Reichstagskandidaten.
3. Jahresbericht des Bezirksvorstandes.
4. Wahl des engeren Bezirksvorstandes, der Revisoren und der Mitglieder des Parteiausschusses.
5. Statutenänderung, Anträge.
6. Parteilangelegenheiten.

Der Bezirksparteitag beginnt seine Tagung 8,30 Uhr.

Anträge für den Bezirksparteitag sind an den engeren Bezirksvorstand (Bezirkssekretariat) bis spätestens eine Woche vor Stattfinden des Bezirksparteitages einzureichen.

Auf je 250 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Maßgebend für die Zahl der Delegierten ist bis am 1. Januar 1928, vom Unterbezirk ausgewiesene Zahl der Parteimitglieder, für die Beiträge an das Bezirkssekretariat abgeliefert worden sind. Die weiblichen Mitglieder sind entsprechend ihrer Zahl zu berücksichtigen.

Abstimmmungsberechtig sind die mit Mandaten versehenen Delegierten und stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Die Kosten der Delegationen sind möglichst von den Ortsvereinen selbst zu tragen.

Leipzig, den 22. Februar 1928.

Der engere Bezirksvorstand der SPD Leipzig.

Vorstände der ländlichen Ortsvereine der SPD Groß-Leipzig.

Wir erwarten bestimmt bis Freitag vormittag die Beantwortung des Fragebogens vom 15. Februar.

Funktionäre.

Wählen, Freitag, den 24. Februar, Gesamt-Funktionärstagung 20 Uhr bei Friedel. — Montag, den 27. Februar, 20 Uhr, bei Friedel, Feltzer Dichterabend von Gustav Hennig. Alle müssen kommen.

Mit-Bezirk Westen I, Freitag, den 24. Februar, 1/21 Uhr, bei Donath, Promenadenstraße 31, Parteilangelegenheiten.

Frauen.

Mit-Bezirk Nord, Mittwoch, den 22. Februar, 20 Uhr im Appellraum, Vortrag des Gen. G.H. Leipzig: Sagen und Märchen. Schnefeld, Mittwoch, den 22. Februar, 19 1/2 Uhr, in der Wilhelmstraße, Vortrag der Genossin Unger: Bürgerliche und proletarische Moral.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Okta II. Die Befestigung fällt am Donnerstagabend aus. Wir gehen alle in die Veranstaltung der SAJ. Alles Wichtige besprechen wir dort.

Mit-Bezirk Süd, Sonntag, den 26. Februar, geht es auf Fahrt nach Beucha. Kosten 60 Pfennig. Bis Freitag beim Genossen Köwig, Kochstraße 25, anmelden.

Sprechchor zur Jugendweihe.

Die nächste Probe zum Sprechchor findet ausnahmsweise Donnerstag in der 1. Volksschule statt, nicht Mittwoch. Die Probe beginnt 19 1/2 Uhr. Alle müssen erscheinen.

Mitglieder-Beranstaltungen

Schnefeld, Freitag, den 24. Februar, beginnt der Kursus Strabel über: Der Aufbau der Organisation. Treffpunkt pünktlich 1/2 20 Uhr in der Bibliothek. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Märzern, Morgen Donnerstag, den 23. Februar, 20 Uhr, im Heim, Wollstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Frenzel: Geschichtliche Anfänge der Sozialdemokratie. 2. Parteilangelegenheiten.

Der Verein Leipziger Gastwirte beschäftigte sich in einer am 20. Februar stattgefundenen Versammlung mit der Forderung des d. uischen Städtetages auf Wiedereinführung der Getränkesteuer. Die Gastwirte wenden sich in einer längeren Entschiedenheit gegen die Stellungnahme des Städtetages, fordern von den Gemeinden, die „Einzugaben den Einnahmen anzupassen“, dann würden sie „niemals neue Steuern und neue Steuererhöhungen brauchen“. Das ist zwar eine sehr naive „Begründung“, aber schließlich zeigt sie doch, worauf die Gastwirte hinaus wollen. Als die Getränkesteuer aufgehoben wurde, ist der Betrag, der früher an Steuern in die öffentlichen Kassen floß, in den Kassen der Gastwirte Kloten geblieben. Das war begreiflicherweise den Gastwirten eine angenehme Sache. Wenn sie sich jetzt dagegen wehren, daß ihnen diese Einkommensvermehrung wieder gestrichen wird, so ist das sehr wohl zu verstehen. Aber der Gastwirteverein verfolgt noch andere Ziele mit seinem Protest. Der Stadtverwaltung sollen die Einnahmen beschnitten werden. Daß die Interessen der Besten dabei nicht zu kurz kommen, das sind sie gewiß. Die Beschnidung der Einnahmen würde also eine Beschnidung der Sozialaufwendungen bedeuten. Diese Art Anpassung ist gemeint. Und von diesem Standpunkte aus muß daher die Stellungnahme der Gastwirte auch gewürdigt werden.

Vorträge über Kunstgewerbeschulwesen. Das städtische Schulamt teilt mit: Am 7. und 8. März 1928 finden in Leipzig Vorträge von bewährten Sachkennern über das Kunstgewerbeschulwesen im Festsaal des Neuen Rathhauses statt. Es sprechen am 7. März, 10 Uhr: Ministerialdirektor Dr. Frey-Stuttgart: „Die heutige Lage des Kunstgewerbeschulwesens und seine Problematik“; 16 Uhr: Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. Wiederanders-München: „Die Kunstgewerbeschule in ihrem Verhältnis zum übrigen Schulwesen“;

am 8. März, 9 Uhr: Professor Fischer-Essen: „Aufbau und Lehrbetrieb der Kunstgewerbeschule“; 16 Uhr: Stadtrat Professor Stahl-Leipzig: „Die Lehrkraft an der Kunstgewerbeschule“.

Ein früheres Malbete ist uns heute in Gestalt eines Maljäfers in die Redaktion gebracht worden. Der braune Geselle, der sich in der Zeitrechnung ein klein wenig geirrt hat, ist mobil wie im Monnemontal Mai und macht die ersten Flüge in die Welt. Er scheint den Meteorologen recht geben zu wollen, daß vom Winter nicht mehr viel zu spüren sein wird und der Frühling mit Riesenschritten naht.

WZ Kunstst. Zur Vorstellung „Zwölftausend“ am Donnerstag, den 23. Februar sind noch Karten in beschränkter Anzahl im WZ zu haben. — Sonntag, den 26. Februar, 11 Uhr, Alberthalle: 5. Sinfoniekonzert. Unter Prof. Heinz Labers Leitung wird in diesem Konzert ein sehr interessantes Programm gespielt. Die Einleitung bildet: Liebesfrühling von Georg Schumann, dem bekannten Berliner Komponisten und Dirigenten. Von besonderem Interesse dürfte die Aufführung des Melodramas: Die Kuchigall — Text von Andersen, Musik von A. Winternitz — sein. Dieses Melodrama hatte bei seiner Erstaufführung im Gewandhaus mit Ludwig Wöllner einen überaus starken Erfolg. Das Programm schließt mit der D-Dur-Sinfonie Nr. 2 von Joh. Brahms.

Der Vize-Konsul der Argentinischen Republik, Herr Ernst Ulrich, hat sein Amt niedergelegt. Die Dienstgeschäfte für den Freistaat Sachsen übernimmt bis auf weiteres — nach Wahl der Interessenten — das Vize-Konsulat in Reichenbach i. Vogtl. oder das General-Konsulat in Hamburg, Ferdinandstraße 56.

Stapfliche Sammlung des Museums der bildenden Künste. Am 22. Februar 1928 ist die 100jährige Wiederkehr des Geburtstages von Heinrich Götzner (1828—1909). Götzner war der letzte Deutschschmer, der in Berlin, Dresden, Leipzig u.w. große Wandmalereiaufträge ausführte, im klassischen herkömmlichen Stil. Die Kultursammlung vor der Klingerschen Buchhandlung im Museum zeigt als Wandbilder die berühmten Stätten der Plastik von Götzners Hand.

Käse, Füllungsstapf, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von frischem Schweinefleisch, beste Qualität, Freitag, am 24. Februar, von 8 bis 15 Uhr, und Samstag, am 25. Februar, von 8 bis 14 Uhr, im südlichen Schlachthof. Einzelpreis das Pfund 85 Pfg. Schmeer und Fett das Pfund 82 Pfg. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8 bis 12.30 Uhr in der Gerberstraße 3, Glasolonnade, statt. Wechselkurs Pfund 25 und 28 Pfg., Reis Pfund 22 Pfg., klarer Zucker Pfund 26 Pfg., Margarine Pfund 48, 55 und 75 Pfg., Vaseline Pfund 25 Pfg., Graupen Pfund 25 Pfg. u.w. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Wahlung, Kriegsbeschädigte und Kriegsheimkehrer. Die Zahlung der Verpflegungsgeldhilfe für März findet bereits am 27. Februar statt.

Versuchtes Sittlichkeitsverbrechen. Am 11. Februar, gegen 3 Uhr, wurde ein Wissetrauer auf dem Nachhausewege von ihrer Arbeitstelle nach Leipzig-Schleußig in der Nähe des im Albertpark stehenden Baggers überfallen. Der Unbekannte sprang aus dem Gebüsch auf sie zu und würgte sie am Hals. Hierbei stürzte sie über das Gelände, das den Weg vom Rasen trennt. Durch mehrere hinzukommende Männer wurde der Unbekannte an der Ausführung seiner Tat verhindert und ergriff die Flucht. Leider ist er unerkannt entkommen. Er war etwa 26 bis 27 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, glattrasiert, hatte schwarzes Haar und trug hellgraue Hose und eine Strickjacke. Während der Balgerei stützte er sich mit der linken Hand auf den Boden, die rechte Hand zu gerufen hat. Dieser Herr wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden, wo auch Angaben erbeten werden, die zur Ermittlung des Täters führen können.

Vollzeitsnachrichten

Kugelgehende Kindesleiche. Am 12. Februar, gegen Mittag, wurde im Gebüsch am Fußweg von Döhl nach Markleeberg durch das Waldstück „Die Möncherei“ eine Kindesleiche aufgefunden. Sie ist weiblichen Geschlechts, etwa 7 Monate alt, und war in einem grauen Packpapierbogen und in eine weiße, gewirkte Damenschulphose eingewickelt. Sie wurde dem Institut für gerichtliche Medizin übergeben. Am nächsten Tage wird die Leiche dem Kriminalamt.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ermittelt. Seit Anfang Dezember 1927 ist im Südviertel ein Sittlichkeitsverbrechen aufgetreten, der sich Frauen und Mädchen gegenüber in schamloser Weise demohn. Am 12. Februar, gegen 9 Uhr, hatte er sich wieder in der Katerin-Auguststraße einer Frau gegenüber unzüchtlich betragen. Diese erstattete sofort Anzeige auf der nahegelegenen Polizeiwache. Einem der Verfolgung des Mannes sofort ausnehmenden Polizeibeamten gelang es, den Täter zu ermitteln und festzunehmen. Es ist ein 32 Jahre alter Vater aus Leipzig-Reudnitz. Er ist gefährlich, sich in etwa 15 Fällen Frauen und Mädchen unzüchtlich gezeigt zu haben.

Kundfunkprogramm

Donnerstag, den 23. Februar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Befragung des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorhersage (Deutsch und Esperanto). Schneebereiche und Wasserstandsbedingungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Sinfonie-Tripod. 12,55 Uhr: Naureter Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16,30—18 Uhr: Wintermusikalisches Nachmittags. Mitwirkende: Margret Lindström (Gesang), Walter Archibald (Vieder zur Laute), Ferdinand Kollmann (Zithervirtuose). Klavierbegleitung: Alfred Simon. 18,05 bis 18,20 Uhr: Kullmetzungsgrundfunkt. 18,20—18,30 Uhr: Steuergrundfunkt. 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Eperen und E. W. Vetter: Spanisch für Fortgeschrittene. 19—19,30 Uhr: Dipl.-Ing. G. Vöge: „Moderne Entommaschinen.“ 19,30—20 Uhr: Theodor Thorer: „Vergewinnung.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneebereiche und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Warentagebericht und Spudgelisten. Mitwirkende: Robert Thorer (Korrespondent) und das Leipziger Rundfunkorchester. (Dirigent: Hilmar Weber.) 1. Rundfunkorchester. 2. a) Francois de Mon: Die tote Schwadron; b) Marie Lulle Becker: Die verwundene Braut, Robert Thorer. 3. Rundfunkorchester. 4. Guy de Maupassant: Wer weiß! Robert Thorer. 5. Rundfunkorchester. 6. Georg v. d. Gabeleng: Das weiße Tier, Robert Thorer. 7. Rundfunkorchester. 8. Frederic Boulet: Ein moderner Geist, Robert Thorer. 9. Rundfunkorchester. 22 Uhr: Funkbräuer. 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunkt. 22,30 Uhr: Funkstille.

Arbeitsgericht

„Schmeißen Sie ihn raus!“

Wie Littel u. Krüger scheint auch die lithographische Anstalt Pinkau u. Co. A. G. in Eutritzsch das Bedürfnis zu haben, sich in der sozialistischen Presse als reaktionären Musterbetrieb porträtieren zu sehen. Seit Jahren behandelt sie ihre Arbeiter wie Kulis, legt sie aus den geringfügigsten Gründen auf die Straße, bricht den Tarif, wo immer sie kann, zeigt nie auch nur das kleinste Entgegenkommen und muß sogar zur Erfüllung der schmerzhaftesten Ansprüche ihrer Belegschaft sehr oft erst durch das Gericht gezwungen werden. Nicht weniger als einundzwanzig Prozesse sind im Laufe der letzten elf Monate gegen sie angestrengt worden, und bloß drei davon verliefen zu ihren Gunsten!

Dieser Tage stand die Firma nun wieder vor Gericht, weil sie einen jungen Mann, den sie gern los sein wollte, ohne Zustimmung der Betriebsvertretung wegen „Arbeitsmangels“ entlassen hatte. Als sie diesen Kündigungsgrund nicht aufrechterhalten konnte, redete sie sich auf „schlechte Leistungen“ heraus; der Beweis dafür mißlang ihr jedoch ebenfalls, und so gab sie schließlich „albernes und unstatthafes Benehmen“ als Anlaß zur Lösung des Dienstverhältnisses an. Eigentlich hätte nun die Kammer kühn werden und die Firma dem Klageantrag entsprechend verurteilen sollen; seitdem erzwungenermaßen erklärte sie aber unter Dr. Schmidts Vorbehalt den zuletzt angeführten Grund für ausreichend und wies den Arbeiter ab.

Mehr als dieser relativ belanglose Vorgang interessierte jedoch das, was in den vier Terminen über die im Betrieb der Belegschaft herrschenden Zustände zur Sprache kam. Die Beleuchtung der Arbeitsräume ist völlig unzureichend, die Lüftung mangelhaft, die Temperatur oft unerträglich niedrig; manchmal mußten die Leute bei 8 Grad Kälte in den Maschinenräumen ihrer Beschäftigung nachgehen! Alle Beschwerden darüber widerlegt die Geschäftsleitung mit der ewig wiederkehrenden Behauptung, die Ankosten seien zu hoch, — es müsse unbedingt gespart werden. Da der Betrieb auch sonst zu den hygienisch rüchlichsten Leipzigs gehört, widmet ihm die Volkshauspolizei dauernd ihre besondere Beachtung, wenn gleich ohne wesentlichen Erfolg.

Der Umgangston, den die verschiedenen Vorgesetzten den Arbeitern und namentlich Arbeiterinnen gegenüber zu verwenden belieben, ist soviel jenseit jeder Beschöpfung. „Mistot“, langes, dummes, schwarzes Schwein“ und dergleichen mehr sind die häufigsten Bezeichnungen, mit denen der Obermaschinenmeister die Gehilfen anzusprechen pflegt, während die Frauen und Mädchen sich alle möglichen, jezuell betonten Unflätigkeiten gefallen lassen müssen. Belegten sie sich darüber beim Chef, so hat das höchstens die Wirkung, daß sie auf die Straße geschickt werden; meistens erklärt ihnen nach dem Herr Pinkau, daß die Faktoren, Obermaschinenmeister usw. „wohl guten Grund um Schimpfen gehabt haben müßten“, fördert also diese Gemeinheiten nach Kräften. Daß dadurch die Qualität der Arbeitsleistung nicht gerade günstig beeinflusst wird, sollte sich jeder denkende Mensch eigentlich selbst sagen; obwohl das aber auch der als Sachverständiger geladene Fabrikant Oheim zum Ausdruck brachte — er meinte, das „Alberne“ sei vermutlich eine Reaktion auf die schlechte Behandlung! — entschied das Gericht doch, wie bereits gesagt, gegen den Kläger.

Natürlich hat die Firma auch eine starke Abneigung gegen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und bemüht sich daher redlich, diese soweit als möglich hinauszudrängen und durch Christliche oder Finkenkreuzler zu ersetzen. Zahlreiche Hilfskräfte, vor allem weibliche, hat sie sich vom christlichen Nachwuchs verschafft, dabei aber mit Schmerzen feststellen müssen, daß diese nicht nur dumm genau zum Ausbeuten, sondern leider auch zu dumm zur Leistung von Qualitätsarbeit sind. Und einen anderen Betriebsrat bekam sie dadurch ebenfalls nicht; denn die Neuen mochten gar bald, woher der Wind in diesem Betriebe wehte, und sorgten durch passives Verhalten dafür, daß die Vertretung, wie bisher, rein sozialdemokratisch blieb.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß Herr Pinkau auf seine Belegschaft stark eingeschneppelt ist und sämtliche diplomatischen Begehungen zu ihr und namentlich zum Betriebsrat längst abgebrochen hat. Sogar die Faktoren trauen sich nicht gern in seine Nähe und erlebigen ihre Geschäfte mit dem Chef am liebsten durch Vermittlung der Arbeiterratsmitglieder. Dauernde Streitigkeiten wegen ungerechtfertigter Entlassung, Nichtbeachtung des Tarifs und ähnlichem sind an der Tagesordnung, und bei jeder Kleinigkeit, die sich ein Arbeiter zuzuschreiben kommen läßt, erwidert aus Herrn Pinkaus Munde ein kategorisches „Schmeißen Sie ihn (h.w. sie) raus!“ Ihn dann auf die Unzulänglichkeit seiner Maßnahme aufmerksam zu machen, hat nicht den geringsten Zweck! Er weiß zwar, daß er jeden Prozess mit neunzig Prozent Wahrscheinlichkeit verliert, erklärt jedoch, darauf hingewiesen, regelmäßig mit der förmlichen Hartnäckigkeit eines Bekannten Hautstieres: „Und wenn Sie zehnmal recht haben, es geht Sie gar nichts an! Es ist mein Geld, was ich verlieren!“ Es ist zwar eigentlich nicht sein Geld, und das ist ihm auch schon gesagt worden; aber natürlich begriff er das nicht.

Eine besonders niedliche Dreistigkeit leistete er sich anlässlich des letzten Termins vorm Arbeitsgericht. Der Lithographen-Verein hatte einen Maschinenmeister als Entlastungszeugen geladen. Als der nun zur Verhandlung nach dem Stadthaus gehen wollte, ließ ihm Herr Pinkau mitteilen: Wenn er gehe, könne er sich als entlassen betrachten! Natürlich mochte sich der Mann nicht dieser Gefahr aussetzen und blieb daher im Betrieb.

Das Register der sozialen und hygienischen Rückständigkeit der Pinkau & Co. A. G. ist mit diesen wenigen hier wiedergegebenen Tatsachen noch lange nicht geschlossen, und anlässlich des nächsten Prozesses, der ja nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung in spätestens zwei Wochen zu erwarten sein wird, werden wir uns nochmals eingehend mit den Verhältnissen der Firma beschäftigen. Anders wird es freilich dadurch bei der geistigen Eigenart des Chofs kaum in diesem Betrieb werden; doch lassen sich vielleicht die noch abseits stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Einsicht belehren, daß ihnen nur entschlossener Kampf, nicht aber christliche Ergebenheit oder Stahlheimgehoram helfen kann!

R. H.

Goldfrische

in seit Jahrzehnten bestens bekannter vorzüglich. Ware (keine kleinen Mitteleier)

Stück nur
EIER 10 1/2
Pfennig



Nur in den angegebenen vormaligen Niederlagen der ehem. Fa.
F. E. Krüger

Wilh. Rößling, Heipstraße 26
Rich. Holzweg, Zeitzer Straße 49
Nanny Richter, A.-Cr. Ungerstr. 3
Ewald Martin, Neustadt, Eisenbahnstraße 51
Alfred Wunsch Rdn., Dresden, Str. 71
Friedr. Karl Köhler, Thonberg, Reitzschauer Straße 8
Hugo Speiser, Lau., Gundorf, Str. 57
Hugo Leutenstschlager, L. Markt 15
Otto Heide, Plagw., Zschocher, Str. 36
Otto Heide, Klein-Zschocher, Diersdorfstraße 2
Martha Reil, Go., Hallische Str. 79
Richard Kramel, Eutritzsch, Wilhelmstraße 8

Abrechnung mit der Heldt-Koalition

Sachsen und das Urteil des Staatsgerichtshofes — Die Postenleber warten weiter ab — Die Koalition gegen wirksamen Jugendschutz

68. Landtagsitzung am 21. Februar 1928.

Das Haus nahm zunächst die am letzten Donnerstag ausgelegte Abstimmung vor zu den Anträgen auf Erhöhung der Unterstützungssätze für die Sozial- und Kleinrentner. Der Antrag, auf baldige Verabschiedung eines neuen Rentnerversorgungsgesetzes bei der Reichsregierung zu drängen, wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde auch, die Regierung zu ermahnen, bei der Reichsregierung eine Besserstellung der Klein-, Sozial- und Kriegsrentner und sonstiger Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu fordern.

Dagegen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt, von der Regierung eine Vorlage auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 25 Prozent zu fordern.

Dann wurde in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten, an deren erster Stelle des sozialdemokratische Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes steht.

Genosse Liebmann:

Unabhängige Sozialdemokratie und Zentrum haben beim Staatsgerichtshof Klage auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit einzelner Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes erhoben. Als die Regierung, gezwungen durch die Urteile des Staatsgerichtshofes über Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Hamburg, zu der Sache Stellung nahm, versuchte sie zunächst in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob diese Staatsgerichtsurteile auf die sächsischen Verhältnisse überhaupt nicht angewendet werden könnten. Die Behauptung, daß kein einziger Wahlvorschlagn zurückgewiesen worden sei, stimmt zwar in ihrem Wortlaut, entspricht aber nicht den tatsächlich bestehenden Verhältnissen, denn in der Tat ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei durch die Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes an der Beteiligung bei den Landtagswahlen ausgeschlossen worden. Während es der Zentrumsparlei um die 2000 Mark geht, geht es bei der Klage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei tatsächlich um die Auflösung des sächsischen Landtages. Diese Klage richtet sich nicht nur gegen die verfassungswidrigen Bestimmungen im Landeswahlgesetz, sondern auch gegen die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindevahlordnung.

Liebmann geht dann auf die Urteile des Staatsgerichtshofes näher ein, wo ausdrücklich gesagt wird, daß jeder Versuch, das Wahlrecht einzuzengen durch Bestimmungen, die bei der Einziehung von Listen eine Vermögensleistung verlangen, zurückgewiesen werden muß. Einwandfrei kann für jeden, der logisch denken kann, festgestellt werden, daß

die Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes verfassungswidrig sind und daß demnach der sächsische Landtag, der 1926 auf Grund dieser verfassungswidrigen Bestimmungen gewählt worden ist, nicht zu Recht besteht. Er muß demnach neu gewählt

werden, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Landtag, der jeder verfassungsmäßigen Grundfrage entbehrt, als parlamentarische Körperschaft des Volkes im Sinne der Verfassung angesehen werden kann.

Die reaktionäre Rechte dieses Hauses mag ein lebhaftes Interesse daran haben, daß, wenn eine Neuwahl zustande kommt, diese auf Grund eines verfassungswidrigen Gesetzes vor sich geht. In dem Augenblick, wo der Landtag eine Einkommensmehrheit nach den Neuwahlen bräute, würden sich nämlich die reaktionären Herren, denen es so, wie es jetzt ist, gefällt, nicht einen Augenblick bedenken, die verfassungswidrigen Bestimmungen ihres Wahlgesetzes beim Staatsgerichtshof anzusehen, um so der Linken den Sieg freitrag zu machen. Das vor allem gilt es zu verhindern.

Daß die Regierung und die Regierungsparteien

in heillosen Angst vor den Neuwahlen

des Landtags stehen, das erleben wir täglich. Die bürgerlichen Parteien haben damit gerechnet, daß sie jahrelang, mindestens bis 1930, tun und lassen können, was sie wollen, daß sie sich schamlos bereichern und gegenseitig ungeniert um die Anteile an der Beute rauen können. Und nun stehen sie vor der Tatsache, daß durch die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes auf einmal der Öffentlichkeit eröffnet wird, daß sie für ihre Schandtat an dem Volke auch draußen die Verantwortung vor den Wählern tragen müssen. Es ist nichts weiter als

ein Täuschungsmanöver,

wenn jetzt so getan wird, als ob überhaupt noch keine Gefahr für den Bestand dieser Regierungsherrschaft und die Koalition vorhanden wäre. Die bürgerlichen Parteien haben sich zweifellos auch bereits damit abgefunden, daß diese Landtagswahl bevorsteht. Die Herren sind sich nur noch nicht einig darüber, wann der Termin sein wird, ob sie geschickterweise den Termin der Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zusammenlegen.

Um was geht es?

Um Ministerposten, um Direktorenposten, um irgendwelche fette Prämien an der Staatsfüttertruppe, um Anteile an der erhöhten Miete, um Anteile an sonstigen Vorzügen, die sich bei der und jener Gelegenheit ergeben, um Erlaß von Steuern, Stundung von Steuern, um einen ganz reichen Komplex verschiedenartiger Interessen, wobei an der Spitze geschrieben steht: Verzinsert euch!

Das einzige, was die Koalition zusammengehalten hat, war der Kampf gegen die Arbeiter.

Wenn die Arbeitervertreter irgendwelche Forderungen gestellt haben und bei dem Wirtschaftsminister vorstellig geworden sind, hat er keine Zeit, die Arbeiterdelegation zu empfangen. Ich erinnere daran, wie es die Hausbesitzerpartei verstanden hat, wiederholt Mietzinserhöhungen durchzuführen. Nach den Versicherungen der Mitglieder der Regierungsparteien sollen den Hausbesitzern jetzt wieder

45 Prozent Erhöhung, sogar jährlich, zugesichert sein. Das bedeutet nichts anderes, als daß entweder die Miete erhöht oder aber eine Verminde rung des Wohnungsbaues Platz greifen muß. Jedenfalls sollen abermals 12 Millionen den Hausbesitzern zugesagt werden.

Das erste, was die Regierungsparteien hier getan haben, war, daß sie sich die Hilfstuppen gesichert haben, die sie zur Durchführung ihrer Pläne brauchen.

Sie tauschen sich die Äspenleute,

indem diese mit Posten gefüttert wurden, man kaufte sie, um aus der Einkommensmehrheit des Landtags eine Reichtumsmehrheit zu machen. Die zwei Ministerposten für vier Abgeordnete waren nichts weiter als der Kaufpreis für die Freigabe der Arbeiterinteressen in diesem Landtag und die Aufwertungspartei hat für einen Minister die Mieterinteressen preisgegeben. Als Liebmann dann noch den Zusammenbruch der suchselben Regierungspolitik im Reich erwähnt, wird ihm vom amtierenden Vizepräsidenten Dr. Ehardt wegen Ablaufs der Redezeit das Wort entzogen.

Der Kommunist Renner begründete einen Antrag seiner Partei, der den gleichen Gegenstand betrifft. Er glaubt, nur durch außerparlamentarischen Druck der Arbeiterpartei würden Reichstag und auch Landtag endlich verschwinden.

Ministerpräsident Heldt sagte, er müsse darauf aufmerksam machen, daß der heftige Staatsgerichtshof die Wahlen in Hessen nicht für ungültig erklärt hat, trotzdem vorher das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig ergangen war. Dann verlas der Ministerpräsident eine längere, gedruckt vorliegende Erklärung, an deren Schluß es heißt:

Nach alledem haben demnach seinerzeit sowohl der Landtag als auch der Reichminister des Innern, und zwar dieser mehrfach, den Standpunkt vertreten, daß die hier in Rede stehenden Vorschriften des § 14 Abs. 8 des Landeswahlgesetzes mit der Reichsverfassung vereinbar sind. Bei dieser Sachlage erschienen es der Regierung geboten, die Frage, ob im Hinblick auf die in den Streit sachen gegen die Länder Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Hessen ergangenen Entscheidungen des Staatsgerichtshofes die Aufhebung jener sächsischen Vorschriften herbeizuführen sei, zurückzustellen, bis sich jene Entscheidungen im Wortlaute bekannt gemacht hätten. Abschritten dieser Entscheidungen hatte die Regierung unverzüglich nach deren Bekanntwerden am 20. Dezember 1927 telegraphisch vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes erbeten. Eine Abschrift der Entscheidungen des Staatsgerichtshofes erbeten. Eine Abschrift der sächsischen Zentrumsparlei beim Staatsgerichtshof anhängig gemacht und ihr vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes mitgeteilt worden war. Da nunmehr die Frage der Reichsverfassungsmäßigkeit der hier in Rede stehenden sächsischen Vorschriften durch die beiden genannten Klageanträge der Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterstellt worden ist, ist die Regierung der Auffassung, daß die Frage der Abänderung des Landeswahlgesetzes im Sinne der beiden zur Beratung stehenden Anträge zurückgestellt werden muß, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofes auf die beiden Klageanträge ergangen ist.

Hg. Dr. Senfert (Dcm.): Die Regierungsparteien stimmen der Regierungserklärung zu. Sie werden auch der Überweisung an den Rechtsausschuß zustimmen, treten aber dafür ein, daß die Anträge im Rechtsausschuß erst dann behandelt werden, wenn die Regierung dem Landtag die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgelegt haben wird.

In der Aussprache ergreift nochmals Genosse Liebmann das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die gewundene Erklärung

Wir bauen um!

- Herr.-Windjacken 6⁰⁰
nur in größ. Nummern, ab Gr. 52
- Herr.-Sporthosen 6⁰⁰
Homespun, Breaches
- Burschen-Anzüge 15⁰⁰
mit lg. Hose, Gr. 55-45, tragl. Ware
- Herren-Sakko-Anzüge 22⁰⁰
strapazierfähige Ware
- Herren-Sakko-Anzüge 32⁰⁰
gute Cheviot-Qualitäten
- Herr.-Mancheat.-Anz. 25⁰⁰
in oliv u. grau 35,00 33,00 30,00

- Herren-Sport-Anzüge 25⁰⁰
strapazierfähige Ware
- Herr.-Gummi-Mäntel 11⁰⁰
ein großer Fosten, weit unter Preis, mit Köper, Kaschmir- und Stoffbosug 24,00 21,00 19,50 16,50
..... 14,50 12,80
- Herren-Winter-Ulster 33⁰⁰
mod., zweifelhige Form mit Riigel
- Herren-Winter-Ulster 25⁰⁰
solide Fischgrät-Qualitäten

Die enorm gesteigerten Umsätze in unserer Abteilung zwingen uns, die Verkaufsräume dieser Abteilung zu vergrößern.

Herrenkonfektion

Wir veranstalten anlässlich dieses Umbaues einen **Ausverkauf**

Pflicht

Schluß dieses Ausverkaufs Sonnabend, den 25. Februar



Für unsere Frauen



22. Februar 1928 / Beilage zur Volkszeitung

Die Frau und die Wahlurne

Von Herta Jerna, Leipzig.

Die kommenden Wahlen stellen uns beizeiten vor die große Aufgabe, neue, noch indifferente Massen für uns zur Urne zu bringen, und besonders uns Frauen vor die größere, die Masse der gleichgültigen Frauen aufzurütteln und zu gewinnen. Aber wir machen das fast ganz für uns, getrennt von dem großen Kampf der Männer, in Frauenversammlungen, in Frauenbeilagen, in Frauenwerbeprospekten — wie es halt zuerst noch nicht anders möglich ist in Verhältnissen, die trotz immer weiter um sich greifender Fabrikarbeit der Frau immer noch so grundverschieden sind für beide Geschlechter. Und doch sollten wir uns vielleicht nicht damit begnügen. Eine Genossin schilderte einmal sehr treffend die aus den gegenwärtigen Verhältnissen sich ergebenden Nachteile: Wenn die Zeitung ins Haus kommt, nimmt „Vater“ den politischen Teil und reißt „Mutter“ die Frauenbeilage, und da man sowieso nicht viel Zeit hat zum Zeitunglesen, liest jeder „seinen“ Teil, und keiner weiß was vom andern. Frauenbeilagen und Frauenabende sind notwendig, um die große indifferente Masse, die vorerst nur durch „spezielle Frauenfragen“ zu interessieren ist, zu uns zu bringen, aber das darf nur der erste Schritt sein, es muß unbedingt gleich darauf die notwendige Ueberleitung des Interesses auf die allgemeinen politischen und öffentlichen Fragen stattfinden. Es gibt ja gar keine speziellen Frauenfragen, vor allem keine Frauenfragen, die nicht auch ebenso unbedingt unsere Genossen interessieren müssen. Und deshalb wäre es sehr notwendig und sehr begrüßenswert, wenn aus der etwas wohlwollenden Duldung und etwas zu scharfen Abgrenzung ein engeres Zusammenarbeiten von Männern und Frauen entstünde, ein größeres Interesse der Männer für die Frauen und ihre „Fragen“.

Die Gewinnung der arbeitenden Frau ist zum mindesten von demselben Interesse für die Gesamtbewegung wie die Gewinnung zum Beispiel des Mittelstandes — und verdient deshalb denselben Platz sowohl in der Presse wie in den Versammlungen. Das Wahljahr 1928 macht diese Aufgabe besonders wichtig. Die Frau muß begreifen lernen nicht nur, daß es gilt, durch den Stimmzettel ihre persönliche Lage zu verbessern, sondern daß es darüber hinaus die ganz und gar gemeinsame Not mit dem arbeitenden Mann ist, die sie zur Urne treiben muß. Und der Mann muß einsehen, daß die Stimmen der Frauen die ausschlaggebenden sind, die über sein Schicksal bestimmen, daß es deshalb notwendig ist, daß er der Frau beweist, wie weit sein Verständnis für sie geht, daß er Interesse hat für ihre Sorgen, wie sie seine verstanden lernen soll.

Auch in Frankreich bereitet man sich gegenwärtig auf die Wahlen vor. Und obgleich dort die Frau heute noch kein Stimmrecht hat, die Frage der Frauenwerbung also lange nicht von so akuter Bedeutung für die Partei ist wie bei uns, widmet man jetzt schon der „Stimme der Frauen“ einen großen Aufschub, schreibt Leon Blum selbst einen Leitartikel. Man könne im Moment nichts zur Gleichberechtigung der Frau tun, schreibt er, „die Befreiung der Frau kann nur das Werk der Frau selbst sein“. Nichtsdestoweniger müsse die Partei den Kampf für das Frauenstimmrecht auf ihre Fahnen schreiben, da nur durch Ueberwindung sämtlicher sozialer Ungleichheiten der Kapitalismus überwunden werden kann.

Man erlebt heute dort noch dieselben Einwände gegen das Stimmrecht der Frau, wie man sie früher hier in unseren Reihen erhoben hat und noch erhebt: die Frau sei „gefühlsmäßig“ eingestellt und deshalb nur willkommenes Stimmfutter einerseits für die Kirche, andererseits für den Kommunismus. Was durchaus nicht bewiesen ist, was nur beweist, daß es wirklich an der Zeit ist, daß die Männer sich ernsthaft um Frauen und Frauenfragen kümmern. Die Masse der Frauen ist vielfach zu vergleichen mit der Masse der gleichgültigen und unaufgeklärtesten Arbeiter, die noch nicht jahrzehntelang durch die Schule eines modernen Industriebetriebes gegangen ist oder in der Bewegung groß wurde und der deshalb dieselbe Aufmerksamkeit und Kraft zu widmen ist wie diesen, aber sie darf nicht länger als ein etwas komisches Sonderwesen mit Sondergefühlen und Stimmungen betrachtet werden.

Im Kapitalismus ist die Stellung der Frau der des Mannes immer ähnlicher geworden und damit automatisch auch ihre Einstellung zu ihrer Umwelt, zum Kapitalismus. Die Unterschiede der Interessen sind nicht größer als beispielsweise die zwischen Bergarbeitern und Raffineriearbeitern. Oder treffender: als die zwischen einem großstädtischen Metallarbeiter und einem Gutscarbeiter; um die Rücksichtlichkeit, das mangelnde Verständnis für politische Fragen, den engeren Horizont zuzugeben — die nur nicht immer wieder fälschlicherweise als „Gefühlsbetontheit“, „mangelnde Logik“ und ähnliches bezeichnet werden dürfen. Logischer könnte man behaupten, daß die wirtschaftende und haushaltende Frau die beste „Realpolitikerin“ werden, das nüchternste und praktischste Verständnis für den Staats- und Gemeindehaushalt haben müßte. Und sie hat es. Die einfache, unaufgeklärte Frau, „weiß ganz genau, was sie machen würde, wenn sie da an der Spitze stände“. Und wird nun nicht „gefühlsmäßig“ zur Sozialistin gemacht, sondern ganz logisch und verstandesgemäß, indem man ihr beweist, daß sie ja darauf einwirken kann, wie „die da an der Spitze“ regieren. Und deshalb ist sie nicht Frau, die durch Frauen und Frauenfragen, die besonders gefühlsbetont sind oder nur sie interessieren, gewonnen werden muß, sondern unaufgeklärte Klassen-genossin wie jeder andere, den Partei und Presse ganz allgemein zu werben haben — unter besonderer und notwendiger Rücksichtnahme auf ihre wenigen speziellen Interessen und geistigen Einstell. — wie man sie in jeder Versammlung selbstverständlich findet, wie gleichermaßen von Land- und Stadtarbeitern oder von Arbeitern und Beamten besucht werden.

Die Frau, die für die Partei gewonnen wird, darf nicht in

einer kleinen Sonderpartei für Frauen stecken bleiben, aus der nur wenige als Funktionärinnen den Weg in die große Partei finden. Freilich kann diese Befreiung der Frau vornehmlich nur ihr eigenes Werk sein — aber es darf ihr nicht erspart werden, da ihre Gewinnung so ungeschwer wichtig ist für das Schicksal der Arbeiterklasse. Man hat ihr das Wahlrecht geschenkt, sie hat es nicht allein erklämpft, und sie wird die notwendige Reife, es richtig zu gebrauchen, lernen, indem sie es gebraucht, aber man muß ihr den nötigen Platz einräumen in der Partei, der ihr als der größten „Sondergruppe“ zuteilt. Es kommt nicht darauf an, bei Abstimmungen auf so und so viel Männer mit schöner Geste auch eine Frau zu wählen oder „Genossinnen und Genossen“ zu sagen, es kommt darauf an, der Frau die Möglichkeit für ihre Erziehung zu geben, in der Partei und in der Familie, daß sie ihre Stellung in der Partei einnehmen kann nach Können und Leistungen. Deshalb sei unsere Parole für die kommenden Wahlkämpfe: es gibt nicht mehr Männer und Frauen, sondern nur noch Genossen, Aufgeklärte und der Aufklärung, des Eingehens auf ihre speziellen und allgemeinen Interessen Bedürftige.

Frauen von heute

Von Margarete Theile, Leipzig.

Wie die NZ kürzlich mitteilte, hat jemand irgendwo irgendwelchen jungen Mädchen aus „besseren Kreisen“ die Frage vorgelegt, wie sie sich ihren zukünftigen vorstellen, wie der Ehemann aussehen soll, und das Ergebnis dieser wochenlangen „Nachforschungen“ ist sehr spärlich ausgefallen. Es wurden vier voneinander stark abweichende Gruppen von Mädchenstypen ermittelt, von denen man glaubt, sie als Norm hinstellen zu können. Völlig unberücksichtigt blieben dabei natürlich die tausend in Wirklichkeit vorhandenen Varianten, die unter den Frauen in Punkte Einstellung zum Manne vorhanden sind.

Das Ergebnis der Umfrage sieht — kurz wiedergegeben — etwa wie folgt aus: Die in Gruppe 1 einbezogenen Damen haben an den Ehegatten, der da noch kommen soll, folgende Wünsche: Groß, stark, dunkel, forgenlos. Seine Pflicht ist, für die Kinos, Theater, Freunde, Feste, Bälle zu sorgen, die Kasse zu verwalten. . . . Ausgang wöchentlich einmal zu einem Herrenabend. . . . Klavierfibel, Gelangenschaft und schriftstellerische Begabung unerwünscht, da dies zur Ablenkung verleitet (!). Auf keinen Fall darf er schön sein, da die Heiratskandidatin „sonst immer vor Wat und Eisenhut vergeben würde, wenn andere JH mit Wonne betrachten!“

Die Tochter eines Maschinenfabrikanten, Repräsentantin der Gruppe 2, stellt sich ihren Erwählten etwa wie folgt vor: Hoch und Hoch! Högrot! Schimml! Springer! Keiter! Kuberer! Wege zu Kraft und Schönheit! Fünf-Uhr-Teel-Besucher! Mit 30 Liebesobertauern! Lachsch! Glacés! Einglas! Die Wangen voller Schmie! Heiß umrüttelt! Mittelpunkt jeder Gesellschaft.

Der dritte Typ wünscht sich vor allem keinen klagen Mann, sondern ein richtiges Hausopapahen, das zu Haus Schmeißler sein, zu allen Zeiten Ja sagen und mit den Hausangestellten nett sein muß, und der Typ der Gruppe 4 möchte JH schließlich als Tierliebhaber sehen, der zugleich Strin dberg hakt und sich seine Krawatte sorgfältig binden kann. Nur „Puisi“ und „Schapi“ soll er SE nicht nehmen, sondern bei ihrem vollen Namen; denn sonst könnte er ja auch eine andere mit dem Rosenamen meinen!

Etwas Banaleres kann man sich bei solch immerhin ernst zu nehmenden Äußerungen und Wünschen wohl kaum vorstellen! Diese weisenden Mädchen mit der „besseren“ Schulbildung, die nach ihren Aussagen sämtlich auf den Mann angewiesen sind, haben gar keine Ahnung von der Wirklichkeit. Für sie ist nur wichtig, zu wissen, daß auch die neue Blume gut zum Mantel paßt, daß der Freund die Krawatte richtig geknotet hat und auch eine Horndrille trägt. Sie verstehen nicht, Unwesentliches vom Wesentlichen zu trennen. Sie wissen gleich gar nichts davon, in welcher tiefgründiger Weise eine bestimmte Art ihrer Geschlechts-genossinnen Anteil nimmt am öffentlichen Leben, wie sie einbringen in unser Kulturleben, in die Gebiete der Literatur und Wissenschaft und aus diesen Quellen und die damit verbundenen neuzeitlichen Forderungen sich einen ganz neuen Lebensinhalt, eine gewisse Unabhängigkeit und Selbstständigkeit geschaffen haben. Dieser neue Frauentyp wird die Ehe nicht mehr als einen Zuchtan d betrachten, sondern als eine Aufgabe, die zu lösen eine der schwierigsten ist.

Einen Grundzug haben die gekennzeichneten Träumerinnen gemeinsam: der ersehnte Mann muß begütert sein, muß Zeit und Geld haben, um alle ihre mehr oder weniger berechtigten Wünsche erfüllen zu können. Denn wer Feste und Bälle besuchen, wer Lachsch und Glacés tragen, wer Hausangestellte halten will, muß auch über einen entsprechenden Geldbeutel verfügen. Und wenn alle heiratsfähigen Frauen auf diese Bedingung pochten, dann stünde es schlimm um die Beschaffung solch begnadeter Männer, die begehrt sind nur deshalb, um die Wünsche und Launen eines anderen JH zu befriedigen.

Kennzeichnend ist, daß man die Umfrage nicht auch an die proletarischen Frauen, die ledigen Arbeiterinnen, gerichtet hat, die zweifellos soziologisches und psychologisches Material gegeben hätten, und dadurch ein ganz anderes, bemerkenswerteres Resultat der Umfrage erzielt worden wäre. So aber ist die Umfrage lächerlich. Man hat keine Mädchen gefragt, die unausgebildet sind und von Haus aus verdoht, unter den herrschenden Moralbegriffen des Bürgertums groß geworden sind. Ihre Wünsche sind trivial, entsprungen weiblicher Oberflächlichkeit, spielen in Ueberschätzungen und kennzeichnen sie als „Weibchen“, die im Manne nur die Erfüllung ihrer mammsachen Launen zu finden suchen. Sie erfassen nicht einmal instinktiv, daß sie dem Manne keine Gefährtin im wahren Sinne des Wortes sein können, daß sie seinen Ideen weder folgen noch seiner Gedankenwelt einen Inhalt zu geben vermögen. Daher auch die übergroße Vorliebe, ja keinen Klugen Kopf zu finden, der sie aus ihrem eingeborenen und anerzogenen engen Geschichtskreis und aus den eingebürgerten Sitten herausreißen könnte.

Die Klassenbewusste Arbeiterin, die junge Proletarierin als Typ der neuen ledigen Frau, wie Alexandra Kollontaj richtig formuliert, nimmt sich keine Zeit und erachtet es ihrer gar nicht würdig, damit zu rechnen, sich einmal „auf die Talschen“ irgend eines Zukünftigen „zu legen“ in der Weise, wie das die tausend und aber Tausend Mädchen vom Durchschnitt tun. Die neue Frau ist sich immer darüber klar, daß sie in der gegenwärtigen Gesellschaft alle von ihr ersehnten Genüsse und Schönheiten des Daseins nur durch eigenen Verdienst in Fabrik oder Bureau verwirklichen bzw. ermöglichen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet sie auch ihren Beruf nicht mehr nur als Notbehelf oder Hilfsstabium zwischen Elternhaus und Heirat, sondern als Selbstzweck, der ihr Lebenserfüllung bringt. So ist die vage Hoffnung auf den „reichen“ Mann, der eines Tages kommen soll oder kommen möchte, von ihr schon längst als Nummernschanz

aus der Welt geschafft worden. Und der ominöse Ruf von der „alten Jungfer“, die im Kampfe um den Mann „hingeblickten“ ist, hat bei ihr keine Geltung verloren.

Der Lebensreichtum der neuen ledigen Frau, die für unendlich viele Dinge geschaffen ist, kann sich nicht allein in der Reizung zum Manne erschöpfen. Sie sieht in ihm, sofern sich überhaupt ein ihren Wesenszügen entsprechender Charakter findet, den Kameraden, dem sie als gleichwertiger und gleichwürdiger Mensch gegenübertritt, mit dem sie gleichermachen an Bildungs-Kursen und Vorlesungen wirtschaftlicher und politischer Art teilnimmt, und von dem sie nicht im entferntesten wünscht, daß er zu allen Dingen Ja sagt. Vor allem spekuliert sie nicht darauf, allein auf seine Kosten zu leben, sondern ein geordneter Wille zur eventuellen Einheitlichen Lebensgemeinschaft zeichnet sie aus.

Dieser neue weibliche Typ ist heute noch keine allseitige Erscheinung. Das beweist ja auch, daß er in der eingangs erwähnten Rundfrage überhaupt keine Beachtung gefunden hat. Aber schließlich ist es zu erwarten, die Frau in lächerliche vier Arten einzuteilen, die dazu noch als eine Bewertung und Beurteilung der Frau an sich angesehen werden möchten.

Im Namen des Volkes

Immer mehr drängt sich denjenigen, der Gelegenheit hat, Urteile unserer deutschen Gerichte kennenzulernen, das Gefühl auf, daß die Ueberschrift über den Urteilen „Im Namen des Volkes“ wie ein Hohn auf das „Volk“, in dessen Namen „Recht“ gesprochen wird, wirkt. Ganz zweifellos hat man diesen Eindruck, wenn man das Urteil des Arbeitsgerichts zu Dresden vom 3. November 1927 in Sachen einer kaufmännischen Angestellten gegen eine Dresdener Firma liest.

Eine Angestellte erkrankte im Juli vergangenen Jahres an Blutungen. Nach vierzehn Tagen kündigte ihr die Firma die Stellung auf, weil eine selbstverschuldete Krankheit vorliege. Die Klägerin macht dagegen geltend, daß sie in anderen Umständen sich befindet und ihre Krankheit, die aus der Schwangerschaft resultiere, eine unverschuldete Krankheit sei. Die Krankheit habe die Angestellte nicht voraussehen können. Im übrigen könne die Schwangerschaft unter den heutigen vollkommen veränderten Anschauungen, die Gemeingut des Volkes geworden sind, und sich aus den Wirtschafts- und Wohnungsverhältnissen ergeben, nicht mehr als „selbstverschuldetes Unglück“ angesehen werden.

Der Streit geht, abgesehen von einer Forderung in Höhe von 120 Mark, darum, ob Schwangerschaft und daraus resultierende Krankheit unverschuldete Krankheit im Sinne des § 63 des Handelsgesetzbuches ist. Nach dem Wortlaut des § 63 des HGB hat der Handlungsgehilfe bei unverschuldeter Krankheit Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über 6 Wochen hinaus. Ein Sachverständigengutachten, das beigegeben wurde, bringt zum Ausdruck, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um eine normale, sondern um eine krankhafte Schwangerschaft handele. — Nun war zu untersuchen, ob die Krankheit, die durch die Schwangerschaft eingetreten war, eine unverschuldete Krankheit im Sinne des Gesetzes ist oder nicht.

Das Gericht kam unter Bezugnahme auf ein bereits ergangenes Urteil zu der Auffassung, daß die Angestellte die aus der Schwangerschaft resultierende Krankheit selbst zu vertreten hat, wenn sie dadurch an der Ausübung ihrer Dienste verhindert wird. „Es liegt hier die Vertretungspflicht für die Folgen einer sehr lässigen Handlungsweise vor.“

Nach Meinung des Gerichtes, wie auch nach Auffassung der Regierung, die diese niedergelegt hat in der Begründung zum Gesetzentwurf über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 18. Juli 1927, ist Schwangerschaft und Niederkunft bei unheiraten Frauen regelmäßig nicht als unverschuldetes Unglück anzusehen. „Würde also die Klägerin durch einen Umstand, den sie selbst zu vertreten hatte, an der Leistung ihrer Dienste verhindert, so verlor sie nach § 325 in Verbindung mit § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches den Anspruch auf § 63 des HGB gegen die Beklagte. Das Arbeitsgericht hat sich bei dieser Feststellung im Anschluß an das Urteil des Kaufmannsgerichts Chemnitz vom 5. Januar 1920, besonders auch von dem natürlichen Empfinden (!) leiten lassen, daß es unbillig erschien, der Beklagten aufzuerlegen, für die durch die Handlungsweise der Klägerin verursachte Dienstunfähigkeit noch Gehalt zahlen zu müssen.“

Das Urteil spiegelt mit aller Deutlichkeit die „Moral“ der herrschenden Klassen wider. Dafür, daß die bedauernswerte Angestellte schwanger wurde und sich aus dieser Schwangerschaft krankhafte Erscheinungen bemerkbar machten, die ihre Berufsausübung verhinderten, wird sie, statt unterstützt zu werden, um ihren kargen Lohn gebracht. Wenn wir eingangs zum Ausdruck brachten, daß die Ueberschrift über den Urteilen der deutschen Gerichte: „Im Namen des Volkes“ sehr oft wie ein Hohn auf dieses „Volk“ wirkt, so haben wir wohl damit nicht zu viel behauptet. Das fragliche Urteil wird jeder denkende Leser als eine Verhöhnung der ihr Recht suchenden Klägerin empfinden. Wenn über diesem Urteile die Ueberschrift stünde: „Im Namen der bürgerlichen Moral“, so hätten wir dagegen nichts einzuwenden, weil wir die bürgerliche Moral zur Genüge kennen und wissen, daß die Moral der herrschenden Klasse nicht besser sein kann.

G. A. M.

Die Frauen im heilschen Landtag. Unter den neugewählten 70 Abgeordneten des heilschen Landtages sind nur vier Frauen: sie verteilen sich mit einem Mitglied auf die Deutsche Volkspartei, die Demokratische Partei, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Der vorhergehende Landtag zählte sechs weibliche Abgeordnete. Wenig erhebt sich, daß auch die 24 Räte starke sozialdemokratische Fraktion nur ein weibliches Mitglied aufweist. Wie soll die Partei verbündet auf die Frauen wirken, wenn diese keine sichtbare Vertretung erhalten?

Frauenvorschlüge für die Reichs-agswahlen. Für die Aufstellung der Wahllisten zum Reichstag hat der Bund Deutscher Frauenvereine Fragebogen für Vorschlüge geeigneter Kandidatinnen ausarbeiten lassen. Es handelt sich dabei, wie der Demokratische Zentralrat sagt, nicht um die Aufstellung einer eigenen Frauenliste, die erzielten Vorschlüge sollen vielmehr vom Bundesvorstand aus den Parteien zugänglich gemacht werden.

Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien von außerhalb ihrer Partei stehenden Organisationen sich Vorschlüge für Kandidatinnen machen lassen.

Belehrung über Empfängnisverhütung. Während in Deutschland immer noch die Belehrung über Empfängnisverhütung gesetzlich erschwert ist und dadurch die Zahl der Abtreibungen steigt, wird in Holland eine solche Aufklärung bereits seit 1881 in besonderen Beratungsstellen erteilt. Dort sind Ärzte und Schwestern tätig, und es werden Flugblätter verteilt, die über Vorbeugungsmittel gegen Empfängnis unterrichten. Dieser Rationalisierung der Geburten ist es zuzuschreiben, daß Holland von allen europäischen Ländern die geringste Säuglingssterblichkeit hat. Der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit steigt ja bei höherer Geburtenzahl und fällt, wenn diese Zahl sinkt.

Der Dichter des Negerproletariats

Von Anna Ruffbaum.

Langston Hughes ist die eigenartigste Erscheinung moderner Negerkunst. Dieser fünfundsiebzigjährige (Langston Hughes ist am 1. Februar 1902 in Joplin, Missouri, geboren) hat ein Abenteuerleben hinter sich. Erste Schulzeit in Cleveland, Ohio; Studien auf der Columbia-Universität in New York (dazwischen immer wieder Laufbursche oder so was, um sich das Kollegengeld zu verdienen). Dann entließ er der „Jubilisation“. Verbindet sich als Matrose nach der Westküste Afrikas. „O, die Sonne in Dofar! O, die kleinen schwarzen Mädchen von Burutu! O, die blaue, blaue Bucht von Zombu! Lange schimmernde Tage auf hoher See. Die Welle schaukeln gegen nächtliche Sterne und George, der Negerjunge aus Kolumbien, tanzt und singt Blues auf dem Deck!“ Nur kurze Zeit hält er es in New York aus. Die nächste Reise führt ihn nach Holland.

Anfang 1924 strandet er mit sieben Dollar im Vermögen in Paris. Eine Kassiererin verwendet ihn als Portier in ihrer Bar. Später ist er Koch, Kellner, alles möglich, bis ihn eine italienische Familie in ihre Villa nach Desenzano am Gardasee mitnimmt. Aus Geborgenheit treibt ihn Wanderlust von neuem fort. Er durchstreift Italien in einem Taumel des Glücks — trotz furchtbarer Armut. Auf dem Heimweg wird ihm sein Paß gestohlen. Er schließt sich in Genua einer Bande lustiger Gesellen an, die Strandraub betreiben — ein ebenso unsicheres als wenig einträgliches Geschäft —, hungert, schläft in Parks oder manchmal, wenn es geht gut, im Albergo Popolare, wird von Faschisten verprügelt. Ein Kapitän verspricht ihm freie Fahrt, wenn er sein Schiff neu anstreicht. Er tut es. „Mit Scheit, ich habe wirklich das ganze Schiff allein angestrichen.“ So kommt er nach Neapel, Sizilien, den Liparischen Inseln, Spanien. Am 10. November 1924 ist er wieder in New York, das er seither nicht mehr verlassen hat.

Zwei Gedichte von Langston Hughes, zum erstenmal in deutscher Uebersetzung.

Haustierchen.

Ich muß immer, immer Ja, Herr, sagen. Ja, Herr! Ja, Herr! Leben Tag Steige ich einen ganzen steilen Berg. Von: Ja, Herr! Reicher, alter weißer Mann, Herr der Welt. Geben Sie mir Ihre Schuhe Zum Putzen! Ja, Herr!

Ihr Weibchen.

Ich hab euch nicht, auch ihr seid schön, ich hab euch nicht, denn Kraft und Licht blüht auch aus eurem Angesicht.

Doch warum quält ihr mich? Ihr starken Weibchen, warum quält ihr mich?

Berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Joseph Suptold und Anna Ruffbaum.

Die Viertelmenschen

Das Puppentheater ist heute und alle Tage ein wunderschönes Vergnügen für Kinder. Selbst in seiner letzten und plumpsten Form, jenen Kasperletheatern, die auf allen Messen und Nummernplätzen herumstehen und ewig dieselben Witze machen, die aus rauen, ausgefressenen Reden herausfließen, während die primitiven Halb puppen, die man von unten her dirigiert, fortwährend anfangen, sich zu verprügeln, selbst diese letzte Uniform der alten schönen Puppenspielerkunst ist für Kinder ein großes Vergnügen und hat für die Phantasie der Erwachsenen den Reiz einer seltsamen Groteske. Auch die edelsten Beispiele moderner Marionettenbühnen, deren Stüde mit ihrer notwendigen Vereinfachung auf die allgemeinsten menschlichen Affekte für Kinder so leichtverständlich und darum höchst vergnüglich sind, bieten dem Erwachsenen hauptsächlich eben diesen Reiz des Seltsamen und der Groteske, freilich in jarterer und sehr viel vollkommenerer Form als das nächstbeste Kasperletheater, das seine drei Wände auf irgendeiner Weise aufbaut.

Es wird nur, seit Heinrich v. Kleist die paar unbergänglichen Seiten über das Marionettentheater geschrieben hat, in denen er das hohe Lied der echten, unverfälschten Wesen singt, die im Gegensatz zu den wirklichen Menschen immer aus ihrem Schwerpunkt heraus bewegt werden und deren Gebärden niemals lügen, auch von sehr vielen nicht dazu Veranlassen gern allerhand mystisches Gefasel um das Puppentheater herum gemacht, während es sich doch bei dem Marionettenspiel als Kunstgattung, im Gegensatz zu Kleists grandiosem philosophischen Einfall, um höchst reale und sinnfällige Probleme handelt.

Mit des trauten alten fliegende-Blätter-Grasen und Bayrischen Oberzeremonienmeisters Puccis Kasperlekomödie von der Zaubergerige, die Paul Brann, der ausgezeichnete Münchener Marionettenspieler, im Leipziger Schauspielhaus vorführt, braucht man sich inhaltlich nicht weiter zu befassen. Es genügt uns, nur das kulturhistorische Faktum zu registrieren, daß schon damals, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, das Kasperle die bayrische Fress- und Saugemitteltheater repräsentieren mußte, daß man sich über Wagners Zukunftsweisheit lustig machte und daß der katolische Graf seinem katholischen Publikum besondere Freude bereite, wenn er den Juden Mauschel als tomsische Figur auftreten und ihn recht niederträchtige Handlungen begehen ließ. Im übrigen ist diese Kasperletheater für einen Hälfte so etwas wie ein Ralmundches Feen- und Zauberspiel, wodurch denn auch der nötige gute Ausgang nach allen Verwirrungen, die Kasperle mit seiner Zaubergerige, auf der man einen Hupfer spielen kann, bei dem alle mitanzugehen müssen, angerichtet hat, rechtzeitig gewährleistet wird.

Dabei verfügt die Marionettenbühne des Herrn Brann über gute Sprecher voller Dialekthumor, über erfreulichen Gesang und distrierte Begleitmusik. Seine „Schauspieler“ sind ungefähr 40 Zentimeter groß, also das knappe Viertel eines normalen Menschen. Sie haben kein Gesicht, sondern sind aus einem System von Fäden und werden von oben her durch unsichtbare Menschenhände bewegt. Das Vergnügen an einem solchen, aber geistig doch recht beschidenen Dialog, an Musik und Gesang nun einmal gegeben, welche besondere Lust bereiten uns nun eigentlich diese Viertelmenschen? Man braucht sich nur einmal der Freude zu erinnern, mit der alle Kinder Gullivers Reisen gelesen haben, und mit der wir Großen, unabhängig von Swifts genialer Satire, es heute noch tun: die Vorstellung, daß es Menschen gäbe, die sehr viel größer oder sehr viel kleiner wären als wir, hat für die Phantasie

einen mächtigen Reiz. Zwischen ihnen herumlaufen zu können, ist eine beliebte Situation unserer Kinderträume. Nun, in bescheidenem Maße genießen wir dies vor der Puppenbühne wieder. Denn ihre Viertelmenschen, die vielleicht auch nur Fünftelmenschen sind, bewegen sich ja so prächtig, als ob sie aus Fleisch und Blut wären, und was die Stimme angeht, die wirklich aus ihren Mäulern zu kommen scheint, so ist es doch eben nur eine kleine Enttäuschung, daß es keine Viertel- oder Fünftelstimme ist, sondern daß ihr Volumen nun einmal mehr dem der Drahtzieher als der Gezeugenen entspricht.

Die kleinen Unvollkommenheiten der Bewegung, daß manchmal Stimme und Gebärde nicht ganz zusammenkommen, oder das sogenannte „halbstarre System“ der Gliederbewegungen, die eine Marionette sich leisten kann, erhöhen noch den garten Reiz des Ungewöhnlichen, so, des scherzhaft Unheimlichen solchen Bühnenvorganges. Den Reiz des Unmöglichen erlebte ich auch im vergangenen Sommer bei dem von Pobrecca geleiteten italienischen „Theater der Reinen“ auf der Magdeburger Theaterausstellung, das im Dezember auch im Leipziger Kristallpalast war. Das brachte mich einer köstlichen Spielerei auch eine Reihe von Varietésnummern und es war der heiterste Augenblick einer vollzogenen und wieder zerstörten Illusion, als die geschickten Viertelmenschen, nach allerhand Menschenmöglichem, plötzlich auch Unmögliches ausführten. Die große Bauchweille viele Male frei in der Luft, was natürlich nur dann sehr leicht ist, wenn man an einem Faden hängt.

Ähnlich ist es auch beim Puccis, wenn das Kasperle den Worten „Da sagst du nieder“ die Tat nicht sowohl auf dem Fuße, als vielmehr auf den Drähten folgen läßt, mit einer Geschwindigkeit, die dem lebendigen Schauspielerei ewig verlagst bleiben wird. Oder wenn zwei Räuber den schlafenden Juden so beschleichen, als ob sie eigentlich ein paar große Regenwürmer wären.

Das Kleinste und Anekdotischste, gewiß für Kinder, aber aus ganz bestimmten Gründen auch für Erwachsene, war in Puccis Kasperlschuld eine Kuh, die der lomische Jude am Halfterbande führt und die natürlich auch für sich allein an einem besonderen, für Puppentheater geeigneten System von Leinen hing. Daß sie laufen und stoßen konnte, versteht sich, aber ihre edelste Kunst war es, den Schwanz zu erheben. Es fiel dann zwar kein Kuhstich heraus, aber es sah doch so schön aus, daß man ihn wirklich zu riechen glaubte.

Hier nun vervielfältigt sich der Reiz des Ungewöhnlichen, Phantastischen und Grotesken: Es gibt sojentlich Viertelstübe, wie es Viertelmenschen gibt. Es gibt auch keine lebendige Kuh, die, wenn Kasperle den Hupfer spielt, sich am Tanze beteiligen würde. Vor allem aber gibt es keine Kuh, die zuverlässig Theater spielen kann, die also sozusagen ein brauchbarer Partner wäre. Auf die Tiere kann man sich bekanntlich auf der Bühne niemals verlassen. So verfaßt uns diese eine theatralische Kuh denn eine dreifache Illusion: sie ist viel kleiner als Kühle es sind, sie vermag, den Drähten sei Dank, im Tanze zu schweben, und endlich: sie erweist, wie ihre zweibeinigen Partner, den Anschein, von menschlicher Beträufst gelenkt zu sein.

Bei den anderen Puppen ist das um ihrer Kleinheit willen nur ein einfaches Wunder, bei der Kuh aber ein doppeltes. Während die anderen uns nur so klug erscheinen, wie es ihren großen Artgenossen auf der Bühne ohnehin zukommt, ist diese kleine Bühnenkuh durch kein Geschöpf von Fleisch und Blut, das sich erdenken ließe, jemals zu ersetzen.

Kleine Chronik.

Leipziger Musik.

Horizel von Reuter spielte an seinem zweiten aufbesuchten Abend Klavier für Violone allein. Die klangliche Sprache, die ihn ebenso charakterisiert wie der technische Glanz und die sachliche, liebende Musikalität, die dem herben Charakter der D-Moll-Partita und C-Dur-Sonate von Bach zugute, man hörte eine sympathische und hochachtbare Interpretation zeitlos gültiger Dinge.

Reinhold Gerhartz sang Lieder zur Gitarre im Kaufhaus. Die Gitarre behandelt er pflichtig. Ernste macht er mit seinem angenehm tragenden Baß-Bariton, Heiteres mit glatter Munterkeit, die Konferenz mit der Gitarre geleiteter Lektion. Bedeutend ist er in seinem Bezirk und Billigkeit verschmäht er weder im Programm noch im Vortrag. Daß heute einer noch ernsthaft im Kaufhaus in öffentlichem Konzert von Burshenherz und Sangeslust, von letztem Ruf und letztem Schmitz zu singen unternehmen kann, ist wirklich bitter, o Publikum, o Künstler, (Über die Heidelberger Wirklichkeit bleibt in Ewigkeit, profit!)

Ophelia do Nascimento, die unlängst begeisterten Beifall im Philharmonischen Konzert gefunden hatte, besetzte in ihrem eigenen Klavierabend die gute Meinung über ihr Talent und Können. Liszts H-Moll-Sonate bewältigte das junge Mädchen schon ganz erstaunlich, ohne natürlich zu den letzten Spannungen und Zusammenfassungen vordringen zu können. Für bestimmte Triller fehlt ihr die Besetzung, manchmal wird sie rasch überkritig im Bedachtgebrauch. Das Beste, was ich von ihr hörte, war die Striadin-Stude und Tschos Jongleur. Da war von der ersten bis zur letzten Note alles gepackt und gestaltet. In Liszts Campanella-Stude hingegen reißten die Farben und Kontrastmöglichkeiten nicht aus — aber Ophelia erweist die Meinung, daß sie das Zeug habe, später auch in dem, was sie jetzt noch korrekt und schülerhaft vermittelt, vom Teufel besessen zu sein. H. W.

Tanzschule Vasa Galspern. Es wäre wohl möglich, die Tanzübertragung von Bads G-Moll-Fuge strenger an die Satzformen zu binden, als das am Sonntagmittag im Alten Theater gelang — also analog der Musik Einführung, Uniform, Umkehrung usw. zu tanzen — und interessant genug, das Ergebnis zu prüfen, wogegen dann allerdings mehrmaliges Ansehen nötig wäre, doch was elf Schülerinnen Galsperns, aufgeteilt als vier Stimmen, eben in der G-Moll-Fuge zeigten, war jedenfalls schön anzuschauen, der Musik verbunden, organisch entwickelt und die intensivste Leistung der Veranstaltung. In zwei Szenen aus Strawinskys Petruschka gab Galspern Probe seiner ausgeprägten Begabung fürs Groteske, unterstützt von A. Tschelowa und der vielversprechenden Schülerin E. Reumann. Verfehlt und choreographisch reizlos erschien der „Tanz der Berufsleute“. Ohne Programm hätte ich auf einen Tanz der munteren Kaufquappen“ geraten. Die verführerischen Whitemann-Grammophonplatten bekamen wir leider nicht zu hören, weil das Tanzen dazu ausfallen mußte. (Eigentlich kein Grund.) Zuletzt ist in Leipzig schon durch Yvonne Georgi bekannte Pantomime „Der Krug“ von Casella. Hübsche Einzelheiten, etwas veraltet und zu lang werdend, weil die Ausführung durch Schüler eine gewisse Primitivität der Mittel bedingt. Mitglieder der Schauspielerschule waren beteiligt, die pädagogische und gymnastische Technik Galsperns bewährte sich, End Mütter und der routinierte W. Seifert besorgten die anspruchsvolle Klaviermusik. H. W.

Hugo Wolffs Todestag jährt sich am 22. Februar zum 25. Male. Mit ihm verloren wir den größten Liedermacher nach Schubert und Schumann. Ihm wurde das feurige Schicksal der meisten Genies zuteil; man erkannte ihn so recht erst nach seinem Tode an. Sein Leben war ein ewiger Kampf; nicht allein als Komponist, sondern

auch durch seine Tätigkeit als Kritiker schaffte er sich viele Feinde, Seine Lieder beherrschten bis zum heutigen Tage den Konzertsaal. Nur wenige Künstler gibt es, die Wolffs Lieder vollkommen singen; denn neben glänzenden stimmlichen Mitteln verlangen sie auch eine große Intelligenz der Textgestaltung. — Hugo Wolff komponierte nicht einzelne Gedichte, sondern wenn er sich in die Werke eines Dichters vertieft hatte, so schuf er einen ganzen geschlossenen Zyklus, wobei das Klavier nicht Begleitinstrument, vielmehr Mitgestalter der Dichtung ist. 232 Lieder schrieb Hugo Wolff; davon ist der Märchen-Zyklus (53 Lieder) am vorzüglichsten. Nur eine Oper, „Der Corregidor“, vollendete Wolff, doch sie hielt sich nicht lange auf dem Spielplan. Von den Chor- und Orchesterwerken ist eins der beliebtesten das Chorwerk „Der Feuerreiter“. — Am 13. März 1860 ist er in Windischgrätz (Steiermark) geboren; seine Liebe zur Musik zeigte sich schon frühzeitig, er studierte zwei Jahre am Wiener Konservatorium. Dann begann seine Lebenszeit. Er mußte sich kärglich durchs Leben fristen und Musikstunden geben. 1881 bekam er in Salzburg einen Posten als zweiter Kapellmeister am Stadtheater, doch dauerte das nur kurze Zeit, und er siedelte nach Wien über, dort als „freier Mann“ zu hungern. Von 1884 bis 1887 schrieb er Musikskizzen für das Wiener „Salonblatt“, wodurch er sich viele Feinde schaffte. Seine großen Liederzyklen kamen in den Jahren 1887 bis 1890 heraus, und besonders auf seiner Deutschlandreise fand er Gönner und Freunde für sein Schaffen. Eine schwere Gehirn-erkrankung bereitete ihm jahrelang Qualen und lähmte seine Schöpfungskraft. L.

Leben, Tod und Unsterblichkeit. — Der Schiller-Berein, der mit seiner „Pflanze des Idealismus“ nicht leben kann und nicht sterben möchte, obwohl er kürzlich knapp daran war, es zu tun, hatte am vergangenen Sonntag Hans Dreisch zu einem Vortrag über die „letzten Fragen“ verpflichtet, und viele von denen, die man gemeinlich die Gebildeten zu nennen pflegt, kamen — teils aus Weinsdrang, teils aus Pflichtgefühl — und füllten den Saal des Städtischen Kaufhauses. Dreisch sprach über die verschiedenen Theorien, die die Eigenheiten der organischen Welt zu erklären suchen, schilderte die nach seiner Meinung besonders problematische, ja für die Beantwortung der Frage „Was ist Leben?“ ausschlaggebende Entwicklung des Embryos, behandelte dann die Sterblichkeit der einen und die Unsterblichkeit — ganz zutreffend ist dieser Ausdruck nicht — anderer Zellen und Zellengruppen, alles in technisch vollendeter, wissenschaftlich exakter Weise. Doch schon bei der Darstellung des Themas „Tod“ und noch mehr natürlich beim dritten Punkt seines Referates entwickelte er allerlei philosophische, zum guten Teil höchst ansehbare Ansichten, die schließlich auf ein wenn auch indirektes, vorläufig etwas verschleiertes Befernis zum Okkultismus (oder zur „Parapsychologie“, wie er diesen modernsten Zweig der „Forschung“ lieber genannt wissen möchte) hinausliefen. Entsetzender dieser mystisch-spiritistischen Linie, zu der er seit einigen Jahren mehr und mehr neigt, glaubte er auch ein ignoramus et ignorabimus! speziell für die Phylogenie proklamieren zu müssen. Nun läßt sich gegen die Feststellung, daß wir auf bestimmten Gebieten noch nichts oder nur sehr wenig wissen, gewiß nichts einwenden; aber vor der Behauptung „Wir werden nie etwas wissen!“ sollte sich jeder gebildete Mensch und erst recht ein so prominenter Wissenschaftler wie Dreisch denn doch schwer hüten!

Der Vortrag wurde selbstverständlich höchst beifällig aufgenommen und war auch — wie schon bemerkt — wohl durchsicht und technisch sehr wirkungsvoll. Doch vermag seine etwas resignierte philosophische Tendenz, höchstens das belabende Bürgertum, nicht aber die aufsteigende, sich jung und kräftig führende Klasse des Proletariats zu befriedigen. — R. H.

Rein vorgezeichnetes London. Die Kommission der geschichtlichen Denkmäler hat ihre jahrelangen Forschungen über die Geschichte Londons beendet und einen Bericht erarbeitet, aus dem hervorgeht, daß es niemals eine vorgezeichnete Besiedlung der Stätte des heutigen Londons gegeben hat. Bisher hatte man auf eine solche prähistorische Zeit aus den Holzpfeilspitzen geschlossen, die tief im Boden an der Themse entdeckt waren. Man glaubte, daß es sich hier um Pfahlbauten handle, wie sie sonst aus vorgeschichtlicher Zeit bekannt sind. Aber nach den neuesten Forschungen sind diese Pfeile erst in geschichtlicher Zeit eingerammt worden, und die erste Besiedlung Londons erfolgte erst durch die Römer, die hier allmählich eine große, von hohen Mauern umgebene Stadt errichteten. Von dieser römischen Siedlung ist jetzt ein vollständiger Stadtplan hergestellt worden, der die Funde der neuesten Grabungen verwertet und auch die Stelle zeigt, an der der Mittelpunkt der altrömischen Stadt, die großartige Basilika, errichtet war.

Die Einleitung. Eines Tages gab Frau Johansson ihrem Manne einen Brief und bat ihn eindringlich, ihn erst zu öffnen, wenn er in seinem Kontor sei. Herr Johansson sah etwas überrascht aus, nahm aber den Brief und öffnete ihn erst an der bestimmten Stelle. Da las er: „Ich bin leider gezwungen, Dir etwas mitzuteilen, was Dir viel Kummer und Schmerz bereiten wird. Es ist nicht meine Schuld, aber Du mußt es wissen. Die ganze vorige Woche habe ich schon gewünscht, daß dieser schwere Augenblick kommen müßte. Nun kann ich es nicht länger verhehlen, es muß heraus, und ich bitte Dich, ich sehe Dich an, mir nicht allzu schwere Vorwürfe zu machen, sondern tritt dessen zu verlegen, mir zu helfen, so daß wir das schwere Unglück gemeinsam tragen können.“ Auf Johanssons Stirn perlte der kalte Schweiß. Er war auf das Schlimmste vorbereitet. Er las weiter: „Wir haben nämlich weder Holz noch Kohle mehr. Sei so freundlich und lorge dafür, daß wir möglichst schnell Brennholz nach Hause bekommen. Ich habe Dich mindestens sechsmal erinnert, aber Du hast es immer wieder verlesen. Darum schreibe ich.“ Johansson bestellte sofort Kohlen und Holz. (Aus dem Schwedischen.)

Neues Theater. In der am Freitag, dem 24. Februar, stattfindenden Aufführung des „Jigunerbarens“ singt Margarete Köhner die Partie der Saffi als Gast. Die übrigen Hauptrollen sind mit Lotte Dörwald, Wilda Thiele, Dofar Lahner, Kammerjänger Hubert Leuer und Max Spitzler besetzt.

Filmchau

Tom Mix hat mit seinen Abenteuerfilmen soviel Geld verdient, daß er sich und uns den Gefallen tun könnte, sich einmal für eine Zeit zurückzuziehen. Vielleicht fallen ihm dann einige unverbrauchte Ideen ein. Sein Edelmut und sein köhnes Naturbürgertum sind derart abgeleert, daß sie sogar kalt lassen, wenn sie unter dem Titel Die große Zirkusnummer in das Lustspielhafte abgewandelt werden. Zumal hier auch das Motiv längst nach allen Richtungen ausgequastet wurde. Eine nebenher laufende Serie kleiner Fox-Grotesken ist viel lustiger. (Kafino.)

Auch Richard Talmadge ist internationaler Publikumshebling, aber er ist nun genug, nicht zu oft auf dem Programm zu erscheinen. Es ist der ins Großstädtliche übersehene Tom Mix, bei dem die Lust zu tollen Streichen das edle Getue überwiegt. An der Grenze von Tod und Leben ist die Anzuehnderziehung der sensiblen Abenteuer eines jungen Feuerwehrmannes, eine Staffe aller möglichen spottlichen Geschicklichkeitsspielen, die schließlich in die Verurteilung eines Fürstentöschens ausgehen. (Stala.)